
Das Hauptthema unseres März-Hefes könnte nicht aktueller sein: die schweigende Mehrheit. Mit Jörg Haider ist in Österreich ein Populist an die Macht gekommen. Die Staatsaktion der Europäischen Union gegen die blau-schwarze Koalition hat die Frage, wie man mit solchen Populisten umgehen soll, dramatisch aktualisiert. Unser Heft beleuchtet das Problem sowohl aus der prinzipiellen, sozialphilosophischen als auch aus der praktischen, politischen Perspektive.

Gegen scharfe Kritik an Haider (und Schüssel) ist nicht das Geringste einzuwenden. In der Tat bringt die fixe Idee des Herrn Schüssel, er müsse trotz seiner schweren Niederlagen unbedingt Kanzler werden, Österreich in eine schwierige Situation. Sein Vorgänger Busek hat zu diesem Tatbestand behutsam und höflich das gesagt, was man dazu sagen muss. Die Stoßrichtung der Großpolitiker in dieser Affäre ist trotzdem mehr als fragwürdig. Mit pathetischem Zittern in den Stimmen tut man so, als sei der Populist Haider ein Nazi. Die Reaktion der EU wäre angemessen gewesen, wenn man fürchten müsste, dass der Aufstieg der FPÖ mit dem Aufstieg der Nationalsozialisten – sagen wir: Ende der Zwanziger Jahre – zu vergleichen wäre. Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch! ... Davon kann aber keine Rede sein.

Haider ist ein Volkstümler und ein Opportunist. Er passt sich seiner jeweiligen Zuhörerschaft an. Im großen Fernsehen ist er gesittet und seriös, auf Massenversammlungen der Anheizer. Aber man muss sich klar machen: Er greift die real existierenden Fragen der Leute auf, redet ihnen nach dem Mund, er vermischt Richtiges mit Falschem. Solche Redeströme müssen beantwortet, unterbrochen, widerlegt werden. Die feierliche Blocka-

de von oben ist genauso fragwürdig wie die eilfertige Flucht vor dem Fernsehschirm, die damit begründet wird, Haider sei so radikal, dass man mit ihm gar nicht reden dürfe. Nein, der Talkmaster Erich Böhme hat Recht, wenn er sagt »Der Mann gehört nicht ausgesperrt, der gehört verhört.« Ihm selbst ist das Verhören (bei NTV) nicht geglückt. Dann müssen andere es weiter versuchen. Haider ist geschickt; man muss gut sein, um ihn entzweifeln zu können.

Die Bereitschaft unserer Politiker zu kommunikativer Schwerarbeit (und nicht nur Konsensdebatten) ist aber um so wichtiger, als derzeit in ganz Europa rechtspopulistische Bewegungen stärker werden. Nichts zeigt dies deutlicher als der Erfolg der SVP Christoph Blochers in der Schweiz. Auch die Partei der Jungdemokraten unter dem ungarischen Ministerpräsidenten Orbán hat populistische Züge. Und der Meinungsforscher Güllner, den wir interviewen, schließt nicht aus, dass in die Lücke, welche die CDU lassen könnte, populistische Kräfte einströmen.

Über manche von Güllners Äußerungen mag man streiten. Der Satz »Lafontaine (1990) und Scharping (1994) hatten weder Kompetenz noch Sympathie« ist allzu schlicht. Seine Gesamtanalyse aber ist nachdenkenswert. Bundesweit sagten, so Güllner, 45 Prozent der Menschen: »Wenn jetzt gewählt würde, ginge ich nicht hin oder ich wüsste gar nicht, was ich täte«. Noch sei es nicht soweit, dass der Rechtspopulismus in Deutschland sein Haupt erhebe. »Aber wir stehen kurz davor. Haider wäre bis zum November '99 in Deutschland nicht vorstellbar gewesen, jetzt aber ist eine solche Entwicklung nicht mehr undenkbar«. Deswegen sollten die Politiker nicht ausweichen, sondern kämpfen.

PETER GLOTZ

Inhalt

Editorial

Aktuelles

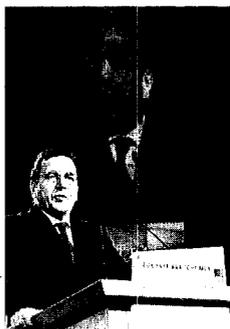


Foto: dpa

**Gute Chancen 2002
sieht Meinungsforscher
Güllner
für Kanzler Schröder.**

133 GESPRÄCH MIT FORSA-CHEF
MANFRED GÜLLNER
**Über die Union im Spendentief
und Schröders Chancen 2002**

140 KAI EHLERS
Schwarzes Loch Russland

Kultur

144 ANGELA BORNEMANN
Erinnerung an René Schickele

146 HANS-MARTIN LOHMANN
Zeitschriftenforum

Das Thema: Die schweigende Mehrheit

150 KURT LENK
»Masse« – eine vernachlässigte Kategorie

154 PATRICK HORST
**Von der schweigenden zur »sprechenden«
Mehrheit in der DDR 1989/90**

158 JOACHIM RIECKER
**Der Populist oder: Heinrich Lummer
und die »Hoheit über die Stammtische«**

160 KLAUS HARPPRECHT
**Die Glosse:
Lautstarke Minderheiten**

161 WIELAND FREUND
**Die Lernkörpermasse oder:
Das Ende des Studenten**

163 ALBRECHT BETZ
**Wie Heinrich Heine
die Massen entdeckte**

166 SEBASTIAN DULLIEN
**Replik auf Susanne Gaschkes
»Generation Berlin«**

Berliner Facetten

Die Reportage

- 171 DIERK SPREEN
»Wer schweigt, verschwindet«.
Potsdamer Platz und Mythos Berlin

Das Gespräch

- 174 ULRICH PELTZER; SCHRIFTSTELLER
»Versuche, die Zeichen der Stadt zu lesen«

Lokalitäten

- 177 JÜRGEN ROTH
Die Anti-Kneipenkultur-Kneipe:
Blauer Affe am Hermannsplatz

Berlin-Bücher

- 180 ELKE SCHUBERT
Zweierlei Erinnerung

Kritik

- 182 WILHELM HANKEL
Sisyphos macht Feierabend.
Ulrich Pfeiffer vergisst die Geldpolitik
- 186 YAEL KUPFERBERG
Die Tragödie ohne Optimisten.
Eine Primo-Levi-Biografie mit Mängeln
- 187 JÖRG PLATH
Slawische Totenlieder des Sozialismus

ZU DEN AUTORINNEN UND AUTOREN
IMPRESSUM

Titelfoto: Regina Schmeken

Neu im Redaktionskreis



Rainer Münz,
geb. 1954; der Bevölkerungswissenschaftler
aus Wien lehrt seit
1992 an der Hum-
boldt-Universität;
wohnt in Schöneberg.



Tina Stadlmayer,
geb. 1959; die gebür-
tige Münchenerin
arbeitet seit 1999
in der Parlaments-
redaktion der TAZ;
wohnt in Hermsdorf.



Dierk Spreen,
geb. 1965; der Kultur-
und Medienwissen-
schaftler ist Redakteur
bei »Ästhetik und Kom-
munikation«; wohnt in
Charlottenburg.



Foto: Regina Schmeken

»Das unheimliche Gespenst Masse, das dem Hausherrn sein Heim zu verleiden gewillt ist. Es wird ihn zwingen, die alten Hallen zu verlassen, oder es wird mit unwiderstehlicher Geisterhand den Bau in Schutt und Asche legen.« (Theodor Geiger: *Die Masse und ihre Aktion*, 1926)

GESPRÄCH MIT DEM FORSA-GESCHÄFTSFÜHRER MANFRED GÜLLNER

Manfred Güllner, geb. 1941, war von 1970 bis 1978 Mitglied der Institutsleitung bei Infas in Bad Godesberg. Er ist seit 1984 Geschäftsführer von forsa, der Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analyse mbH in Berlin und Dortmund. Das Gespräch fand im Januar in Berlin statt. Norbert Seitz stellte die Fragen.

NG/FH: Herr Güllner, im letzten Jahr war häufig von der Krise der Demoskopie die Rede, weil die Meinungsforscher von Niedersachsen im März '98 bis Hessen im Februar '99 mit ihren Prognosen ziemlich danebenlagen. Wie steht es um die Zukunft?

Manfred Güllner: Ich wehre mich ein bisschen gegen das Wort »Demoskopie«, da es ja auch nur in Deutschland verwendet wird. Hier wurde es nach dem Zweiten Weltkrieg von Elisabeth Noelle-Neumann als Bezeichnung für ihre Art von Meinungsforschung gewählt, um die bei den Nazis als »jüdische Wissenschaft« diskriminierte Umfrageforschung mit einem vornehmen Wort salonfähig zu machen. Etwas böseartig übersetzen könnte man Demoskopie also als »völkische Beobachtung«. Von daher ist es fast eine Beleidigung, wenn man einen ordentlichen Umfrageforscher als einen Demoskopiker bezeichnet.

Was die angebliche Krise angeht, so gebe ich zu bedenken, dass wir Wahlprognosen nicht in einer naturwissenschaftlichen Exaktheit liefern können. Menschen sind launisch und widersprüchlich, sie sagen morgens etwas anderes als mittags oder abends. Die hinter den Umfragen stehende Mess-theorie bedeutet, dass wir einen Stimulus (Frage) aussenden, die Reaktionen (Antworten) der Befragten registrieren, und aus diesen

vielfältigen und durchaus widersprüchlichen Reaktionspunkten versuchen wir, ein Näherungsbild der Wirklichkeit zu erstellen.

Überdies gibt es berechenbare und weniger berechenbare Wahlen: Eine berechenbare Wahl war beispielsweise die legendäre Wahl in Hessen 1982, kurz nach Beendigung der sozialliberalen Koalition in Bonn, als Allensbach die SPD auf 31% heruntergerechnet und Holger Börner daraufhin schon die Möbelpacker bestellt hatte. Doch die SPD bekam 43%, was nach den dramatischen Ereignissen in Bonn vorhersehbar war.

Auch das Ergebnis in Niedersachsen im März '98 war nicht sehr schwierig vorherzusagen – wir hatten schon acht Wochen vor der Wahl 46% für die SPD ermittelt. Es war also sehr früh erkennbar, dass Schröder das Ergebnis halten bzw. noch zugewinnen könnte.

In Bayern im September '98 lagen wir in der Tat mit unseren Einschätzungen unter dem CSU-Resultat. Hier hatten wir das Problem – (wie z. B. auch in Hessen im Februar '99), dass uns Leute gesagt haben, sie würden SPD wählen, uns aber vorenthielten, dass sie gar nicht zur Wahl gehen wollten. In Bayern war dies bedingt durch den Zwiespalt zwischen der Loyalität zu einer Partei und der Sympathie für eine Person: SPD-Anhänger, die bei der Bundestagswahl vierzehn Tage später Schröder gewählt haben, wollten Stoiber als Ministerpräsidenten, weil sie Renate Schmidt dieses Amt nicht zutrauten. Wir haben diese Schnittmenge Stoiber – SPD unterschätzt, die SPD zu hoch und die CSU zu niedrig berechnet. Das kann auch bei anderen Wahlen immer wieder passieren.

NG/FH: Aber ist die Meinungsforschung nicht durch den sogenannten *last-minute-swing*, dem Schwenk in letzter Sekunde, wie er in Hessen letztes Jahr beobachtet werden konnte, ins Hintertreffen geraten?

Güllner: Ich bin nicht sicher, ob wir in Hessen nicht dasselbe Phänomen hatten wie in Bayern, dass auch SPD-Anhänger gesagt haben, sie würden SPD wählen, aber nicht zur Wahl gegangen sind. Ich glaube nicht daran, dass dort in letzter Minute ein Umschwenken zur CDU stattgefunden hat. Die CDU hat in Hessen ihre Leute über das Thema »Doppelte Staatsbürgerschaft« emotional mobilisiert, während alle landespolitischen Indikatoren für die SPD sprachen. Eichel hatte höhere Werte als vor vier Jahren, Koch schlechtere Werte als sein Vorgänger Kanthier.

NG/FH: Reden wir über die immer stärker werdende Partei der Nichtwähler. Früher hat man die Wahlenthalter als »Ohnemichels« bezeichnet. Sind die Nichtwähler von heute nicht weitaus reflektierter?

Güllner: Nichtwähler stellen keine homogene Partei dar. Ihr Anteil aber wächst in der Tat tendenziell. Die, die das System nach wie vor grundsätzlich ablehnen, die »ohne mich« sagen, stellen dabei nur einen kleinen Bruchteil dar. Daneben gibt es einen Teil von Leuten, die desinteressiert und apathisch sind, der Typus des amerikanischen Nichtwählers, der sich nirgendwo, auch bei Wahlen nicht, engagiert. Dann gibt es den zunehmenden Teil von Leuten, die aus Protest, zum Teil auch aus Verzweiflung nicht wählen gehen. Nehmen wir die Berliner Abgeordnetenhauswahl im Oktober '99. Was sollten denn die vielen machen, die bei der Bundestagswahl SPD bzw. Schröder gewählt haben, aber Momper völlig ablehnten, ohne aber Diepen, die GRÜNEN oder gar die PDS wählen zu können. Was blieb denen denn anderes übrig als aus lauter Verzweiflung zu Hause zu bleiben?

NG/FH: Aber ist dies nicht eine sehr bewusste, rational abwägende Entscheidung, die immer mehr Nachahmer findet?

Güllner: Nur zum Teil, denn man nimmt ja in Kauf, dass es möglicherweise schwerwiegende Folgen hat durch das Hochkommen von kleineren Parteien an den Rändern, die meist von niedriger Wahlbeteiligung profitieren.

NG/FH: Gibt es neben Nichtwählern nicht auch noch jene Protestwähler, die sich beispielsweise über ein populistisch aufgemachtes Thema, zum Beispiel über die »Doppelte Staatsbürgerschaft« in Hessen, anwerben lassen?

Güllner: Das glaube ich nicht. Die »Doppelte Staatsbürgerschaft« in Hessen war doch eher ein Ausnahmefall. Die CDU hat hier sehr geschickt die in Teilen ihrer Anhängerschaft vorhandene Abneigung gegen die neue Regierung genutzt. Viele CDU-Anhänger haben beispielsweise auf die Frage, was »das wichtigste Problem in Deutschland« sei, die neue Regierung (!) und nicht etwa die Arbeitslosigkeit, die sozialen Sicherungssysteme, die Gesundheits- oder Steuerreform genannt. Und da kam die »Doppelte Staatsbürgerschaft« als Vehikel für diese Abneigung gegen die neue Regierung gerade recht. Es war kein Plebiszit über die »Doppelte Staatsbürgerschaft«, wie oft behauptet wurde. Das ist insofern kaum wiederholbar. Übrigens hat ja die SPD mit einem monothematischen Wahlkampf in Hamburg '97 sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Damals scheiterte Voscherau mit dem Thema »Innere Sicherheit«.

NG/FH: Könnte es sein, dass die Wähler viel rationaler und weniger manipulierbar sind als Parteimanager immer noch glauben?

Güllner: Die Menschen haben schon ein ganz gutes Gesamtbild von einer Partei. Sie sagen, die können es ein bisschen besser oder schlechter als die anderen. Wenn man sich die Wahlergebnisse anguckt, gibt es kaum eine Wahl, wo man sagen müsste: Hier hat der Wähler unklug oder unsinnig entschieden. Er war auch nicht manipulierbar durch das Gerede zwischen Bayern-Wahl und Bundestagswahl '98 vom angeblichen Kopf-an-Kopf-Rennen. Die Menschen hatten ein Gespür dafür: 16 Jahre Kohl *plus* vier – das geht nicht mehr. Also musste Schröder seine Chance bekommen.

NG/FH: Täuscht der Eindruck, dass die Dominanz bundespolitischer Themen bei Landtagswahlen rapide zugenommen hat?



Berlin-Tiergarten, Hiroshimastraße 17:
Norbert Seitz (r.) im Gespräch mit Forsa-Chef Manfred Güllner.

Güllner: Das glaube ich nicht. Bei den meisten Wahlen des letzten Jahres – Ausnahme Hessen – spielte die Bundespolitik eine eher geringe Rolle. So waren z. B. die Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen Plebiszite für die amtierenden Ministerpräsidenten Vogel und Biedenkopf.

Und die Abgeordnetenhauswahl in Berlin war eine Wahl auf Berliner Ebene, seit

mit Mompers Nominierung eine große Wechselbereitschaft sich verflüchtigte, die nach der Bundestagswahl noch zu beobachten war. Seit 1990 hat sich bei Momper ähnlich wie bei Lafontaine das Wählerurteil festgefügt: »Den wollen wir nicht mehr!«.

NG/FH: Kommen wir noch einmal auf die katastrophalen Wahl- und Umfrageergebnisse der SPD im Herbst letzten Jahres

zurück. Hatten sie mehr mit dem handwerklich schwachen Start der Regierung oder überwiegend mit dem negativen Lafontaine-Effekt zu tun?

Güllner: Die Bundestagswahl '98 war eine Schröder-Wahl. Man hat quasi eine virtuelle Partei an die Macht gewählt, denn die Schröder-SPD gab es ja nicht. Die SPD hat nicht ohne Grund 16 Jahre lang jede Bundestagswahl und viele andere Wahlen verloren. Mit Schröder hatte sie aber zum ersten Mal seit Helmut Schmidt einen Kandidaten, der Kompetenz und Sympathie ausstrahlte. Vogel (1983) hatte viel Kompetenz, aber wenig Sympathie. Rau (1987) hatte viel Sympathie, aber wenig Kompetenz. Lafontaine (1990) und Scharping (1994) hatten weder Kompetenz noch Sympathie. Schröder hingegen galt als sympathisch und wurde für kompetent gehalten. Es war eine Aufbruchserwartung »Deutschland erwacht aus der Erstarrung«, ähnlich wie 68/69, als es hieß »Wir schaffen das moderne Deutschland«.

Doch plötzlich bestimmte Oskar Lafontaine am Montag nach der Wahl, wer in die Verhandlungskommission kommt und übernahm die Regie bei den Koalitionsverhandlungen.

NG/FH: Fühlten sich die Wähler hintergangen?

Güllner: Natürlich. Schon Ende Oktober '98 hatten wir 14% der SPD-Wähler, die bekannten: »Die wähle ich jetzt nicht mehr«. Die Enttäuschung war groß bei jenen Wechselwählern, die den Eindruck hatten, dass Schröder die Partei gar nicht im Griff habe, und dass dies wieder die alte SPD sei, die man schon 16 Jahre nicht wählen konnte.

Dann kam noch die SPD-interne Diskussion in der Sommerpause über die angeblich soziale Unausgewogenheit des Sparpakets hinzu, die die Menschen irritierte, weil sie das Sparpaket nicht als sozial ungerecht empfunden hatten. Als dritter Faktor kam bei der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen eine seit mindestens zehn Jahren verfehlte Kommunalpolitik hinzu, die häufig genug über

die Köpfe der Menschen hinweg gemacht wurde – deutlich sichtbar in der Verkehrspolitik vor Ort.

NG/FH: Wie schon in Kassel, Nürnberg, Frankfurt und anderen Städten, wo die SPD mit einer rot-grünen Verkehrspolitik bei ihrer Stammwählerschaft einbrach.

Güllner: Ja, auch Erlangen nicht zu vergessen!

NG/FH: Es gibt den alten Spruch, man solle die Tankstelle nicht zum Finanzamt machen. Schadet die Ökosteuer der SPD?

Güllner: Auf der einen Seite sind die Menschen ökologisch sensibel geworden. Andererseits muss man aufpassen, da es Leute gibt, die sich bei einer Verteuerung des Benzins um ihre Mobilität gebracht sehen. Die Privilegierten in der Gesellschaft haben immer Alternativen. Wer 5 DM für den Sprit bezahlen kann, hat in der Regel auch eine U-Bahn-Haltestelle neben seiner Haustür. Hier muss man eine sehr sensible Steuerpolitik betreiben, ohne wie die Grünen mit dem Holzhammer zu kommen.

NG/FH: Reden wir über die Krise im bürgerlichen Lager. In welchen Größenordnungen muss man sich den Aderlass der Union infolge der Spenden- und Finanzaffäre vorstellen?

Güllner: Es ist ja interessant, dass unsere amerikanischen Freunde, mit denen wir kooperieren, die These vertreten haben, es sei der Anfang vom Ende, wenn eine konservative Partei wie die CDU ein so katastrophales Wahlergebnis erlitten habe wie im September '98. Doch dann kamen die 99er Wahlen, und die Union blühte wegen der Fehler der SPD wieder auf, zumindest relativ, denn neue Wähler hatten sie mit Ausnahme von Sachsen und Thüringen nicht hinzugewonnen. Jetzt aber scheint offenbar das einzutreten, was anderen konservativen Parteien in Europa ebenfalls passiert ist – nämlich das mögliche Zerbrechen der CDU. Die Partei hat sich ja nach der Niederlage '98 nicht neu positioniert, sondern sich einlullen lassen durch die guten Wahlergebnisse.

Das Schicksal der CDU steht wirklich auf der Kippe, und ich kann nicht prognostizieren, wie sich das am Ende auswirken wird. Das Kohl'sche Machterhaltungssystem ist auseinandergebrochen, ohne dass erkennbar wäre, wie die CDU nach Kohl aussehen könnte.

NG/FH: In welchem Umfang erwarten sie Wahlabstinenzen?

Güllner: Bundesweit sagen uns jetzt 45% der Menschen »Wenn jetzt gewählt würde, ginge ich nicht hin oder ich wüsste gar nicht, was ich täte.« Also eine totale Verunsicherung. Das ist der höchste Wert seit 1992, als Bundespräsident von Weizsäcker die Diskussion über Politikverdrossenheit losgetreten hatte.

Dabei gibt es eigentlich keine Politikverdrossenheit, sondern eine Politikerverdrossenheit über die Art und Weise, wie Politiker Politik machen. Das wird jetzt verstärkt durch die Spendenaffäre, so dass die Zahl der Enthaltungen und Unentschlossenen steigt.

NG/FH: Nehmen wir an, die CDU würde entscheidend geschwächt. Könnte eine bundesweite CSU die Verluste wieder auffangen?

Güllner: Ich habe Zweifel, ob das funktionieren würde. Die CSU in Bayern ist eine moderne Volkspartei und keine Rechtspartei. Die meisten Bürger in Bayern fühlen sich ganz gut aufgehoben. Die CSU hat einen zentralistischen Parteiapparat und eine ebenso zentralistische Administration mit der Vielfalt der lokalen Honoratioren in Einklang gebracht. Sie hat die lokalen Honoratioren gepflegt und keine Gebietsreform wie die SPD einst in Hessen oder in Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Dennoch ist es denkbar, dass eine moderne rechtskonservative, gegen Europa gerichtete Haider-Partei rechts von der Union sich positionieren könnte.

NG/FH: Es gibt Leute, die sagen, die Kohl-Partei mag gewesen sein wie sie will, ein mafiöses System mit schwarzen Kassen, quasi-diktatorischen Formen der Herrschaftsausübung, brachial durchgesetzter Gefolgschaftstreue, alttestamentarischen Sanktions-

mechanismen, eingeschüchterten Journalisten – was auch immer. Aber jenseits dieses Systems könnte mit einem deutschen Berlusconi alles nur noch schlimmer werden. Teilen Sie diese These?

Güllner: Eigentlich ja. Kohl hat mit seiner gewiss anrühigen Gutsherrenart, Politik zu treiben und seine Partei zu führen, funktional immer stabilisierend gewirkt. Wenn die SPD ein bisschen besser gewesen wäre in all den Jahren, dann hätte er ja auch nicht 16 Jahre lang regieren können. Die lange Regentschaft ist nicht nur sein Verdienst. Kohl hat dennoch das politische System in Deutschland stabilisiert. Jetzt, da die Kohl'sche Herrschaft zusammenbricht, drohen durchaus Gefahren von rechts.

NG/FH: Aber alle deutschen Haider-Veruche am rechten FDP-Rand – von Brunner über Stahl zu Kappel und den Anti-Euro-Listen – sind doch bislang kläglich gescheitert. Könnten sich solche Gründungsversuche unter den derzeitigen Bedingungen eine größere Chance ausrechnen?

Güllner: Es ist noch nicht so weit. Aber wir stehen kurz davor. Haider wäre bis zum November '99 in Deutschland nicht vorstellbar gewesen, jetzt aber ist eine solche Entwicklung nicht mehr undenkbar.

NG/FH: Nun hat sich die FDP als Funktionspartei immer wohl genährt. Früher bei Genscher war sie nach allen Seiten offen, ehe sie mit dem devoten Kinkel unter dem Dinosaurier Kohl als Blockpartei abrutschte. Es gab dann allerdings den Versuch Westerwelles '96 in Karlsruhe, die Partei auf einen konsequenten Anti-Etatismus – ohne Rücksicht auf den Koalitionspartner und mit den Bürgerrechtsliberalen um Frau Leutheuser-Schnarrenberger im Boot – einzuschwören. Viele haben damals gesagt: »Das ist die liberale Überlebensformel!«, um künftig sogar grüne Wähler zu erreichen und bei zehn Prozent zu landen.

Güllner: In der Tat. Für die FDP wurden zu Genschers Zeiten oftmals 10 % gemessen. Doch Parteichef Kinkel wurde eher als



»Es gibt kaum eine Wahl, wo man sagen müsste: Hier hat der Wähler unsinnig entschieden.«

Kohl-loyaler Beamter wahrgenommen, denn als Außenminister oder Politiker. Man traute der Partei mit ihrem Personalangebot nicht mehr zu, die alte Korrektivrolle, diese Ausgleichsfunktion zwischen den beiden großen Parteien, wahrzunehmen. Als Korrektiv aber war sie immer stark und sorgte auch für einen Wechsel an der Macht in der Bonner Republik.

NG/FH: Auch diese systemstabilisierende Funktion ist in der Kohl-Ära kaputt gegangen.

Güllner: Als Blockpartei des biederen Kinkel ist sie '94 durch Leihstimmen der Union noch einmal gerettet worden. Auch '98 ist die FDP nicht mehr als eigenständige Partei wahrgenommen worden. Als man aber sah, dass die Union keine Chance des Machterhalts mehr hatte, wollte man wenigstens eine zweite bürgerliche Partei im Bundestag haben. Die FDP ist allerdings keine Oppositionspartei, zumal sie sich den Status mit der größeren Union und der SPD teilen muss – im Gegensatz zu den drei Jahren in der Oppo-

sition zwischen '66 und '69, wo sie allein gegen die Große Koalition kämpfte. Das war eine ganz andere Situation für die Liberalen. Sie liefen bis zur Krise der Union Gefahr, für entbehrlich gehalten zu werden, auch auf Bundesebene. Es wäre absolut tödlich für die FDP, wollte sie sich zu einer Haider-Partei wandeln. Haider auf deutsch verspricht nur jenseits der angestammten FDP Erfolg.

Trotz der Strukturschwäche der liberalen Partei gibt es aber ein liberales Wählerpotenzial, das eine liberale Partei im klassischen Wortsinn wählen will, die nicht nur wirtschaftsfreundlich geprägt ist, sondern auch für die Rechte der Menschen eintritt und gegen übermächtige Organisationen kämpft, gegen die Bürokratie, die Gewerkschaften oder die Kirchen. Die derzeitige FDP verpasst dieses Potenzial. Das Westerwelle-Konzept ist sicher richtig. Ihm fehlt aber das adäquate Personalangebot. Mit dem jetzigen Führungspersonal wie Gerhardt, Kinkel oder Solms kann man keine Korrektivrolle mehr ausüben.

NG/FH: Ein automatisches Profitieren der Liberalen von der Existenzkrise der Union im bürgerlichen Lager sehen Sie also nicht?

Güllner: Es ist vieles im Fluss. Nach der Bundestagswahl '98 sagte man, die alten Volksparteien berappeln sich wieder, nachdem vorher die Gefahr einer Zerfledderung gegeben schien. Das rechtsradikale Spektrum ist nach wie vor da, in Ostdeutschland gibt es noch viel Unzufriedenheit mit dem neuen System. Außerdem wissen wir nicht, ob sich die PDS links von der SPD weiter entwickelt. Es gibt überall Fragezeichen. Die Volksparteien könnten sich noch einmal erneuern, wenn sie wollen. Das gilt auch für die Sozialdemokraten, die sich trotz des jüngsten Berliner Parteitags noch nicht richtig erneuert haben. Die Wählererwartung von '98 hat die SPD noch nicht eingelöst.

NG/FH: Elisabeth Noelle-Neumann war mit ein Stützpfeiler des Kohl'schen Systems. Sie hat über dreißig Jahre seine Karriere gefeatured. In den 70er Jahren demonstrierten die Studenten an ihrem Mainzer Publizistiklehrstuhl dagegen, dass die Dame sich offenbar häufiger in der Staatskanzlei aufhielt als Vorlesungen und Seminare abzuhalten. Die Studenten mussten meist mit ihrem Assistenten Kepplinger vorlieb nehmen. 1976 verpasste sie dem Kandidaten Kohl eine neue Frisur und Brille, womit er fast die absolute Mehrheit gewonnen hätte. Inwieweit kann denn die Meinungsforschung einen Kandidaten pushen?

Güllner: Frau Noelle-Neumann hat eine respektable Lebensleistung aufzuweisen. Ihr Institut ist anerkannt. Sie glaubte an Hitler, unterstützte Adenauer und pushte Kohl – eine deutsche Karriere sondergleichen. Sie hat nicht nur den damaligen Kohl modelliert, sondern auch die Parole »Freiheit oder Sozialismus« miterfunden. Und sie brüstet sich damit, Kohl bei Barzels Sturz geholfen zu haben. Ihr Mann, Erich Peter (Hubert) Neumann, hatte Lautsprecherwerbung für die CDU gemacht und Spenden für die CDU eingesammelt. Mit jedem ihrer Artikel vor der

'98er Wahl wollte sie belegen: »Die Stimmung ist im Kippen, der Kohl kommt wieder«. Das war aber alles reine Propaganda.

NG/FH: Nun behauptet ihre Nachfolgerin, Frau Köcher, mit Zahlen, dass die Wählbarkeit der CDU durch ihre Stammwähler im Wesentlichen von der Art des pfleglichen Umgangs mit ihrem alten identitätsverbürgenden Vorsitzenden Helmut Kohl abhängig sei. Das kann man kaum glauben.

Güllner: Das sind ebenfalls eher Propagandamärchen. Hier existiert offenbar das Kohl'sche System noch weiter.

NG/FH: Jetzt sagen aber die Wunden leckenden Lafontaine-Anhänger in der SPD, Sie hätten in ähnlicher Weise Gerhard Schröder gepusht und Lafontaine niedrig gerechnet. Sie gelten als ein umstrittener Meinungsforscher.

Güllner: Der Vorwurf ist nicht neu. Das musste ich mir schon in den 70er Jahren anhören, als ich noch bei INFAS war. Spätestens Anfang 1997 haben wir klar gesehen, dass die Menschen eine Reformnotwendigkeit feststellten, die sie mit dem Namen Schröder assoziierten. Es gab so gut wie keine Lafontaine-Wähler '98. Wann endlich wird das begriffen? Ich kann doch nicht behaupten, dass Schröder wesentlich beliebter sei als Lafontaine, wenn meine Zahlen das nicht hergeben. Ich habe vor der Niedersachsenwahl gesagt: »Schröder kriegt mehr Stimmen«. Das war empirisch belegbar. Da gab es nichts zu manipulieren. Insofern muss ich die Anwürfe der Lafontaine-Freunde und Ihren Vergleich mit Noelle-Neumann auch zurückweisen.

NG/FH: Würden Sie denn nach den unglaublichen Stimmungsumschwüngen seit '98, dem jähen Absturz der Union bei der Bundestagswahl und den Katastrophenresultaten der SPD im Herbst letzten Jahres noch eine Prognose für 2002 wagen?

Güllner: Schröder hat in Niedersachsen bewiesen, dass er durchaus an Ansehen bei den Leuten gewinnen kann, je länger er im Amt ist. Während Kohl im Bund von Wahl zu

Wahl abgenommen hat – von 48,8 Prozent 1983 blieben ihm 1998 noch 35,2 Prozent – hat Schröder in Niedersachsen, keinem klassischen SPD-Land, von Wahl zu Wahl zugelegt. Das widerlegt zumindest die These, dass dieser Mann nur ein Medienphänomen sei. Inwieweit Schröder seine Erfolge in Niedersachsen auch als Bundeskanzler wiederholen kann, muss sich noch zeigen; denn die momentane Stärke der SPD bei Umfragen rührt eindeutig von der Schwäche der CDU. Es gibt immer noch 30% der SPD-Wähler von '98, die sagen: »Die würde ich nicht mehr wählen«. Im Herbst waren das sogar 50%. Die Menschen in Deutschland erwarten insofern noch mehr von Schröder, wie bei Holzmann, wo seine Aktion – ob ökonomisch sinnvoll oder nicht – positiv bewertet wurde, quasi als »Schröder pur«. Er muss seine Rolle als Kanzler, der Politik anstößt und voranbringt und der die Erneuerung von Staat, Gesellschaft und Partei auch tatsächlich anpackt, noch finden. Gelingt ihm das, dann wird er bei der nächsten Wahl 42 bis 43% erzielen können – unabhängig von dem, was sich bei der CDU noch ereignen mag.

NG/FH: Wir danken Ihnen für das Gespräch.

KAI EHLERS

Schwarzes Loch Russland?

Russlands zweiter tschetschenischer Krieg scheint seinem Ende entgegenzugehen. Aber was wie ein Sieg der russischen Truppen aussieht, die Einnahme Grosny, könnte sich als Auftakt für weitere schwere Auseinandersetzungen entpuppen. Die im Kaukasus angelegten Konflikte sind ungelöst. Im tschetschenischen Krieg liegen zwei Aspekte, die einander auszuschließen scheinen: Die russische Regierung deklariert den Krieg als »antiterroristische Aktion«, führt ihn aber wie eine Invasion in feindliches Gebiet. Tatsache ist: In Tschetschenien führt Russland

Krieg gegen sich selbst. Zugleich ist es ein verdeckter Krieg, in dem Russland und die USA sich als unerklärte Gegner gegenüberstehen.

Russlands Krieg gegen sich selbst besteht in dem Versuch, die Verwandlung der in der russischen Gesellschaft entstandenen Kriminalität und Gewaltbereitschaft in offenen Terrorismus aufzuhalten, zu verhindern oder umzukehren. Die Legalität der sowjetischen Gesellschaft ist durch die kriminelle Privatisierung der letzten Jahre in Inseln des Egoismus, der persönlichen Willkür und der spontanen Selbsthilfe zerfallen. Die Selbsthilfe variiert von persönlicher oder auch kollektiver Verweigerung gegenüber dem neuen Staat bis hin zum offenen Raub und brutaler Asozialität. Tschetschenien ist nur ein Beispiel. Inseln der Kriminalität sind an vielen Orten der ehemaligen Sowjetunion und des heutigen Russland entstanden, in Moldawien, in der Ukraine, in den undurchsichtigen Imperien verschiedener sogenannter Oligarchen, in Vororten Moskaus, noch mehr in denen St. Petersburgs, in vielen mittelgroßen Städten des Landes. Alle diese Gebiete, Korporationen oder Banden haben sich wie schwarze Löcher in die noch nicht gefestigte Legalität der neuen Gesellschaft gebrannt. Tschetschenien ist nur das größte dieser schwarzen Löcher, in dem diese Entwicklung die extremsten Formen angenommen hat und das die stärkste Anziehung auf die im ganzen Land freigesetzte kriminelle Energie entwickelte.

Der zweite tschetschenische Krieg unterscheidet sich erheblich von dem der Jahre 1994–96: Russland befindet sich nicht mehr im Aufwind erster regionaler Neuorganisation, in dem es sich nach dem Ende der Sowjetunion 1991 und danach noch einmal nach der Auflösung der Sowjetstrukturen 1993 befand. Tschetschenien ist nicht mehr die junge Republik, deren Geschichte erwacht. Damals unterstützte Boris Jelzin die regionalen Souveränitätsbewegungen, die die Sowjetunion sprengten. Er propagierte den eigenen Weg der Republiken (»Nehmt euch so viel Sou-

veränität, wie ihr braucht«) in seinem Kampf gegen Michail Gorbatschow und dessen Versuche zur Rettung der Union. Nach der gewaltsamen Auflösung der Sowjetstruktur 1993 war Boris Jelzin als Präsident der neuen Russischen Föderation auf dem Gipfel seiner Macht und empfand nun seinerseits die Souveränitätsbestrebungen als Bedrohung.

Der erste tschetschenische Krieg entstand, weil Boris Jelzin Tschetschenien nicht zugestehen wollte, was die baltischen Länder und die Länder der späteren GUS sich bereits genommen hatten. Der Krieg speiste sich aus dem Widerstand gegen die Wiederherstellung alter Herrschaftsstrukturen unter angeblich demokratischer, tatsächlich aber zentralistischer und imperialer Flagge.

Der zweite tschetschenische Krieg begann unter veränderten Voraussetzungen: Die Republik verwandelte sich nach Abschluss des Waffenstillstands 1996 in eine Enklave ohne anerkannte Zentralmacht. Schuld daran, so sehen es selbst diejenigen in Russland, die heute Wladimir Putins Feldzug unterstützen, ist die Politik Boris Jelzins, der Tschetschenien im Niemandsland zwischen Zugehörigkeit zur russischen Föderation und Selbstständigkeit allein ließ. Das Land versank in wirtschaftlichem, rechtlichem und moralischem Chaos: Von den 1,5 Millionen Tschetschenen, die vor dem ersten Krieg in der kleinen Republik lebten, war die Hälfte nach dem Ende der Kämpfe tot oder abgewandert. Noch einmal die Hälfte verließ das Land bis zum Beginn des jetzigen Krieges. Zurück blieb eine Bevölkerung, die sich um eine Handvoll Warlords herum organisieren musste, um zu überleben.

Die Warlords finanzieren ihren Lebensunterhalt, sofern sie nicht von ausländischen Geldgebern ausgehalten werden, aus Menschenhandel, illegalen Geschäften und schlichtem Raub: 1094 Menschen wurden nach Angaben des russischen Innenministeriums seit Ende 1966 entführt; für ihre Freilassung wurden Lösegelder in Millionenhöhe

erpresst. Manche wurden mehrmals weiterverkauft. Einige der Entführten mussten auch mit dem Leben, viele mit ihrer Gesundheit bezahlen, gut 500 werden noch unter zum Teil bestialischen Umständen gefangengehalten. Auch wenn man diese Zahlen für übertrieben hält, bleibt die Tatsache des Menschenhandels bestehen. Die aus Aserbeidschan herüberführenden Öl-Pipelines wurden systematisch illegal angezapft, das Öl in ungezählten Minidestillen zu Benzin verarbeitet und schwarz verschoben.

Gezielte Destabilisierung der Kaukasusregion

Das schwarze Loch Tschetschenien entwickelte sich zum Zentrum des Rauschgift-handels und der Geldwäsche, das auch nicht-tschetschenische Kriminelle anzog. Schließlich gingen auf tschetschenischem Terrain angesiedelte Banden sogar dazu über, das Vieh der Nachbarn zu stehlen.

Die heranwachsende Generation blieb unter diesen Umständen ohne Schul- und Berufsausbildung. Sie wurde stattdessen in den Verbänden der Warlords zu Kämpfern herangebildet. Ergänzt durch Freiwillige aus anderen Krisengebieten – vorderer Orient, Balkan, Zentralasien und anderen – wuchs so in den letzten drei Jahren eine gut ausgebildete und zu allem bereite Guerillatruppe heran. Angaben zur Zahl dieser Truppe schwanken zwischen 20–25.000 Mann. Sie werden durch Gelder aus den Raubkassen – also durch Menschenhandel, illegale Ölverarbeitung, Drogenhandel usw. – aber auch durch Privatleute finanziert. Tschetschenien hat sich in den letzten Jahren zu einem Eldorado des Verbrechens und des Terrorismus entwickelt – mit der Einschränkung allerdings, dass es heute mehrere solcher Eldorados im russischen bzw. ehemals sowjetischen Raum gibt, ohne dass sie bombardiert würden.

Der verdeckte Krieg, den Russland mit den USA führt, ist weniger einfach nachzuweisen, zumal die Medien, russische ebenso

wie westliche, sich darüber so gut wie ganz ausschweigen. Trägt man aber, um nicht über Hintermänner der Konflikte spekulieren zu müssen, die politischen Fakten der letzten Jahre zusammen, dann treten die Elemente, die jetzt den verdeckten Krieg im Kaukasus entstehen ließen, glasklar hervor: Die NATO-Ost-Erweiterung, die Selbstmandatierung der NATO im Kosovo-Krieg gegen den ausdrücklichen Willen Russlands, schließlich der am Rande der OSZE-Tagung in Istanbul vom Oktober 1999 zwischen den USA, der Türkei, Aserbeidschan und Georgien unterzeichneten Beschluss zum Bau einer Pipeline von Baku ans Mittelmeer. Der Vertrag sieht vor, die Pipeline von Baku nördlich an Armenien vorbei durch Georgien in die Türkei zu führen. Gleichzeitig wurde auch noch das Projekt einer geplanten Pipeline von Turkmenistan in die Türkei durch die ebenfalls auf der Sonderkonferenz anwesenden Präsidenten Turkmenistans und Kasachstans vereinbart. Mit der Fertigstellung dieser Projekte wäre Russland, ebenso wie der Iran

zukünftig aus dem kaspischen Ölgeschäft raus.

Die Inszenierung dieses Aktes, durchgeführt in persönlicher Anwesenheit des us-Präsidenten Bill Clinton, vorgenommen auf einer Konferenz, bei der es faktisch um den ersten Versuch einer internationalen Neugestaltung des Interessenausgleichs im euro-asiatischen Raum nach dem Ende der Sowjetunion ging und begleitet von härtesten, mit moralischer Empörung vorgetragenen Vorhaltungen gegen Russlands Krieg im Kaukasus, musste von Moskau als bewusste Provokation verstanden werden. Die Kündigung des Atomsperrvertrages durch den us-Kongress Ende 1999 und die Aufnahme bilateraler Verhandlungen zwischen Japan und den USA zum Aufbau eines neuen pazifischen Raketen-Abwehrsystems markieren die strategische Leitlinie dieser Entwicklung.

Wer mag, kann von dieser Seite noch ein wenig tiefer in das tschetschenische Loch hineinschauen: Der Transport des kaspischen Öls durch Aserbeidschan an Armenien, Geor-

Ohren zu und durch! Russische Soldaten bombardieren Stellungen tschetschenischer Separatisten.



Foto: dpa

gien, die Türkei bis zum Mittelmeer ist unter ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten die schlechteste aller Alternativen für diesen Raum. Nach Norden hin führen die schon bestehenden Anlagen nach Russland, die genutzt werden könnten. Dafür wäre allerdings ein stabiler kaukasischer Raum vonnöten. Nach Süden, über Teheran zum persischen Golf, wäre der Weg kürzer; auch hier wären bestehende Anlagen zu nutzen; dort müsste man sich jedoch mit dem zum Erzfeind hochstilisierten Iran einigen. Dass nun die »westliche Option« zum Zuge kommt, geht allein auf das Betreiben der US-Politik im Verein mit dem britischen Konzern BP-Amonco zurück, wobei BP-Amonco zugleich wissen lässt, dass sich die neue Pipeline nur dann rentieren werde, wenn die jetzige Förderung von 100.000 Barrel Rohöl um das Zehnfache gesteigert werde. Fachleute, nicht nur russische, bezweifeln, dass die kaspischen Ölfelder eine solche Steigerung hergeben.

Welchen ökonomischen Sinn die Umleitung kasachischer und turkmenischer Vorkommen auf den transkaukasischen Weg haben kann, ist vollkommen unklar. Klar ist dagegen, dass die Entscheidungen für diese Transportwege politische Entscheidungen sind, die sich gegen Russland und gegen den Iran richten. Kein Wunder also, dass Russlands Verteidigungsminister die beabsichtigte Unterzeichnung des Vertrages mit den Worten kritisierte, die beteiligten Staaten suchten sein Land »aus den strategisch wichtigen Weltregionen zu verdrängen, insbesondere der kaspischen Region, dem Transkaukasus und Zentralasien.«

Wenn man sich daran erinnert, dass sowohl Azerbeidschan als auch Georgien beim NATO-Gipfel im Mai als Beobachter teilnahmen, dass sie Stationierungs- und Ausbildungsverträge mit der NATO abgeschlossen haben und eine Mitgliedschaft in der NATO anstreben, dann erklärt sich, warum der Krieg, den Russland gegenwärtig in Tschetschenien führt, die Tendenz zeigt, sich

auf georgisches und auf aserbeidschanisches Territorium auszudehnen. Entsprechende gegenseitige Protestnoten hat man bereits ausgetauscht.

Auch Turkmenistan orientiert sich nach Westen. Kasachstan sucht, seiner ethnischen Zusammensetzung entsprechend – halb slawisch, halb kasachisch – eine Mittelposition, ja, geradezu eine Vermittlerrolle zwischen Russland und den übrigen von Russland sich fortorientierenden zentralasiatischen GUS-Staaten einzunehmen.

Außenpolitische Eindämmung und innenpolitische Schwächung Russlands fließen in der Destabilisierung der Kaukasusregion, konkret im schwarzen Loch Tschetschenien zusammen. Hintermänner der Destabilisierung aufzuzählen, ist müßig. Die Gelder fließen auf unkontrollierbaren privaten Wegen aus Afghanistan, aus der Türkei, aus Arabien; selbst russische Finanziere sind im Gespräch. Wer hinter ihnen steht, ist unentwirrbar. Die Situation hat die Tendenz sich zu verselbstständigen.

Wladimir Putins Kriegspolitik ist Russlands Antwort auf diese Entwicklung. Es ist die schlechteste aller Antworten, denn statt einer Beseitigung der Ursachen, die den Terror in Russland entstehen und wachsen lassen, sollen seine Symptome unterdrückt, bzw. auf neo-imperiale Ziele gelenkt werden. Das wird die Gewaltbereitschaft in Russland selbst erhöhen, statt sie einzuschränken, wird die Destabilisierung des Kaukasus vorantreiben und die verdeckten Konflikte zwischen Russland und den westlichen Staaten vertiefen. Statt Russlands Zerfall und seine Isolierung zu stoppen, wie er sagt, ist Wladimir Putin auf dem schlechten Wege, beides zu beschleunigen. Die Alternative dazu ist die sofortige Einstellung aller militärischen Handlungen in Tschetschenien und die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Ziel, die zerstörte tschetschenische Republik als selbstständige, neutrale Zone zwischen Russland und seinen Nachbarn zu entwickeln.

ANGELA BORNEMANN

Citoyen français und deutscher Dichter

Erinnerung an René Schickele

Es ist ein literarischer Skandal: sechzig Jahre nach seinem frühen Tod ist keines der Bücher René Schickeles (bis auf das schmale Bändchen *Himmliche Landschaft* im OASE VERLAG) im Buchhandel erhältlich. Es scheint ganz so, als habe sich Schickeles Prophezeiung, die er im Dezember 1933 mit düsterer Weitsicht in sein Diarium eintrug, in unseren Tagen bewahrheitet: »Wenn es Goebbels gelingt, unsere Namen von den deutschen Tafeln zu löschen, sind wir tot. Gespenster in der Diaspora, in der wasserarmen Provinz. Schon die nächste Generation wird nichts mehr von uns wissen.«

Zu den Namen jener Schriftsteller, die, nach den Jahren der Absenz im Exil, in der Bundesrepublik gelesen wurden, zählt der seine nicht. Weder die Bemühungen des Verlagshauses KLEPENTLEUER & WITSCH zum hundertsten Geburtstag des Dichters 1983, die Erzählungen und Romane Schickeles in einer zweibändigen Ausgabe erneut zu edieren, noch S. Fischers Herausgabe der großen Trilogie *Das Erbe am Rhein* anlässlich dieses Jubiläums, bewirkten die längst überfällige literarische Renaissance des elsässischen Schriftstellers.

Das Verschwinden René Schickeles aus dem Bewusstsein der deutschen Leser ist bezeichnend für das Schicksal vieler emigrierter Autoren, denen die »mehrjährige Sonnenfinsternis«, die Schickele bereits 1932 vorhergesehen hatte, die überlebenswichtigen Bande zum Publizieren und zum Publikum abgeschnitten hatte. Und: Dies gilt für René Schickele ebenso wie auch für Franz Hessel, Walter Hasenclever und es galt lange für Ödön von Horváth, Ernst Toller und

Ernst Weiss – jene Exilanten, die das Ende des Nationalsozialismus nicht mehr erleben durften.

Als René Schickele an einem regennassen Januarmorgen 1940 sechsundfünfzigjährig in Vence im Süden Frankreichs starb, endete eine Schriftstellerexistenz, die zutiefst von abendländischen, europäischen Idealen geprägt war. »Der elsässischste der Europäer und der europäischste Elsässer«, so umreißt der Literaturhistoriker Camille Schneider Schickeles elsässische Doppelsexistenz, die nahezu in ihrem gesamten literarischen und journalistischen Schaffen mit großer Passion für eine Aussöhnung, ja für eine friedensbringende Kulturallianz zwischen Frankreich und Deutschland engagiert war. »Das Elsaß ist der Prüfstein für die Aufrichtigkeit des Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich ... und dieses Verhältnis ist entscheidend für die Zukunft des Kontinents«, sagte Schickele Ende der zwanziger Jahre über die beiden Nachbarn dies- und jenseits des Rheins, freilich bar jeder Illusion, dass die deutsch-französische Nachkriegsgeneration ihre wechselseitigen Ressentiments überwunden haben könnte.

Schickele selbst gehörte seit 1926 als erstes französisches Mitglied nach Voltaire der Preußischen Akademie der Künste an. Bereits als frühreifer Sextaner schrieb René Schickele auf dem Gymnasium in Zabern ausgezeichnete Deutschaufsätze, obwohl seine Muttersprache im genuinen Sinne des Wortes Französisch war – die Mutter stammte aus Belfort und sprach zeitlebens nur einige Brocken Deutsch. Schickele entschied sich von Beginn seines Schreibens an für die deutsche Sprache (einzige Ausnahme ist der letzte große Essay *Le Retour*, der 1938 unter dem Eindruck des Exils entstand), nur »sobald ich krank bin und Fieber habe, spreche ich unbedingt französisch«.

Schickele bezeichnete seine Wurzeln in dieser sprachlich kulturellen Zwischenstellung als das bestimmende Moment seines »Schicksals«, das mehr als alle anderen Einflüsse sein literarisches und journalistisches Oeuvre durchzieht. Zu Beginn der zwanziger Jahre hatte er den Zenit seines Schriftstellerlebens erreicht. Nach einer expressionistisch-lyrischen Episode in der Jugend, seinen Debüts als Dramatiker, Journalist und Romancier und nach Jahren der politischen Reifung als Herausgeber der legendären *Weissen Blätter* fand Schickele von 1923 bis 1932 in Badenweiler eine Heimat – in der gallisch-alemannischen »himmlischen Landschaft« zwischen Schwarzwald und Vogesen. »Gibt es schöneres auf der Welt als mein Haus, mein Garten, die Landschaft, in der er steht? Wie schlimm, wenn ich wegmüsste!«

Dieses »Haus« verließ er, der französische Staatsbürger, im Herbst 1932 mit seiner Familie blutenden Herzens. Im milden Klima der Côte d'Azur wollte er zudem sein schweres Asthma lindern, das ihn bis zuletzt quälte. In *Sunary-sur-mer* schrieb René Schickele die *Witwe Bosca*. Sein, wie er bekannte, »bestes Buch«, das die »todestrunkene Bosheit und Rachsucht einer götzendienerischen entgotteten Zeit in einer von der Straße aufgelesenen Gestalt« nachzeichnet; zugleich sein letztes Werk, das noch beim S. FISCHER VERLAG im Spätherbst 1933 erscheinen konnte. Die *Witwe Bosca* ist vielleicht das schönste literarische Dokument für die Dynamik und Musikalität der Sprache Schickeles, für seinen großen erzählerischen Elan, der das Buch zu einem außerordentlichen Lesevergnügen macht. »Der epische Strom besteht aus lauter Strudeln und Wirbeln. Es ist ein Brio in dieser Dichtung, wie deutsche Prosa es selten gekannt hat; dabei ein fester, tiefer und humoristischer Blick für das Böse und Dämonische, für das menschlich Unheimliche (...)«, schreibt Thomas Mann im Vorwort zur französischen Ausgabe der *Witwe Bosca*.

Der Roman zeichnet sich neben der sprachlichen Komplexität durch eine keines-

wegs kryptische Botschaft aus: Schickele entlarvt hier, wie auch in seinen noch folgenden Veröffentlichungen, den Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem Werteverfall und Totalitarismen jeglicher Richtung. Dieser unverblendete Blick, mit dem sich Schickele damals im Kreis der schreibenden Exilanten isolierte, ist für uns Leser im ausgehenden Jahrhundert von frappierender visionärer Kraft.

1935 schlossen sich für Schickele die Türen nach Deutschland. Das Buch mit der »anmutigste(n) deutsche(n) Prosa von heute« (Th. Mann) wurde beschlagnahmt, sein Autor hatte schon im Winter 1933 das Treuegelöbnis des Kulturkammergesetzes verweigert, und er veröffentlichte seinen letzten Roman *Die Flaschenpost* 1937 in dem Amsterdamer Exilverlag ALLERT DE JANGE. Obwohl Schickele Franzose war und somit nicht im eigentlichen Sinne im Exil lebte, führte er das elende Leben der meisten Exilanten. Von materiellen Sorgen geplagt, krank und ohne Aussicht auf einen baldigen Frieden, blieb ihm bei seinem Tod am 31.1.1940 wenigstens der nahende deutsche Einfall in Frankreich erspart. In Vence bei Nizza starb Schickele, dort wurde er ganz in der Nähe des Grabes von D. H. Lawrence, dem sein letzter großer Essay galt, beigesetzt. Seine Witwe ließ ihn 1956 nach Lipstadt bei Badenweiler überführen. »Hier wollte ich einmal ruhen, bis die Posaunen des ewigen Sommers mich weckten«, notierte Schickele über den Lipstädter Friedhof.

Spenden mit
Kreditkarte
mit Visa- oder Eurocard

Postfach 10 11 42
70010 Stuttgart
Konto
500 500-500
Postbank Köln
BLZ 370 100 50

Brot
für die Welt

Zeitschriftenforum: Von der exzessiven Vernutzung endlicher Ressourcen

Seit das Wort »Globalisierung« die Runde macht und zur rhetorischen Allzweckwaffe gegen jedweden gesellschaftlichen Diskurs instrumentalisiert wird, der neben und außer dem Thema Globalisierung auch noch andere legitime Themen auf die politische Agenda zu setzen sucht, ist es um die Ökologie still geworden. Erst kürzlich hat der französische Soziologe Pierre Bourdieu darauf hingewiesen, dass Globalisierung keineswegs identisch ist mit einer Art eherner Notwendigkeit, welcher sich alles und alle zu fügen hätten, vielmehr mit einer gezielten und bewusst eingesetzten politischen oder polit-ökonomischen Strategie der kapitalistischen Eliten, die ihre historische Chance erkannt haben, ein Modell der Bewirtschaftung des Globus durchzusetzen, das kurzfristig gigantische ökonomische Erfolge zu erzielen verspricht, während die mittel- und langfristigen Konsequenzen dieser exzessiven *Shareholder Value*-Bewirtschaftung kaltblütig ausgeklammert werden.

»Zukunft« ist für die Aktionäre von *VODAFONE* und *MANNESMANN* immer nur der Zeitraum, innerhalb dessen sich das eingesetzte Kapital verdoppeln muss. »In der Steinzeit, also vor fünfzig Jahren«, lesen wir, »war das ein Jahrzehnt. Demnächst wird es der Zeitraum sein, innerhalb dessen ein Chip veraltet, und dieser Zeitraum wird immer kürzer.« Zukunft, so lässt sich demnach sagen, ist tendenziell Gegenwart, was darüber hinausreicht, bleibt außerhalb des Blicks. *Buy now, pay later*, lautet denn auch die Parole dieser Strategie. Die ökologischen und sozialen Kosten sollen später und von anderen Generationen beglichen werden.

Einmal im Jahr erscheinen die *SCHIEDEWEGE* und erinnern in durchaus konservativer Manier daran, dass menschliches Leben,

unser Leben, mehr ist oder doch mehr sein sollte als das pausenlose, gierige Anhäufen von materiellem Reichtum und dass die Natur, das einzige Ökosystem, in dem die Spezies Mensch zu überleben vermag, mehr ist als ein Steinbruch, aus dem wir das uns Nützliche herausklauben, und mehr als eine gigantische Halde, auf der wir den von uns produzierten Müll entsorgen. Die »Jahresschrift für skeptisches Denken«, wie sich die von Friedrich Georg Jünger und Max Himmelheber begründeten *SCHIEDEWEGE* nennen, macht es sich seit Jahr und Tag zur Aufgabe, das, was die moderne Zivilisationsgeschichte als »Fortschritt« durchbuchstabiert, mit dem Preis zu konfrontieren, den wir für diesen Fortschritt wenn nicht heute, so doch morgen und übermorgen zu entrichten haben.

In der jüngsten Ausgabe der *SCHIEDEWEGE* (Heft 29, Jahrgang 1999/2000) notiert der Schriftsteller Jürgen Dahl, der bereits 1972 den »Anfang vom Ende des Autos« diagnostizierte: »Endzeit, dekadente Meisterschaft, so bewundernswert wie unbrauchbar. Vor ein paar Wochen stellte ein deutsches Automobilwerk auf dem Pariser Autosalon den *BUGATTI 118* vor, der nicht nur ein sündhaft teures und ziemlich dickes Auto ist, sondern, o Wunder, der erste Achtzylinder in der Geschichte des Autos überhaupt. Ein Acht-zehn-zylinder! Von wahren Begeisterungstürmen wusste die Presse zu berichten und erörterte nicht einmal andeutungsweise die Frage, wozu und für wen es eigentlich einen Achtzylinder geben müsse und ob er nicht in gewisser Weise jenen schönen, aber unbrauchbaren Steinzeitmessern ähnele, mit denen man damals die Technik auf die Spitze trieb und dabei übrigens eher an religiöse Verrichtungen als an das Zerteilen von Bärenfleisch dachte. Auch die Begeisterung für den Bugatti enthält ja ein Element religiöser Verzückung.«

Wenn solche Begeisterung sich bloß auf den Bugatti beschränkte! Muss man nicht vielmehr davon ausgehen, dass das Auto

Gothaer

Für manche Kunden sind wir eine Versicherung. Für andere ein Finanzexperte, ein Sicherheitsspezialist, ein Umweltfachmann oder einfach ein vertrauensvoller Partner.

Die Gothaer ist ein serviceorientiertes Unternehmen, das bedarfsgerechte Problemlösungen zu leistungsgerechten Preisen anbietet – nicht alles für jeden, sondern individuelle Angebote für den einzelnen. Das ist die Philosophie, die unser Denken und Handeln seit über 175 Jahren bestimmt. Optimale Beratung ist deshalb unser oberstes Gebot.

*Versicherungen
Kapitalanlagen
Finanzierungen*

Gothaer
Versicherungen

schlechthin zum kollektiven kultischen Objekt eines religionsähnlichen Bedürfnisses geworden ist? In der Tat wundert man sich ja, wenn man sieht, mit welcher martialisch aufgerüsteten Vehikeln, die eher zur Durchquerung der Sahara als zur Bewältigung des Stadtverkehrs taugen, Mütter ihre Sprösslinge zum Kindergarten karren. Es dürften nicht selten dieselben Mütter sein, die im Ökoladen einkaufen und den Grünen ihre Stimme geben. Die quasi-religiöse Verzückung, welche das Auto als solches auslöst, ist allem Anschein nach weitaus stärker als der Ratschlag einer Vernunft, die leise mahnt, es mit dem Auto nicht zu weit zu treiben.

Dieses Zu-weit-Treiben hat, wie Dahl schreibt, mit einer längst generalisierten Einstellung zu tun, in welcher die Mittel-Zweck-Relation auf den Kopf gestellt ist: »Die Mittel erobern sich ihren Zweck, und notfalls erfinden sie ihn.« Ein gutes Beispiel hierfür ist auch unser Gesundheitssystem. Eine teure Hochleistungsmedizin, die so kostspielig ist, dass schon ihre puren Kosten Nachweis ihrer Existenzberechtigung sind, braucht nachgerade ein »Krankengut«, das an ihre Apparaturen angeschlossen werden kann. Schwer zu sagen, was zuerst da ist, die Krankheit oder die Medizin. Evident scheint aber zu sein, dass es einen ziemlich zwingenden Zusammenhang gibt zwischen einer Technik, die, wie Dahl schreibt, einen »schamanischen Lärm« zu erzeugen in der Lage ist – etwa in Diskotheken – und so zu massenhafter Beeinträchtigung des Gehörs führt, und einer entsprechenden medizinischen Technik, die dieses Leiden wieder kuriert. Ohne Spitzentechnologie im Medizinlabor kein Tinnitus.

Weil offenbar alles machbar und käuflich ist, wird alles gemacht und gekauft. Nur so scheint unser Wirtschaftssystem zu funktionieren, auch wenn der Globus dabei ruiniert wird. Ökologie? Ökologischer Umbau der Gesellschaft? Verzicht auf die exzessive Verwertung der endlichen Ressourcen? All das

taucht höchstens noch in politischen Sonntagsreden auf, selbst bei den Grünen spricht man inzwischen lieber von den »Chancen der Globalisierung« als von ihren abzusehenden ökologischen und sozialen Risiken. Denn es gilt: »Am Anfang ist das Geld, und das Geld ist alles und alles ist Geld, amen.«

So bleibt es einem publizistischen Organ wie den SCHEIDEWEGEN vorbehalten, die heutigen Generationen daran zu erinnern, dass sie nicht die letzten sind, sondern dass nach uns andere Generationen kommen. »Das Zauberwort«, lesen wir in dem fulminanten und bösen Beitrag des Anglistikprofessors Ulrich Horstmann, heiße Moratorium, und die erste nobelpreiswürdige Entdeckung bestünde in der unaufwendigen und von jedem Laien nachvollziehbaren Beobachtung, dass morgen auch noch ein Tag ist. Dass morgen auch noch ein Tag ist, an dem Menschen menschenwürdig leben wollen, dieser Gedanke passt freilich schlecht zu einer »neoliberalen Wirtschaftstheologie« (Stefan Welz), welche die Ankunft des Herrn radikal in die Gegenwart verlegt hat. Solange diese Theologie unsere Köpfe und Herzen vernebelt, gilt, was die Schriftstellerin Christa Wolf im Dezember 1999 in ihrer Dankrede anlässlich ihrer Auszeichnung mit dem Nelly-Sachs-Preis gesagt hat: »Wir kommen nicht auf die Idee, dass die Löcher in der Ozonschicht unserer Erde etwas zu tun haben könnten mit den blinden Flecken unseres Bewusstseins, mit der Leere, die sich im Zentrum unserer Spasskultur aufgetan hat und immer mehr ausbreitet.«

Moratorium, Verzicht, Ausstieg – das ist, unüberhörbar, die gar nicht geheime Botschaft der SCHEIDEWEGE. »Hinieden aber käme eine große Entspannung über die Milliarden, was sage ich, ein schamloses Erschlaffen machte sich breit angesichts des Raubbaus und der gnadenlosen Überanstrengung so vieler Generationen. Schlaf ist die effektivste, weil rein biologische Unheilbremse. Und so wie die Menschen im 20. Jahrhundert darum gewetteifert hatten, ihre

Erholungsphase noch unter das körperlich unverzichtbare Minimum zu senken, renommierte man jetzt mit vierzehn, sechzehn, achtzehn Stunden Auszeit, bevor die ersten Hochleistungsschläfer sich für eine halben Winter verabschiedeten.

Gegen Ausgang des 21. Jahrhunderts hätte sich die Hälfte der Menschheit mit oder

ohne gähnende Trauergemeinde zur letzten Ruhe begeben, wären ganze Nationen, die früher nicht von ungefähr als Geißel ihres Kontinents gegolten hatten, in den Dornröschenschlaf gesunken.« Den SCHEIDEWEGEN sei Dank, dass sie einem so begabten Phantasten wie Ulrich Horstmann das Wort erteilen.

»Moratorium, Verzicht, Ausstieg?« Noch immer hat der alte Drahtesel als studentisches Fortbewegungsmittel nichts an seiner Attraktivität eingebüßt.



Foto: David Auserhofer//JOKER

Das Thema: Die schweigende Mehrheit

KURT LENK

»Masse« –

eine vernachlässigte Kategorie

Die Verwendung politik- und sozialwissenschaftlicher Begriffe ist vielfach an jeweils vorherrschende praktisch-politische Interessen geknüpft. Dann tritt in der Regel ihr analytischer Erklärungswert hinter ihren normativen und ideologischen Funktionen zurück. Dies gilt in unterschiedlichem Maße zumindest für so gängige Begriffe wie »Ideologie«, »Utopie«, »Elite« und nicht zuletzt auch für den Terminus »Masse«.

Eine der – allerdings nur denkmöglichen – Konsequenzen aus dieser Einsicht wäre, solche Begriffe so lange aus dem Verkehr zu ziehen, bis ein minimaler Konsens über ihren Inhalt und Umfang hergestellt werden kann. Doch erweist dieser Vorschlag einer Quarantäne ideologisch aufgeladener Begriffe sich als ebenso sinnlos wie undurchführbar.

Ein schönes Beispiel dafür liefert die immer erneut versuchte Verbannung der Begriffe »links« und »rechts« aus politischen Diskursen. Behauptet wird, sie entstammten einer längst überfälligen Gesäßgeographie und seien daher heute unbrauchbar. Allein, die das behaupten geraten im gleichen Atemzug allzu schnell in die Versuchung, »die Linken«, »die 68er« usw. für irgendwelche Missstände verantwortlich zu machen, sei es auch nur für die These, dass es nach wie vor zweckmäßig sei, solche Grundorientierungen beizubehalten.

Im Jahre 1926 schrieb der Soziologe Theodor Geiger, die Gesellschaft beherberge in ihren unterirdischen Kellergelassen »das unheimliche Gespenst Masse, das dem Hausherrn sein Heim zu verleiden gewillt ist. Es wird ihn zwingen, die alten Hallen zu verlassen, oder es wird mit unwiderstehlicher Geis-

terhand den Bau in Schutt und Asche legen« (aus: *Die Masse und ihre Aktion*, 1926).

Hundert Jahre vorher diagnostizierte Hegel »das Herabsinken einer großen Masse unter das Maß einer gewissen Subsistenzweise«. Ihm zufolge komme darin zum Vorschein, »dass bei dem Obermaße des Reichtums die bürgerliche Gesellschaft nicht reich genug« sei, um der von ihr selbst produzierten Pauperschichten Herr zu werden, einer »formlosen Masse«, die Hegel als »elementarisch, vernunftlos, wild und fürchterlich« verabscheute.

Was Hegel der inneren Dynamik einer frühbürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft beimaß, hat dann Marx zu jener Klassentheorie entwickelt, die heute, nach dem Ende des Sowjetkommunismus, als endgültig überholt gilt. Sind wir Glücklichen mittlerweile nicht längst in jener nivellierten, ja klassenlosen Gesellschaft angekommen, in der ein jeder nur nach seiner Leistung bezahlt wird und es im Wesentlichen nur mehr eine »Mitte« gibt? Ist damit, so wird gefragt, nicht auch jene einst virulente Kulturkritik mit ihrem Gespenst der Massengesellschaft obsolet geworden?

Eine Projektionsleinwand für soziale Ängste

Die bis in die neoliberale Ökonomie unserer Tage hineinreichende Spaßkultur hätte gern, wenn die Zeitgenossen die Dinge so sähen: postmodern, postindustriell und flexibel geworden, surfen wir allesamt in einer schönen neuen Welt der Individualisierung, voller unendlicher Optionschancen, wie sie unsere »Erlebnisgesellschaft« im medialen Zeitalter bereithält. Zur »Informations- und Wissensgesellschaft« mutiert, blicken wir nicht ohne Stolz auf die archaischen Ängste vergangener Jahrzehnte herab, im sicheren

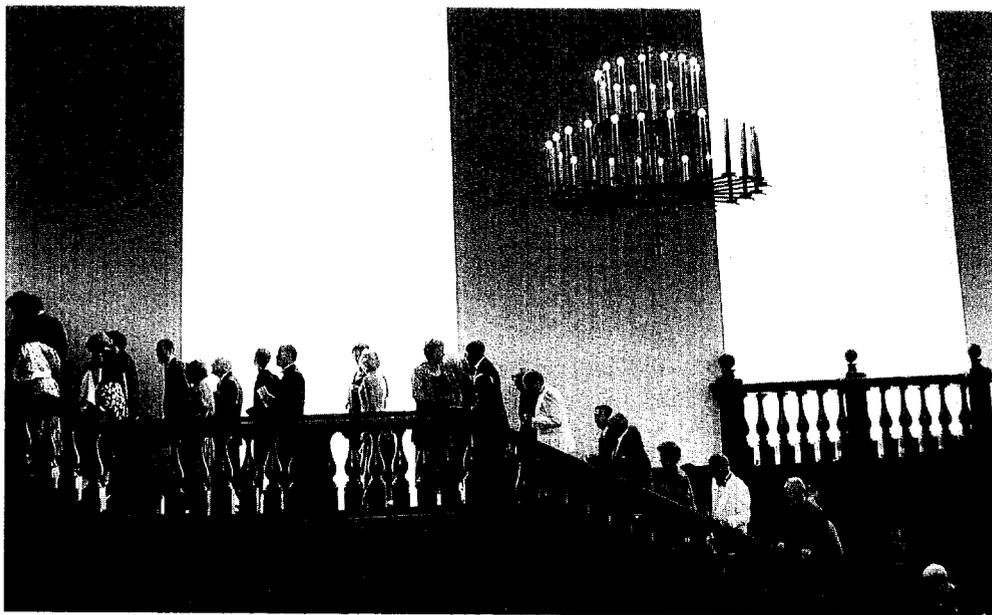


Foto: Regina Schmeken

»Sind wir Glücklichen nicht längst in einer nivellierten, ja klassenlosen Gesellschaft, in der es im Wesentlichen nur mehr eine >Mitte< gibt?«

Bewusstsein, dass das im 19. Jahrhundert verheißene »Reich der Freiheit« schon inmitten der globalisierten Ökonomie angebrochen ist. Doch die Verhältnisse, die sind nicht so ...

Nicht allein ist die Ausbeutung der Ware Arbeitskraft keineswegs Geschichte; vielmehr drohen ihre Träger, die sogenannten Arbeitnehmer, seit geraumer Zeit infolge technischer Fortschritte als lästige Kostenfaktoren überflüssig, will sagen: »freigesetzt« zu werden, sozusagen ausgehaltene Konsumenten in der Warteschleife. Feststeht: Weltweit zeichnet sich in allen kapitalistischen Ländern ein rasanter Entwertungsprozess des Faktors Arbeit und Humankapital ab, der schließlich auch das lange Zeit über verdrängte Thema Masse wieder aktuell werden ließ.

Während in Frankreich und in den angelsächsischen Ländern schon seit Anfang der 80er Jahre des abgelaufenen Jahrhunderts ein empirisch fundierter Masse-Diskurs aufkam, tut sich bei uns die Sozialwissenschaft noch schwer, lange Zeit überwunden Gelaubtes erneut reflektieren zu müssen.

Hatte doch gerade in der Bundesrepublik der 50er Jahre ein Sperrfeuer gegen den am Ende des Zweiten Weltkrieges neu aufgenommenen Masse-Diskurs eingesetzt, der diese Kategorie als herabgesunkenes Kulturgut und soziologische Folklore einzustufen gewillt war.

Tonangebend bei dieser Kritik der Massenpsychologie war damals vor allem Peter Hofstätter. Er wollte den Begriff der Gruppe an die Stelle der Masse setzen, weil er glaubte, in allen Personenmehrheiten eine Organisationsstruktur entdecken zu können, die den in der Tat recht diffusen Massebegriff überflüssig mache. So schlug Hofstätter vor, »die Masse als eine aktivierte Menge anzusprechen, in der sich (noch) kein ordnendes und integrierendes Rollensystem entwickelt hat. Fast immer wird die Masse dabei als ein Übergangsstadium von relativ kurzer Dauer aufzufassen sein« (aus: *Gruppendynamik*, 1957).

Wohl infolge der integrierenden Wirkungen des sich entwickelnden bundesdeutschen Wohlfahrtsstaates wurde es lange Zeit über merkwürdig still um das Massethema. Erst seit dem ab Mitte der 70er Jahre sich

abzeichnenden Ende der Vollbeschäftigung und den bekannten Schwierigkeiten sozialstaatlicher Maßnahmen regte sich, zunächst im westlichen Ausland, erneut ein Interesse an den »Massen«.

Zwar kann kaum geleugnet werden, dass dieser Begriff einst als Projektionsleinwand für soziale Ängste der Mittelklassen (wie z. B. vor einer »gelben Gefahr«) erhalten musste und regelmäßig Ressentiments den Ton angaben, wo von Massen im abfälligen Sinn die Rede war (das wohl bekannteste Beispiel bietet hierfür der Bestseller über den *Aufstand der Massen* Ortega y Gasset). Doch hat, wie es scheint, ungeachtet solcher Popularisierungen, das Problem der Masse ein erstaunlich zähes Leben. Auch hier gilt: Totgesagte leben länger. Dies trifft für den Massebegriff nicht weniger zu als für den zeitweilig in den Orkus beförderten Begriff der Klasse, der heute als »politische Klasse« fröhlich Urständ feiert.

Dass die von Marx und Engels auf die »proletarischen Klassen« gesetzten Hoffnungen heute kaum mehr nachzuvollziehen sind, bedeutet keineswegs, dass aus den analytischen Teilen des Marx'schen Originals nicht gerade gegenwärtig wichtige Anregungen zu gewinnen wären. Dies gilt z. B. für die Globalisierungsdebatte von heute.

Die mit dem jähen Ende wohlfahrtsstaatlicher Euphorie erneut offenbar werdenden Konfliktlagen in der Gesellschaft zwingen denn auch zu einer Reflexion des seither eher etikettierend gebrauchten Arsenal gängiger Komposita wie Massendemokratie, -kommunikation, -verkehr, -tourismus oder -kultur. Man wird kaum umhin können, sich auch über den ersten Teil solch leichtfüßiger Spielmarken Rechenschaft zu geben.

Wer glaubt noch an die Herstellbarkeit demokratischer Transparenz?

Es ist kein Zufall, dass als Folge der Tabuisierung des Massebegriffs ein Großteil der heutigen Soziologie ziemlich ratlos vor symptomatischen Massenphänomenen steht, ob

es sich nun um periodisch wiederkehrende, harmlose *Love Parades* oder um das lautstarke, zuweilen gewalttätige Auftreten von *Hooligans*, ganz zu schweigen von den von offizieller Seite meist zu Einzeltaten herabgestuften terroristischen Anschlägen rechtsextremer Banden handelt. In Anbetracht der Vielzahl solcher Vorgänge steht die damit befasste Sozialwissenschaft vor einer Art Offenbarungseid: Mit ihrer Verleugnung des Massebegriffs und der daraus folgenden Fixierung auf sog. Gruppenprozesse scheint der analytische Zugang zu solchen Mechanismen verbaut. Musste die Prüderie gegenüber dem Massesthema nicht über kurz und lang dazu führen, dass sich an die Stelle der überforderten Soziologen flinke Schamanen drängen, die bekanntlich das Übel gleich aus einem Punkt zu kurieren verstehen?

Man sollte eingestehen, dass gerade auch kollektive Projektionen, wie sie ohne Zweifel seit je in den Massebegriff eingegangen sind, aufgrund ihrer sozialen Verdichtung eine erhebliche Resistenz gegen ihre kritische Auflösung besitzen, zumal wenn die meisten Experten-Diskurse sich im Wesentlichen auf methodologische Fragen konzentrieren. Man sollte daher zunächst unterscheiden zwischen dem stets notwendigen wissenschaftlichen Reflexionsprozess über begriffliche Instrumente und den davon relativ unabhängigen Verwendungsweisen soziologischer Begriffe im Alltagsdiskurs, wo eingefahrene Meinungen mitunter politisch weit wirksamer sein können als die gesellschaftlichen Verhältnisse als solche. Zeigt es sich doch, dass in einer medial vermittelten Welt wie der heutigen die Deutungsmonopole für das, was als »das Politische« gilt, oft den dafür zuständigen politischen Eliten entgleiten, zugunsten der Massenmedien wie etwa dem Fernsehen. Denn alle überregionale Politik ist medial vermittelt, daher virtuell präsent und oft fern von dem, was man für gewöhnlich »politische Realität« nennt. Hier gilt am Ende die simple Devise: *Eighty million people cannot be wrong.*

So ist denn auch ein nicht geringer Teil heutiger Politik notwendig Showbusiness, vornehm als »symbolische Politik« gehandelt. Je weniger noch nationalstaatlich bewegt werden kann, um so mehr verlagert sich die auf Mehrheitsfähigkeit angewiesene Politik auf das werbeträchtige Feld der Meinungspflege. Getreu dem Thomas'schen Theorem ist die siegreiche Definition dessen, was als real gilt, bestimmender für kollektives Verhalten als die Verhältnisse selbst, in denen die Menschen leben. An die Stelle der obsolet gewordenen Frage nach der Wirklichkeit treten das Design oder der Schein, analog zur Verpackungskunst Christos.

Der Fall Silvio Berlusconi, ein zeitgemäßer Showmaster der Macht, ist nur ein Beispiel, das gegenwärtig für viele steht. Nebelwerfer bestimmen, wen wundert's, das Gefechtsfeld der politischen *Chatrooms*. Wer glaubt heute im Ernst noch an die Herstellbarkeit demokratischer Transparenz bei der Parteienfinanzierung, wie der Grundgesetzgeber sie vorsah? Wer an die erhabene Gerechtigkeit globalisierter Marktmechanismen oder gar an die Demokratisierbarkeit inner- und außerbetrieblicher Verhältnisse?

In all diesen Bereichen ist eine nüchterne Überprüfung solch ehrbarer normativer Traditionsbestände angesagt. Freilich bedürfte es dazu einer Zeit der Besinnung, die im Drang der Geschäfte nur selten aufkommt. Was der einhundertjährige Philosoph Hans-Georg Gadamer im Vorjahr über den Tod sagte, gilt im übertragenen Sinne auch für das Problem der Masse: »Noch nie war der Tod so stark in der Öffentlichkeit gegenwärtig und wurde zugleich so wenig ernst genommen.« Könnte es sein, dass gerade wegen der Omnipräsenz von Massenphänomenen es um deren begriffliche Aufarbeitung so schlecht bestellt ist?

Dass die allmähliche Gewöhnung an fortwährend zunehmende Gleichförmigkeiten im – angeblich – so individualisierten Zeitalter der »Postmoderne« diese fundamentalen Erscheinungen, außer Sicht bringt? Karl

Mannheim sprach einst in ähnlichem Zusammenhang von einem »Sensibilitätskreis« und meinte damit die Erfahrung, dass das alltäglich Erfahrbare gar nicht mehr zu Bewusstsein kommt, vielmehr habitualisiert wird, vergleichbar der gekonnten Bedienung eines Autos durch seinen Fahrer. Es wäre an der Zeit, das beim Namen zu nennen, was gegenwärtig offen zutage liegt: die Enteignung nationaler Souveränität und Ökonomie durch einen globalisierenden Weltmarkt; die fortschreitende »Amerikanisierung« und »Modernisierung« aller Lebensverhältnisse in einer alternativlos scheinenden wissenschaftlich-technischen Zivilisation und die daraus folgende Widerstandslosigkeit, mit der gegenwärtig der Durchschnitt aller Konsumenten seinen IKEA-Individualismus pflegt: »Da steht es nun, das Individuum an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Es bemüht sich um Persönlichkeit und Charakter, wehrt sich und beschwert sich, versucht, sich vom Nachbarn abzugrenzen, und kämpft um sein Recht – doch im Handumdrehen wird es eingespeist in die große, alles zermahlende Maschine der Massenkultur, vorwärts und rückwärts, gnadenlos und rückstandsfrei: Material, das verwertet wird, mehr noch: das sich selbst verwertet« (Reinhard Mohr/Mathias Schreiber: *Von Nietzsche zu Naddel*, in: SPIEGEL, Nr.52/1999).

Möglicherweise rührt die Scheu, mit der ein Großteil der heutigen Soziologen der Kategorie Masse gegenübersteht, auch von einer erneut spürbaren Kränkung des Selbstverständnisses der heute Lebenden her, die, wie immer die Dinge liegen mögen, doch stolz sein möchten auf das Erreichte und dennoch immer wieder erfahren müssen, dass ihr Bemühen, aufs Ganze gesehen, doch einer Kultur zutreibt, in der gleichförmiges Massenverhalten droht wie kaum je zuvor.

Der nicht erst seit Freuds Beobachtungen unübersehbare Anteil an »Masse in uns« ist jene Schamstelle, an die man nur selten rührt. Statt einen kritischen Blick in den Spiegel zu wagen, der zeigen könnte, wie sehr

unsere Sozialisation vom »Alp aller toten Geschlechter« bestimmt ist, der auf den Gehirnen der Lebenden ruht, strebt man für gewöhnlich danach, sich möglichst »individualistisch« zu geben, so wie die Werbung es gebietet. Dabei verliert sich die Vorstellung davon, dass gerade die inszenierte »Authentizität« aufs Ganze gesehen zu Mechanismen gleichförmigen Verhaltens gerinnt.

Hoffnung auf Widerstand gegen die universelle Tendenz zur Konsumentenautokratie mit ihren ungeschriebenen Konformitätszwängen und »in«- oder »out«-Spielchen ließe sich wohl nur darauf gründen, schonungslos das in den Blick zu nehmen, was der Vergesellschaftung beim Individualisierungsprozess geschuldet ist. Fern davon, in steriles Jammern über »Vermassung« zu verfallen, wie es seit je bei konservativen Eliten Mode ist, könnte gerade der »böse Blick« auf die eher anonymen Momente unserer personalen Existenz eine Chance eröffnen, zu einer – wenngleich stets relativen – »Autonomie« zu kommen. Denn nur aus der Einsicht in eben jene sozialen Verhältnisse, denen sich unsere individuelle Existenz verdankt, könnte ein Wille zur Gegenwehr gegen bloßes Dahindämmern im scheinbar wohlständigen Konsumentenelend erwachsen. Zumindes wäre dies eine der aktuelleren »Botschaften« einer Kritischen Theorie, deren Tod man feiert.

PATRICK HORST

Von der schweigenden zur »sprechenden« Mehrheit in der DDR 1989/90

Die schweigende Mehrheit ist ein reines Phantasieprodukt, als Wirklichkeit existiert sie nicht, denn wie ließe sich deren Meinung – als unartikulierte – feststellen? Die schweigende Mehrheit existiert allein im Auge des Betrachters, von wo aus sie auf einen an sich inhaltsleeren, nur reflektierenden Oberflächenkörper projiziert wird.

Nehmen wir den Prototyp der schweigenden Mehrheit in der totalitären Herrschaft: die amorphe Masse, die sich als Knetmaterial in den Händen einer Führerclique oder dem einen Führer erweist. Solange die totalitäre Herrschaft in Kraft ist, kann sich »der Führer«, egal was er sagt, auf die Zustimmung der schweigenden Mehrheit berufen. Er ist der Einzige, welcher der unartikulierten Meinung der schweigenden Mehrheit Ausdruck verleihen kann, er ist weniger ihr Sprachrohr als vielmehr ihr Interpret. Kaum jedoch, dass die totalitäre Herrschaft überwunden ist, behaupten nicht selten diejenigen, die nun anstelle des Diktators den öffentlichen Diskurs prägen, dass die schweigende Mehrheit in Wahrheit ganz anders gedacht habe als der Diktator. Nach außen hin habe sie zwar mitgespielt, insgeheim aber habe die schweigende Mehrheit schon immer opponiert.

Von der schweigenden Mehrheit kann also das eine wie das andere gesagt werden, in sie kann die Zustimmung zur herrschenden Politik genauso hineingelesen werden wie die Opposition – nur selbst artikulieren kann sie sich nie und deshalb wirkt sie immer herrschaftssichernd. Die Gedankenfigur der schweigenden Mehrheit ist ein Manipulationsinstrument in den Händen derer, die einen Machtanspruch durchsetzen und somit zur »sprechenden Mehrheit« werden wollen. Dies können sie erreichen, indem sie behaupten, die schweigende Mehrheit stünde auf ihrer Seite. Das können sie aber genauso dadurch erreichen, dass sie behaupten, die schweigende Mehrheit denke ganz anders als sie, und deshalb müssten sie nun gezwungenermaßen so entscheiden. Bei besonders umstrittenen, schwer zu vermittelnden Meinungen bietet sich die letztere Strategie an, kann auf diesem Wege doch die Verantwortung für die eigene Entscheidung geschickt gelehnet werden.

Mehrheiten treten in der Demokratie, aber auch ganz generell in der Politik nie schweigend auf. Eine schweigende, in sich ruhende und bewegungslose Ansammlung von Menschen, und sei sie eine noch so große Masse,

hat keinerlei Macht. Sie kann, weil sie keine Stimme hat, nie zur Mehrheit werden. Dazu ist erforderlich, dass mindestens einer spricht und niemand ihm widerspricht, alle ihm folgen. Dieser Eine oder auch die Mehreren, welche die Masse mobilisieren, verkörpern dann mit ihr zusammen die sprechende Mehrheit.

Gestalt und Wirklichkeit gewinnt die Masse nur als sprechende. Um wirkliche, nicht nur potenzielle Macht zu erlangen, muss sie ihr Schweigen überwinden, sich artikulieren – und sei es nur durch einen Schlachtruf oder ein Grölen – und sich in Bewegung setzen. Wenn man dennoch von einer schweigenden Mehrheit als wirkliches, nicht bloß gedachtes Phänomen sprechen will, so kann man dies immer nur im Rückblick (gerät damit aber schon wieder ins Reich des Spekulativen) – und zwar genau ab dem Moment, ab welchem eine zuvor schweigende Masse beginnt, sich zu artikulieren, sich in Bewegung setzt und ein solches *Momentum* gewinnt, dass sie die bisher herrschende Mehrheit hinwegspült.

Der zentrale Runde Tisch führte nur noch Nachhutgefechte

Solches ist 1989 und 1990 in der DDR geschehen: Menschen, die bis dahin 40 Jahre lang öffentlich geschwiegen hatten oder den offiziellen Sprachregelungen gefolgt waren, änderten nun ihre Meinung und fanden zu einer eigenen Sprache. »Wir wollen raus!«, rief ein Menschenchor im Sommer 1989 allwöchentlich auf dem Hof der Leipziger Nikolaikirche. Denselben Slogan hörte man während der Massenfluchten über Ungarn, Rumänien und Bulgarien, bei den Besetzungen der westdeutschen Botschaften in Budapest, Prag und Warschau oder im Oktober 1989 bei den Menschenansammlungen an den Bahngleisen, als die Züge mit den »Republikflüchtlingen« quer durch die DDR rollten.

Ab Oktober und November, während der Montagsdemonstrationen in Dresden und Leipzig oder der Großkundgebung auf dem Berliner Alexanderplatz, mischten sich dann zunehmend auch Sprechchöre anderen

Inhalts unter die Menge: »Gorbi, Gorbi«, »Wir bleiben hier« oder »Wir sind das Volk«. Nicht mehr nur das »Wegmachen« war die Losung der Stunde, sondern das »Hierbleiben« und die offene Kampfansage an das Regime. Indem die Menschen in der DDR in Massen ihr Schweigen aufgaben, redend und handelnd auf demokratische Reformen drangen, wurden sie zu einer Macht – zu einer solchen Macht, dass auch die Gewehrläufe in ihrem Angesicht stumm blieben.

Es ist oft behauptet worden, dass die Bürgerrechtler der ersten Stunde und ehemaligen Dissidenten, die sich nun als erste im NEUEN FORUM, dem DEMOKRATISCHEN AUFBRUCH, der VEREINIGTEN LINKEN oder der INITIATIVE FRIEDEN UND MENSCHENRECHTE, in DEMOKRATIE JETZT, der GRÜNEN LIGA, der GRÜNEN PARTEI oder der SDP organisierten und an vielerlei Orten Bürgerforen und Runde Tische gründeten, im weiteren Verlauf der Revolution von den Ereignissen überrollt wurden. Ganz besonders wird dies auch vom Zentralen Runden Tisch in Berlin gesagt, der angeblich nur noch ein hoffnungsloses Nachhutgefecht führte, als die Gleise längst in Richtung auf die Wiedervereinigung gestellt waren. Während die »schweigende«, unpolitische Mehrheit der Menschen in der DDR längst entschieden gehabt hätte, dass sie Bananen, ein ordentliches West-Automobil und D-Mark im Portemonnaie wollte, hätte der Zentrale Runde Tisch noch lange an der Illusion festgehalten, einen demokratisch reformierten DDR-Sozialismus zu Wege zu bringen.

Dass das Volk in Bezug auf das politische Ziel der Wiedervereinigung den Bürgerrechtlern in der Tat voraus war, kann nicht von der Hand gewiesen werden – und ist jetzt auch dem endlich veröffentlichten Wortprotokoll des Zentralen Runden Tisches zu entnehmen. Ganz falsch und unverantwortlich wäre es jedoch, die Entwicklung, die die Revolution im weiteren Verlauf nahm, im Ergebnis dem vermeintlich unartikulierten Willen einer schweigenden Mehrheit zuzuschlagen. Dies wäre nicht mehr als eine billige Volksbeschimp-

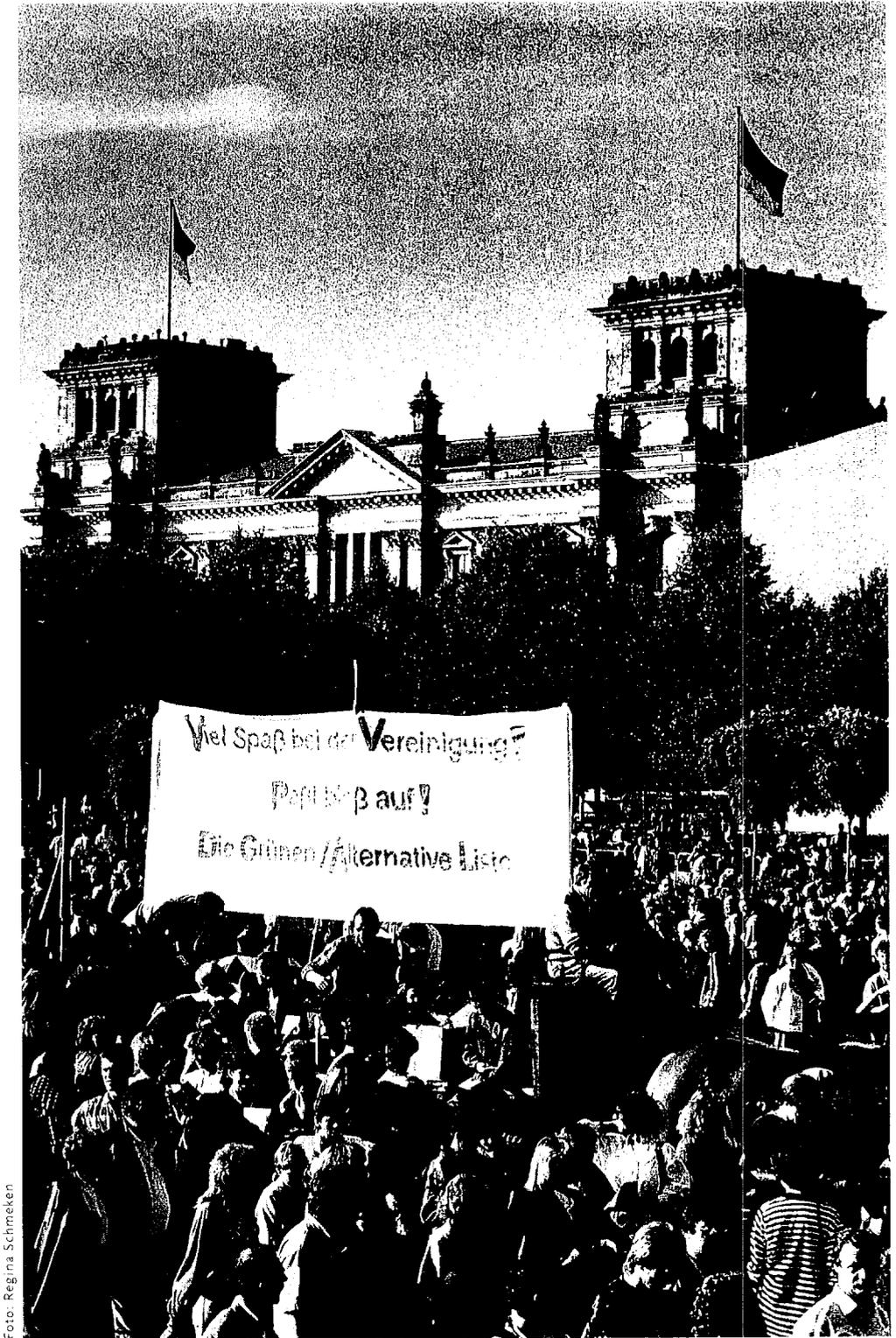


Foto: Regina Schmeken

Vor dem Reichstag am Tag der Neuvereinigung im Oktober 1990. Zuvor hatte eine Abstimmung mit den Füßen stattgefunden.

fung, wie sie sich Intellektuelle oftmals allzu leichtfertig zu eigen machen und wie sie der Gedankenfigur von der schweigenden Mehrheit geradezu inhärent ist.

Geschwiegen hat die Mehrheit der Menschen in der DDR 1989/90 aber gerade nicht mehr. Die Macht der Worte – und auch der Taten – hat das Volk der DDR im Gegenteil in jenen Monaten des gewaltfreien Umbruchs in vollen Zügen ausgekostet. Das, was mit der »Abstimmung mit den Füßen« begonnen, sich über die »Demonstrationen der Kerzen«, den wie Pilze aus dem Boden schießenden Runden Tischen und den Erstürmungen der Stasi-Gebäude fortgesetzt hatte, fand schließlich in dem überwältigenden Wahlsieg der ALLIANZ FÜR DEUTSCHLAND in den ersten freien Volkskammerwahlen vom März 1990 und der anschließenden Wiedervereinigung ihren logischen Abschluss. Soviel politisches Reden wie in dem Dreivierteljahr zwischen dem Sommer 1989 und der Volkskammerwahl im März 1990 war in der DDR nie.

Es ist das historische Verdienst dieser machtvoll sprechenden Mehrheit der Menschen in der DDR, dass etwaige Vorstellungen eines »Dritten Weges« zwischen Sozialismus und Demokratie, wie es sie am Zentralen Runden Tisch in Berlin durchaus gab, nie die Chance auf Verwirklichung hatten. Die Demokratie war um die Jahreswende 1989/90 – allerspätstens mit dem »historischen Kompromiss« in der Nacht auf den 29. Januar 1990, als Modrow, Gysi und Böhme sich auf die Vorziehung des Wahltermins auf den 18. März und die Einbindung der Oppositionellen in die »Regierung der Nationalen Verantwortung« einigten – endlich auch in der DDR angekommen. Von da an gab es auch am Zentralen Runden Tisch in Berlin niemanden mehr, der ernsthaft meinte, sich der Wiedervereinigung widersetzen zu können. Spätestens von da an sprossen aber auch die Legenden aus dem Boden, die behaupteten, dass die Oppositionellen am Runden Tisch von einer schweigenden Mehrheit im Lande und einem übermächtigen West-Kanzler Kohl überrollt worden seien.

Es ist die traurige Ironie der deutschen Revolution von 1989/90, dass diese Legendenbildungen, an denen die Bürgerrechtler der ersten Stunde nicht unbeteiligt waren, ausgerechnet Wasser auf die ideologischen Mühlen der alten Kräfte, erst der SED, dann der PDS, schaufelten. Es setzte sich in der Folgezeit der Mythos fest, dass die Revolution von einer unpolitischen, die West-Kaufhäuser stürmenden und die Begrüßungsgelder abkassierenden Mehrheit im Lande im Keim erstickt worden sei – und, schlimmer noch, dass diese schweigende Mehrheit dem »Kanzler der Einheit« und dem BRD-Kapital auf den Leim gegangen sei. Die erste erfolgreiche und friedliche Revolution auf deutschem Boden konnte so klein geredet und als »Ausverkauf« oder »Kolonialisierung der DDR« verhunzt werden. Das waren und sind die bevorzugten Topoi der (ehemaligen) Kommunisten, die so die Argumentationsfigur der schweigenden Mehrheit geschickt für ihre Zwecke zu instrumentalisieren wussten.

Auch heute, zehn Jahre nach der Revolution, wirken diese Mythenbildungen und Geschichtsklitterungen noch nach. Sie haben die PDS im Ergebnis aufgewertet und es ihr leichtgemacht, alle Bemühungen um eine ernsthafte Aufarbeitung ihrer kriminellen SED-Vergangenheit weitestgehend abzuwehren. Die Solidarität mit den Tätern von einst, die kurioserweise auch ehemalige Opfer des SED-Terrors bis heute pflegen, hat der PDS bei Landtagswahlen Traumergebnisse von bis zu zwanzig Prozent und darüber beschert. Einige meinen schon, angesichts dieser Tatsache und so mancherorts anzutreffender DDR-Nostalgie davon sprechen zu können, dass heute die PDS die Stimme der schweigenden Mehrheit in der DDR sei. Aber auch das wäre ein fataler Fehler. Die PDS vertritt nicht mehr als eben diese zwanzig Prozent. Wer anderes behauptet und die PDS zur Repräsentantin der – wenn auch schweigenden – Mehrheit aufwerten will, muss sich fragen lassen, welche politischen Zwecke er damit verfolgt.

JOACHIM RIECKER

Der Populist oder:

Heinrich Lummer und die

»Hoheit über die Stammtische«

»Mit einem Lächeln«, sagt Heinrich Lummer, reagiere er auf den Vorwurf, ein Populist zu sein und tatsächlich verzicht sich sein Mund ein wenig. Als Vorwurf mag er diesen Begriff ohnehin nicht verstehen. »Schon in Athen«, greift er tief aus in die Geschichte, »hieß Demokratie Herrschaft des Volkes«. Insofern sei es »doch das Normalste der Welt, wenn ein Politiker dem Volk aufs Maul schaut und das tut, was das Volk für richtig hält«.

Nennen wir ihn also den Populisten, wenn er schon selbst nichts dagegen hat. 1932 als Sohn eines Angestellten in Essen geboren, absolvierte er eine Lehre als Elektromechaniker, holte auf der Abendschule das Abitur nach und entschloss sich dann zum Politikstudium in Berlin. Die SPD ist stolz auf Mitglieder mit ähnlichen Biographien; Gerhard Schröders und Franz Münteferings frühe Lebensläufe lesen sich nicht so sehr viel anders.

Doch unser Populist trat 1953 in die CDU ein, wurde 1969 deren Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus und 1981 Innensenator. Fünf Jahre später musste »Heinrich fürs Grobe«, wie sie ihn damals nannten, im Zuge der Antes-Korruptionsaffäre zurücktreten und gehörte anschließend von 1987 bis 1998 zum rechten Flügel der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Als Abgeordneter machte er vor allem durch unkonventionelle Äußerungen und noch unkonventionellere Handlungen von sich reden: Er empfahl seiner Partei eine Koalition mit den Republikanern und traf sich mit PKK-Chef Öcalan in Damaskus, wo er versuchte, ihn vom Gewaltverzicht zu überzeugen.

Das Volk ist der zentrale Bezugspunkt des Populisten. Auch andere Begriffe, die gemeinhin negativ besetzt sind, wie etwa »Stammtisch-Hoheit« oder »gesundes Volks-

empfinden«, weiß er auf überraschende Weise umzudeuten. Was sei für einen Demokraten denn verwerflich am Empfinden des Volkes? »Und wer die Hoheit über die Stammtische hat«, sagt er ohne Ironie oder gar Skrupel, »hat auch die Macht im Staate.« In diesem Sinne ist es für ihn folgerichtig, »mehr plebiszitäre Elemente in unserer Verfassung« zu fordern. Mehr Demokratie wagen, dieser Parole kann sich auch der Populist Lummer anschließen, denn er ist überzeugt, dass die schweigende Mehrheit die meisten seiner Positionen teilt.

Gleichwohl dürfe, anders als im Athen der Antike, das Volk in unseren Zeiten nicht alles selbst entscheiden. Denn, so gibt er philosophisch zu bedenken: »Wenn ich immer den Willen des Volkes ignoriere, zerstöre ich die Demokratie. Wenn ich aber immer den Willen des Volkes akzeptiere, zerstöre ich den Staat.« Für Steuern, den Bundeshaushalt oder die sozialen Sicherungssysteme könnten weiterhin nur die von Experten beratenen Politiker zuständig bleiben.

Über die Euro-Einführung oder den Bau des Holocaust-Mahnmals müsse das Volk hingegen selbst entscheiden. Zu welchen Ergebnissen solche Plebiszite führen würden, steht für ihn außer Frage. Die Wiedereinführung der Todesstrafe will der Populist Lummer nicht direkt fordern, denn schließlich sei sie im Grundgesetz abgeschafft. »Aber hat nicht jemand«, fragt er listig, »der ein kleines Kind ermordet, sein Recht auf Leben verwirkt?!«

Das virtuose *Sowohl-als-auch* mit Raum für Interpretationen gelingt ihm auch beim Thema Ausländer. »Es ist doch so, dass man sich in vielen Teilen Kreuzbergs mehr in Istanbul als in Berlin fühlt.« Ganz ähnlich äußerte sich auch der heutige Brandenburger CDU-Innenminister Jörg Schönbohm als Berliner Innensenator. Fragt man Lummer, welche Konsequenz aus dieser Position folgt, wehrt er sich vehement gegen den Vorwurf, »die Ausländer rausschmeißen zu wollen – bei einer solchen Forderung ist für mich die

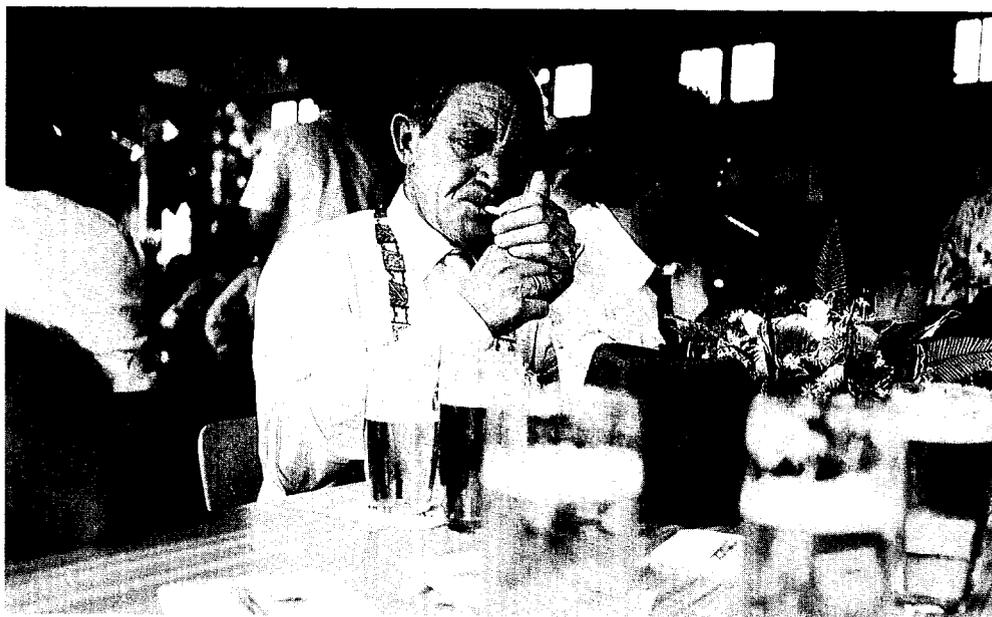


Foto: Martina Hengesbach/JOKER

Der Stammtisch – wahrer Ort der *vox populi* oder Krähwinkel von rechten Dampfplauderern?

Grenze überschritten«. Aber dass kriminelle Ausländer zügig hinaus sollen aus Deutschland, habe ja schließlich auch schon der heutige SPD-Bundeskanzler gefordert . . .

Die Vermutung, dass durch die provozierende Formulierung solcher Positionen die Ausländerfeindlichkeit gefördert werden könnte, weist der Populist weit von sich. Das Gegenteil sei richtig: »Wenn man als Politiker die Gefühle und Wünsche des Volkes ignoriert, suchen sie sich ein Ventil.« Dies ist ein zentrales Argument des Populisten: Nicht er heizt die Emotionen des Volkes an, sondern die Wünsche, Interessen und Emotionen des Volkes sind schon da und werden von ihm nur aufgegriffen und in Politik umgesetzt. Den Einwand, dass sich bestimmte Gefühle vorzugsweise dort ein Ventil suchen, wo es kaum Ausländer gibt, in Brandenburg etwa oder in Mecklenburg-Vorpommern, will er nicht gelten lassen. »Gegen kriminelle Handlungen muss natürlich mit aller Härte vorgegangen werden.« Und außerdem gebe es ja gerade in den neuen Ländern eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, die solche Taten begünstige.

Am Beispiel unseres Populisten wird deutlich, was Wolfgang Schäuble meint, wenn er

von der CDU als der »zur Mitte hin integrierenden Volkspartei« spricht. Heinrich Lummer könnte sich ohne Frage auch in einer dezidiert rechten Partei zu Hause fühlen: harte Ausländer- und Minderheitenpolitik, Befürwortung der Todesstrafe, Betonung nationaler Positionen in Gegenwart und Vergangenheit. Doch schon auf dem Höhepunkt seiner Karriere, als Innensenator der Millionenstadt Berlin, brauchte Lummer den staatsmännischen Richard von Weizsäcker als moderierenden Gegenpol. Während der als Regierender Bürgermeister bei der Queen zum Tee geladen war, ließ Lummer in Kreuzberg besetzte Häuser räumen und gab markige Parolen von sich. So einfach und so erfolgreich funktionierte Anfang der 80er Jahre das Rezept der Berliner CDU.

Am 27. März 1981 etwa gab er in einem gerade geräumten Haus auf einem umgestürzten Bierkasten eine Pressekonferenz, während sich die Polizei unten auf der Straße noch mit den Besetzern prügelte und einer von ihnen später von einem Bus überfahren wurde. Auch wenn Lummer heute sagt, er habe sich nur inkognito über den Zustand des Hauses informieren wollen und sei dann

zufällig von Journalisten erkannt worden, ist ihm noch immer der Stolz darüber anzumerken, dass er nach diesem Auftritt bei vielen Berlinern keineswegs unpopulärer geworden war.

»Nicht in die Birne«, will ihm nun nach seinen eigenen Worten, dass mit Manfred Kanther ausgerechnet jener CDU-Politiker als Geldwäscher überführt wurde, der in den vergangenen Jahren wie kein zweiter für eine harte Linie in der Innenpolitik stand. »Vor allem eine Charakterfrage« sei dies, doch so recht zu überzeugen scheint ihn diese Erklärung selbst nicht.

Wortreich kann Lummer darüber spekulieren, dass die Krise der CDU zum Aufstieg einer Partei am rechten Rand führen könnte. Doch zugleich weiß und spürt er, dass in Deutschland wegen der Nazi-Vergangenheit rechts von der Union noch immer das gesellschaftliche Aus droht. Von den Medien über Verbände und Institutionen bis hinein ins private Umfeld reicht die Tabuisierung. Und weil er diese Ausgrenzung fürchtet, wird wohl auch ein polarisierender Populist wie Heinrich Lummer der alten Tante CDU die Treue halten.

KLAUS HARPPRECHT

Die Glosse: Lautstarke Minderheiten

Vielleicht pfeifen es die Spatzen von den Dächern (ach, wir wünschten, es wäre so): Die moralische Qualität einer Gesellschaft misst sich in der Tat an dem Schutz, den die Mehrheit den Minderheiten garantiert, an der Toleranz, mit der sie ihnen begegnet, an der Fähigkeit, das Anderssein des anderen zu ertragen, ja an der Freude, die sie an der Vielfalt des Daseins in ihrer Nachbarschaft finden mag. Wir alle sind, ob wir's wissen oder nicht, durch unsere Geschichte multikulturell geprägt. Die Deutschen waren niemals ein »homogenes Volk«. Es ist an der Zeit, die Schimäre endlich zu verscheuchen.

Die einfache (und doch so schwierige) Einsicht, dass sich die Mehrheit in der Regel aus einer Summe der Minderheiten ergibt, ist das Fundament jedes zivilisierten und liberalen Gemeinwesens. Aber sie hat eine Umkehrung, die man des öfteren aus dem Auge verliert: Die Minderheiten stehen gleichermaßen in der Pflicht, die Mehrheit und ihren Willen zu respektieren. So will es das Wesen der Demokratie.

Nahezu jede Minderheit – jede politische, jede ideologische (und jede religiöse, die jüdische ausgenommen) – wird von dem natürlichen Ehrgeiz vorangetrieben, eines Tages zur Mehrheit zu werden. Mission will Macht. Daran ist nichts falsch, solange sich die Minoritäten keines Zwangs und keiner Gewalt bedienen.

Sie sind, auch das versteht sich, von dem Willen bestimmt, ihre Interessen zu behaupten. Das ist menschlich, und es ist überdies legitim. Was aber, wenn das Interesse einer Minderheit dem Wohl der Mehrheit im Wege ist? Wenn – zum Beispiel – die Berufsvereinigung der Transportunternehmer in Frankreich verkündet, dass sie die (von der Regierungsmehrheit gesetzlich beschlossene) Reduzierung der Arbeitszeit auf fünfunddreißig Stunden pro Woche nicht akzeptiert und darum die Grenzen blockiert, was nicht nur lustig ist, sondern auch der gesamten Wirtschaft beträchtlichen Schaden zufügt?

Die Rebellion blieb – wie vorauszusehen – erfolglos. Doch sie ist bei unseren Nachbarn im Westen und Süden ein nahezu alltägliches Ereignis. Die Jäger, die seit der Großen Revolution ein Volksrecht in Anspruch nehmen, das den privilegierten Kasten abgetrotzt wurde, zeigen sich nicht willens, die von den europäischen Behörden in Brüssel angeordneten Regelungen der Schonzeiten zu akzeptieren. Einer ihrer Sprecher drohte bei einer Protestversammlung von zehntausend Nimroden allen Bürgermeistern, sie seien »politisch tot«, wenn sie die Erlasse zu vollstrecken versuchten. Die Waidmänner kündigten überdies an, sie seien, nach dieser »letzten friedli-

chen Manifestation«, durchaus bereit, alles kurz und klein zu schlagen. Dass sie vor Gewalt nicht zurückschrecken, bewiesen sie einige Monate zuvor, als sie das Büro der zuständigen Ministerin demolierten. Unterdessen schlossen sie sich zu der Bewegung »Jagd-Fischerei-Natur und Tradition« zusammen, die bei den Europawahlen immerhin vier Prozent der Stimmen einzusammeln vermochte.

Die Bauern, nicht weniger zu Ausbrüchen der Gewalt aufgeleitet, sind ihrer Zahl nach längst eine verschwindende Minderheit im Errufen fühlen, kümmern sich, wir wissen es wohl, einen Dreck um die Meinung der Mehrheit. Sie betrachten es als ihren Auftrag, die Majorität zu ihrem vermeintlichen Glück zu zwingen: siehe den Terror der korsischen oder der baskischen Separatisten (um in Europa zu bleiben) – von der RAF nicht zu reden. Terror ist, auch das weiß man, die Waffe der Schwachen, die den starken Mann, die starke Frau spielen müssen.

So viel ist sicher: wenn die Volksvertretungen, wenn die Regierungen, wenn die demokratisch gewählten und verantwortlichen Autoritäten sich der Gewalt radikaler Minoritäten beugen, geht das innere Gleichgewicht der Gesellschaft zum Teufel: dann ist es um die Freiheit der Majorität geschehen. Auch die Mehrheit hat Anspruch auf Schutz.

WIELAND FREUND

Die Lernkörpermasse oder: Das Ende des Studenten

Das hat ja gar nichts mit den Universitäten zu tun. Dass die CDU – auf dem vorläufigen Höhepunkt ihrer Spendenaffäre – angegriffen wird auch von jener Medienmaschinerie, die ihr ach so treu ergeben war über Jahrzehnte. Ende Januar 2000 steht in der SÜD-DEUTSCHEN ZEITUNG zu lesen: »Jeden Tag wird in BILD das Chaos für die CDU größer.« Die richtige Beobachtung des Kommentators Hans Leyendecker ist diese: »... ein Straßen-

blatt, das nach den Gesetzen des Boulevards arbeitet, aber offenbar keinen Kampfauftrag mehr hat.« Seine fragwürdige Schlussfolgerung lautet: »Was in diesen Tagen bundesweit zählt, ist offenbar die Wirklichkeit.«

Jean Baudrillard würde ihm widersprechen. Wie könnte, was Wirklichkeit schafft, Wirklichkeit spiegeln? Im Spiegel von BILD ist – BILD. Baudrillards Schlussfolgerung wäre – auch deshalb – eine andere: »Es gibt keine politische Zuweisung mehr, da es nicht einmal mehr einen der klassischen Referenten (wie etwa ein Volk, eine Klasse, ein Proletariat oder objektive Bedingungen) gibt, der in der Lage wäre, wirksamen politischen Zeichen Kraft zu verleihen. Es ist schlicht und einfach kein soziales Signifikat mehr da, das einem politischen Signifikanten Kraft geben könnte.«

Anders gesagt: Für BILD, Europas größte Zeitung, ist die Zielgruppe der schweigenden Mehrheit politisch nicht mehr fassbar, die Macher leiten ihre Leser nicht länger, sie leiten stattdessen weiter. »Die Masse«, sagt Baudrillard, »beteiligt sich nie. Durchzogen von Strömen und Tests bildet sie eine Masse und gibt sich damit zufrieden, als guter Leiter für Ströme, als guter Leiter für die Information, aber für jede Information, als guter Leiter für die Normen, aber für alle Normen.« Aber das hat ja gar nichts mit den Universitäten zu tun. Oder?

So schwer es den Machern von BILD fällt, ihre Zielgruppe zu greifen, so schwer fällt es zu benennen, was zusammen Universität sein soll. Ein Haufen Leute erst einmal: Lehrkörper, Verwaltungsapparat und – vor allem – viel zu viele Studenten. Eine Masse: der Lernkörper. Wie ist er beschreibbar? So und so viele Studenten auf der Welt, so und so viele Studenten in Europa, so und so viele in Deutschland, so und so viele in diesen, so und so viele in jenen Fachbereichen, so und so alt mit so und so einem sozialen Hintergrund und überhaupt so und so viele in Prozent? Dagegen: So und so wenige Studienplätze, so und so wenige Professoren, so und



Die Massenuniversität ist »ein Ort des Zuviel, das in einem Zuwenig resultiert«.

so wenig Geld? Zahlen sind die Nummer Sicher, Statistik ist die Beschreibung anstatt. Was bleibt zur Beschreibung übrig?

1, 2, 3 Erinnerungen

Erste Erinnerung: Bonn, Germanistisches Seminar, zweite Hälfte der 90er Jahre. Die Zahl der Studierenden ist bloß schätzbar. Wohl über 4000, aber die Statistik erfasst nur Studienfälle, Studierende außerhalb der Regelstudienzeit erfasst sie gar nicht. Von oben verordnete Zahlenkosmetik ist das. Während der Vorlesung muss man manchmal auf der Fensterbank sitzen. Das hat sich mit Semestermitte zumeist erledigt. Es gibt Losverfahren für Einführungskurse und Proseminare. Mangelverwaltung, deren Opfer man von Zeit zu Zeit wirklich wird. Das ist Fakt. Man kann sich noch so sehr für Brechts Dramentheorie interessieren, ins passende Seminar darf man trotzdem nicht.

Zweite Erinnerung: Man darf doch teilnehmen, wenn man Glück hat. Denn der

Lehrkörper tut im Regelfall, was er kann. Der »faule Professor«, der sich zurückzieht auf die Vorschriften einer Mangelverwaltung, gegen die er tatsächlich streitet, ist ein Mythos, eine Ersatzrationalisierung. Es gibt einen tatsächlichen Mangel an Mitteln, an Stellen, die Stelleninhaber aber wirken dem entgegen so gut es geht, in Bonn, am Germanistischen Seminar, in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre.

Dritte Erinnerung: Im Seminar über Brechts Dramentheorie sitzen 40 Studierende plus x. Wer links und rechts von einem sitzt? Vielleicht weiß man den Nachnamen, der Dozent nennt ihn manchmal, vielleicht kennt man das Thema seines Referats, es gibt eine Liste. Von den 4000 Gestalten, die mit einem durch die mit bescheidenen Mitteln ausgestattete Bibliothek huschen jedenfalls, kennt man ein Dutzend und hat nichts mit ihnen gemein. Jeder einzelne von ihnen ist, was Richard Sennett einen »flexiblen Menschen« nennt. Die meisten – nicht alle –

anwesenden Magisterkandidaten interessieren sich für Brechts Dramentheorie. Die meisten wissen, dass ihr Nebenjob beim BONNER GENERALANZEIGER/VIVA/ der kleinen Werbeagentur in der Altstadt/dem INTERNET PROVIDER in Bad Godesberg für ihren tabellarischen Lebenslauf wichtiger ist als die Anwesenheit im Seminarraum. Wer den Seminarraum verlässt, geht zurück in seine Welt: Job, Interesse, Familie, Zukunft. Kein Korps, kein Code, kein Jahrgangstreffen. Kaum ein Telefonnummertausch beim Umzug, Examen und hopp.

Das Zuviel und das Zuwenig

Das ist wenig. Bloß die Erinnerung eines Einzelnen, ehemaliger Teil der Lernkörpermasse. Mehr wäre unredlich. Denn der Lernkörper spricht nicht. Man kann nicht in seinem Namen sprechen, er ist nicht beschreibbar. Der Lernkörper ist kein Subjekt. Er kann deshalb, sagt Baudrillard, als Masse nicht entfremdet sein. Er wird sich deshalb nicht organisieren. Von ihm geht deshalb keine Veränderung aus. Veränderungen finden nur in ihm statt. Merkwürdig und immer traurig sind die kümmerlichen Reste studentischer Demonstrationen, denn die Gruppe hat keine gemeinsame Sprache. Ohne Kraft sind Organisationen wie der ASTA, denn sie wollen repräsentieren, was nicht repräsentierbar ist.

Die Massenuniversität, sie ist beschrieben als ein Ort des Zuviel, das in einem Zuwenig resultiert. Fest steht: Die alte Idee von Forschereinsamkeit und -freiheit ist implodiert. Die Masse macht's unmöglich, der Markt macht nicht mit und mit ihm die Marktorientierten, die flexiblen Menschen im Hörsaal. Die Universität reagiert mit neuen Mythen. Der Kommunikationstheoretiker Norbert Bolz zählt sie auf und zerstört sie: Die modische Praxisnähe bedeute nichts anderes als die Auslagerung der Selektionsmechanismen in die Wirtschaft, der neu beschworene Teamgeist sei der »sanfte Wahn«, die Gruppe könne besser denken, das Festhalten an der »Mensch-zu-Mensch-Pädagogik« sei

schließlich bloß der unausrottbare Rest eines humanistischen Weltbildes, das vor der Technik die Augen verschließe. Vielleicht werden sich Denker wie Bolz durchsetzen, weil sie kompromisslos denken. Dann wird die Universität nicht mehr Dienstleister sein, sondern *People Processor*, ein Wissensleiter. Was immer aber die Universität versucht – Flucht nach vorn, Restauration oder Lottogewinn –, sie ist auf ewig verändert. In ihr wabert die schweigende Mehrheit der Studentenschaft, die diesen Namen nicht verdient, die atomisierte Masse, die sich nie beteiligt. Was immer geschieht, mit dem Studenten hat der Signifikant Universität sein soziales Signifikat verloren. Nicht umsonst also hat die *political correctness* den Begriff des Studenten bereits ersetzt. Sie lässt von Studierenden sprechen. Das geht in Ordnung. Studenten gibt es nicht mehr.

ALBRECHT BETZ

Kontraste, extrem

Wie Heinrich Heine die Massen entdeckte

»Überhaupt scheint die Weltperiode vorbei zu sein, wo die Taten der Einzelnen hervorragen; die Völker, die Parteien, die Massen selber sind die Helden der neueren Zeit«, schreibt Heine kurz nach der Julirevolution von 1830 in Paris. »Die moderne Tragödie unterscheidet sich von der antiken dadurch, dass jetzt die Chöre agieren und die eigentlichen Hauptrollen spielen, während die Götter, Heroen und Tyrannen, die früherhin die handelnden Personen waren, jetzt zu mäßigen Repräsentanten des Parteiwillens ... herabsinken und zur schwatzenden Betrachtung hingestellt sind, als Thronredner, als Gastmahlpräsidenten, Landtagsabgeordnete, Minister u.s.w.«

Die Massen als Vehikel der geschichtlichen Bewegung zu bestimmen: das sind nicht nur erstarrige, sondern auch zeitlich

erste Formulierungen in deutscher Sprache. Sie beruhen auf Beobachtungen, wie sie im hilflos verspäteten Deutschland der Metternich-Restauration nicht zu machen waren; wohl aber in den Weltstädten London und Paris: im Schnittpunkt von Ideen und Industrien, im Zirkulationsraum sich widersprechender sozialer und politischer Interessen, revolutionärer Ambitionen und einer alles dynamisierenden Geldwirtschaft. Kurz: Orten der universellen Beschleunigung.

Als Neffe eines Bankiermillionärs (der ihn nur mäßig unterstützte), als Literaturstar (den seine Gegner antisemitisch anrempelten), als kosmopolitischer *outsider* (dem man »Bindungslosigkeit« vorwarf), als freischwebender Intellektueller (den die Zensur behelligte), hatte Heine früh seinen Blick geschärft für den innergesellschaftlichen Bürgerkrieg seit dem Beginn der industriellen Revolution, für offene und verdeckte Konflikte, für Vertuschungsmanöver jeder Art. Die seltene Verbindung von sinnlicher und analytischer Intelligenz, sein satirisches Naturell, der enorme kulturelle Fundus, über den er disponierte, ließen ihn eine extrem gelenkige, in jedem Satz funkelnde Prosa entwickeln, eine Schreibart des beschleunigten Ideenkommerzes – voller Tempo und überraschender Assoziationen, stets das Ziel der Emanzipation im Auge behaltend: der religiösen, der politischen, der sozialen. Auch der erotischen, worin er Marcuse vorwegnimmt.

Wo bei Heine von Volk, heroischem Volk, niederen Volksklassen oder Massen die Rede ist, ist meist das Geld nicht weit: als Gegenpol. Das beginnt in London, 1827. Vier Jahre bevor er endgültig nach Paris übersiedelt (1831), wird er hier des hemmungslos sich entfaltenden Kapitalismus ansichtig. Gegen die Ritter der Börse und den »reichen Kaufmann, der geschäftig geldklimpernd vorüberreilt« als einer von jenen, die »die ganze Welt als ihr Eigentum betrachten ... denn ihr Gold ist ein Talisman, der ihre tollsten Wünsche in Erfüllung zaubert«, setzt er das Bild der ums Überleben kämpfenden

Menge in der Großstadt: »Als ich wieder auf die tosende Straße blickte, wo ein buntscheckiger Knäuel von Männern, Weibern, Kindern, Pferden, Postkutschen, darunter auch ein Leichenzug, sich brausend, schreiend, ächzend und knarrend dahinwälzte: da schien es mir, als sei ganz London eine Beresinabrücke, wo jeder in wahnsinniger Angst, um sein bisschen Leben zu fristen sich durchdrängen will, wo der kecke Reuter den armen Fußgänger niederstampft, wo derjenige, der zu Boden fällt, auf immer verloren ist, wo die besten Kameraden fühllos einer über die Leiche des andern dahineilen...«

Mit hartem Schnitt eingeblendet kontrastiert er das scheinbar so viel anheimelndere Deutschland – die heile Welt des Biedermeier und seiner apolitischen *silent majority*: »Wie traumhaft gemacht, wie sabbatlich ruhig bewegen sich hier die Dinge! Ruhig zieht die Wache auf, im ruhigen Sonnenschein glänzen die Uniformen und Häuser, an den Fliesen flattern die Schwalben, aus den Fenstern lächeln dicke Justizrätinnen, die Menschen können bequem stehenbleiben und über das Theater diskutieren und tief, tief grüßen, wenn irgendein vornehmes Lämpchen oder Vizelämpchen ... oder ein gepudertes, vergoldetes Hofmarschälkchen gnädig wiedergrüßend vorbeitänzelt.« Das gemacht Philistrose des Lebens in den Provinzresidenzen, die autoritätsfromme Servilität der Untertanen setzt Heine als für das in Kleinstaaten zersplitterte, zurückgebliebene Deutschland repräsentativ.

Der »Staatspapierzirkus« als »Thermometer des Volksglücks«

Die *Französischen Zustände* hingegen, Heines erste Folge politischer Berichte als Korrespondent in Paris (1832), geben sich mit solchen Genrebildern oder der abstoßenden Schilderung der anonym hastenden Großstadtmenge nicht mehr ab. Paris ist der Ort, in dem die Interessenkämpfe, konzentriert wie nirgend sonst auf dem Kontinent, maskiert, zynisch oder brutal ausgetragen wer-

Die Shell Jugendstudie 2000

- Thematisch setzt sich die 13. Shell Jugendstudie zwei Schwerpunkte:

Zum einen werden Lebensplanung, biographische Entwürfe und Zukunftsperspektiven von Jugendlichen an der Schwelle zu einem neuen Jahrtausend untersucht.

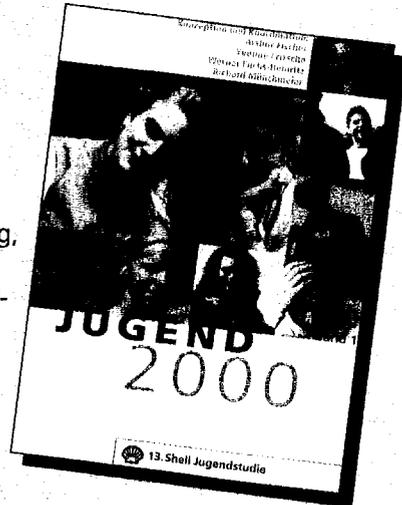
Zum anderen soll die Studie erstmals verlässliche Aussagen über die Lebenssituation, Vorstellungen und Wünsche ausländischer Jugendlicher in Deutschland machen. Konsequenterweise spricht die neue Shell-Studie daher nicht mehr von der „deutschen Jugend“, sondern von der „Jugend in Deutschland“.

- „Jugend 2000“ wird die bewährten Methoden der letzten Shell-Studien beibehalten, allerdings mit einer wesentlich größeren Stichprobe (4.000-5.000 Befragte) arbeiten. Ausgerichtet wird die Erhebung auf die Altersgruppe der 15-24jährigen.
- Die 13. Shell Jugendstudie erscheint im März 2000.

Herausgeber: Deutsche Shell

**Konzeption und Durchführung:
Artur Fischer, Yvonne Fritzsche,
Werner Fuchs-Heinritz, Richard Münchmeier**

**Zwei Bände mit je ca. 400 Seiten. Kart.
Zusammen in Kassette 29,80 DM
ISBN (Kassetten-Nr.) 3-8100-2579-8**



Leske + Budrich · Gerhart-Hauptmann-Str. 27 · 51379 Leverkusen
Tel.: 02171/4907-0 · Fax: 02171/4907-11
E-Mail: lesbudpubl@aol.com · www.leske-budrich.de

den: es geht um Macht, Geld, Einfluss. Zugleich formieren sich die Massen zur zielgerichteten Bewegung. Mit der Erwartung der »Emeute« der linken Republikaner gegen das Bürgerkönigtum setzt der erste Artikel ein; mit ihrer momentanen Niederschlagung endet der letzte. Massen und Geld als Antipoden – die gelungene Repression steigert die *shareholders value*: »Da eben die Nachricht anlangte, dass die Niederlage der Patrioten gewiss sei, zog sich die süßeste Zufriedenheit über die Gesichter; man konnte sagen, die ganze Börse lächelte. Unter Kanonendonner gingen die Fonds um zehn Sous in die Höhe.«

Sarkastisch ist vom Staatspapierkurs – der Dax existiert noch nicht – als dem »Thermometer des Volksglücks« die Rede. Zehn Jahre später schreibt Heine: »Hier in Frankreich herrscht gegenwärtig die größte Ruhe. Ein abgematteter, schläfriger, gähnender Friede. Es ist alles still, wie in einer verschneiten Winternacht. Nur ein leiser, monotoner Tropfenfall. Das sind die Zinsen, die fortlaufend hinabträufeln in die Kapitalien, welche beständig anschwellen; man hört ordentlich wie sie wachsen, die Reichtümer der Reichen. Dazwischen das leise Schluchzen der Armut. Manchmal auch klirrt etwas, wie ein Messer das gewetzt wird.«

Gegen die barbarischen Unterschiede in der Verteilung des Reichtums steht bei Heine ein Begriff der sozialen Gerechtigkeit, deren hoher Stellenwert jüdischen Ursprungs ist. Dass der Hauptwiderspruch – weltweit – der von Arm und Reich sei, davon hat nichts und niemand ihn je abbringen können. Unvermeidlich scheint ihm – stets in der Perspektive der Opposition von Massen und Geld (Wohlstand) – »der große Zweikampf der Besitzlosen mit der Aristokratie des Besitzes, und da wird weder von Nationalität noch von Religion die Rede sein.«

Eine der Folgen, die globalen Migrationsbewegungen, hat Heine hellsehtig vorausgesehen in seinem Gedicht *Die Wander-ratten* (1855): »Es gibt zwei Sorten Ratten: /

Die hungrigen und satten./Die satten bleiben vergnügt zu Haus./Die hungrigen aber wandern aus.« Für diese zweite Spezies gelte: »Sie hat kein Gut, sie hat kein Geld/Und wünscht aufs neue zu teilen die Welt.« Als sarkastische Pointe folgt: »Gefährdet ist das Palladium/Des sittlichen Staats, das Eigentum.«

Heines Lehrer Hegel hatte in seiner Rechtsphilosophie den Grundwiderspruch der bürgerlichen Gesellschaft nicht wirklich zu lösen vermocht – den von Freiheit und Eigentum. Den Zerfall in egoistische Einzelinteressen, auf dem Rücken der Massen ausgeglichen, beobachtete Heine in Paris bereits 1841: »Wohin aber führt diese Zersplitterung, diese Auflösung aller Gedankenbände, dieser Partikularismus, dieses Erlöschen allen Gemeingeistes, welches der moralische Tod eines Volkes ist? – Der Kultus der materiellen Interessen, des Eigennutzes, des Geldes, hat diesen Zustand bereitet.«

SEBASTIAN DULLIEN
Keine klare Idee eines Wohin
Replik auf Susanne Gaschkes
»Generation Berlin«

Eigentlich müsste ich ja dazu gehören, zu dieser »Generation Berlin«. Jung genug bin ich schließlich. Denn zwischen 20 und 40 sind sie, schreibt Susanne Gaschke. Und unternehmungslustig. Auch das würde ich für mich in Anspruch nehmen. Und nach Berlin, das nun als neues Zentrum der Bundesrepublik und als politischer Sozialisationshintergrund für die »Generation Berlin« postuliert wird, hat es mich bereits vor ein paar Jahren gezogen. Auch stehe ich, ebenso wie viele der Autoren und jungen Bundestagsabgeordneten, die sich unter diese Bezeichnung fassen lassen, der SPD nahe.

Zu den 68ern dagegen kann ich kaum gehören: Früher dachte ich immer, mein



Foto: Martin Lengemann//OKER

Die »Generation Berlin«, wie sie von Susanne Gaschke beschrieben wird (in: *NG/FH 11/99*), hat keine Probleme mit der schweigenden Mehrheit.

Geburtsjahr weit in den 70ern würde mich ausschließen, doch nun konnte ich von Susanne Gaschke lernen, daß mich in Wirklichkeit meine versäumte Teilnahme an Demonstrationen gegen die »Fahrpreiserhöhung bei der Straßenbahn« disqualifiziert. Und Trotzdem: Irgendwie fühle ich mich der

»Generation Berlin« nicht recht zugehörig. Irgend etwas fehlt. Ach ja: Mitglied der »Generation Berlin« wird man – wie Gaschke schreibt – durch Beitritt. Und gerade diesem Beitritt habe ich mich bisher verweigert, wie mit mir ein bedeutender Teil meiner Altersgenossen (das Wort »Generation« darf

man in seiner ursprünglichen Bedeutung wohl nicht mehr gebrauchen), der mit zunehmender Medienpräsenz der jungen SPD-Abgeordneten unter der Flagge der »Generation Berlin« auch zunehmend der SPD das Wahlkreuz versagt. Und diese Ablehnung der »Generation Berlin« hat gute Gründe.

Die Dominanz der 68er ist kein politisches Problem

Es fängt an mit dem Bild der 68er, das Susanne Gaschke (und mit ihr andere Autoren aus dem Kreis der »Generation Berlin«) aufbaut, um gleich im Anschluss darauf einschlagen zu können. Der typische 68er in der Darstellung trägt Rollkragenpullover, wohnt in geschmacklos eingerichteten WG's (wo er die Frau des WG-Kumpels vögeln kann), manchmal auch im neu bezogenen IKEA-Eigenheimen, sympathisiert mit der RAF und protestiert aus Angst vor einer faschistischen Diktatur gegen die Volkszählung. Zudem hält er die Kleinfamilie für einen Hort reaktionärer Unterdrückung und unternimmt deshalb alles, um anderen Menschen das Leben in einer solchen Kleinfamilie zu vergällen. Solche 68er, so der Mythos der Generation Berlin, hätten nun alle Posten im öffentlichen Leben besetzt und unter sich aufgeteilt. Tatsächlich haben jedoch die real existierenden Knapp-über-50-jährigen, die heute auf den einflussreichen Posten in Verwaltungen, Parteien und Redaktionen sitzen, mit diesem 68er-Bild wenig gemein. Statt dessen tragen sie gute Anzüge, rauchen teure Zigarren und leben nicht selten gerade in der angeblich von ihnen so verhassten Kleinfamilie. Diese Diskrepanz zwischen Realität und verwendetem 68er Begriff legt eine andere, in der persönlichen Biographie der Mitglieder der »Generation Berlin« begründete Ursache des 68er-Bashings nahe: Es ist nachzuvollziehen, dass es für den persönlichen Lebensentwurf der Mitglieder der »Generation Berlin« ein Problem ist, daß die eigene Karriere langsamer als gewünscht voran geht, weil die Vorgängergeneration noch die relevanten Posi-

tionen besetzt hält – Nina Hauer bringt diese Einstellung gut zum Ausdruck, wenn sie den Jusos vorwirft, sie holten »materiell« für ihre Generation kaum etwas heraus. Ein Problem von allgemeinem politischen Interesse ergibt sich aus dieser Konstellation allerdings nicht.

Doch auch wenn es gerade die Ambivalenz der 68er wäre, der Gegensatz zwischen proklamierter Revolution und gelebter Spießigkeit, welchen die »Generation Berlin« kritisieren wollte, müsste man sich fragen, wie glaubwürdig eine solche Kritik aus dieser Richtung überhaupt ist. Immerhin hat auch Nina Hauer »gelernt«, wie sie es selber ausdrückt: Aus der rebellischen Juso-Funktionärin, die es 1994 noch mit der Ankündigung, bei weiteren Kurden-Abschiebungen einen kleinen Hund zu vergiften, auf die Titelseite der BILD-ZEITUNG schaffte, ist inzwischen eine adrett gekleidete, den früheren Verband vehement kritisierende Jung-Abgeordnete geworden, deren Ansichten direkt aus der Feder von Henkel und Konsorten stammen könnten. Böse formuliert könnte man sagen, Nina Hauer habe den Weg von der Revolution zur Spießigkeit, für den die 68er noch 30 Jahre gebraucht haben, in einem halben Jahrzehnt geschafft.

Mangelnde analytische Tiefe...

Auch das Politikkonzept, das die jungen SPD-Abgeordneten der »Generation Berlin« repräsentieren, hat für viele meiner Altersgenossen reichlich wenig *appeal*. Zwar schafft es z. B. Nina Hauer inzwischen, in ihren Beiträgen Schlagwörter wie »Freiheit«, »Wettbewerb« und »überhöhte Belastung« in bester Unternehmensberater-Manier aneinander zu reihen, inhaltlich fehlt jede analytische Tiefe – oder schlimmer, wird Analyse sogar explizit abgelehnt: So kritisiert Carsten Rau in der BERLINER REPUBLIK, der neuen Zeitschrift der »Generation Berlin«, an den Linken, diese wollten immer eine ökonomisch schlüssige Begründung für die Probleme des Sozialstaates haben, bevor sie zu Handlungsalternativen schritten.

Literatur der Welt im KLfG

KLfG

Ab Mai 2000 wieder lieferbar!
Nachdruck zum Subskriptionspreis

Heinz Ludwig Arnold (Hg.)

**Kritisches Lexikon zur
fremdsprachigen Gegen-
wartsliteratur – KLfG**

Loseblattwerk, z. Zt. etwa
9.200 Seiten in neun Ordnern

**Subskriptionspreis bis
30. Juni 2000: DM 320,--
öS 2.336,--/sfr 284,--
danach: DM 390,--
öS 2.847,--/sfr 347,--**

Jede Nachlieferung mit
etwa 220 Seiten kostet
ca. DM 35,--
ca. öS 256,--/sfr 32,50

Das KLfG stellt Leben und
Werk herausragender Schrift-
stellerinnen und Schriftsteller
der Weltliteratur vor: zeit-
genössische Autoren, die die
Literatur ihres Sprach- und
Kulturraums prägen. Von
dem Japaner Abe Kobo an-
gefangen über Isabel Allende
aus Chile und Allen Ginsberg
aus den USA bis hin zu
Marguerite Yourcenar und
Aleksandr Zinovev sind zur
Zeit Beiträge über mehr als
400 Autorinnen und Autoren
enthalten.

Die kritische Darstellung
orientiert sich an dem
originalsprachigen Werk und
reflektiert den jeweiligen
kulturellen und gesellschaftli-
chen Hintergrund. Ausführli-
che Bibliografien verzeichnen
alle Originalausgaben und
sämtliche Übersetzungen ins
Deutsche sowie die wichtige
Sekundärliteratur.

Das KLfG enthält außerdem
einführende Essays über die
Literatur einzelner Länder
oder Kulturbereiche: mit
diesen Überblicksartikeln
entsteht eine Geschichte der
Weltliteratur im 20. Jahr-
hundert.

Kontinuierliche Aktualisierung
vorhandener und Ergänzung-
en neuer Beiträge in drei
Nachlieferungen pro Jahr er-
möglichen eine lebendige
und ständig wachsende
Kenntnis der vielgestaltigen
Gegenwartsliteratur sowie die
Berücksichtigung neuester
Tendenzen.

edition text + kritik
Levelingstraße 6 a
81673 München
www.etk-muenchen.de

Der Politikstil der »Generation Berlin« dagegen scheint eine solche systematische Problemlösung – erst Problemanalyse, dann Lösungsvorschläge – abzulehnen. Statt dessen sollen die Ärmel hochgekrempelt und losgelegt werden. Denn: »Veränderung ist grundsätzlich erst einmal gut«, wie es Hans-Martin Bury auf einer Veranstaltung in Berlin ausdrückte. Und Hubertus Heil, ein junger MdB aus dieser Gruppe, erwiderte auf kritische Fragen in einer Diskussionsrunde zu den Folgen von Niedriglohnsubventionen, niemand wisse genau, was in Folge solcher Subventionen passieren würde, man solle die Niedriglohnsubventionen doch einfach einmal ausprobieren...

...und mangelnde Zieldefinition

Ganz abgesehen davon, dass eine solche Art des unbedachten politischen Handelns über lange Zeit gewachsene wirtschaftliche Strukturen und Wirkungsmechanismen nachhaltig schädigen kann, ist solcher Pragmatismus – oder besser: ein solches *muddling through* – noch kein überzeugendes Politikkonzept. Und ein Ziel, oder – mit einem unartigen Wort gesagt – eine Utopie, was mit diesem Pragmatismus überhaupt erreicht werden soll, bietet die »Generation Berlin« gerade nicht. Diese fehlende Beachtung der großen Zusammenhänge mag auch erklären, warum bis auf ein paar ZEIT-Redakteure und Heinz Bude sich kaum Intellektuelle oder Wissenschaftler im Dunstkreis der »Generation Berlin« zeigen. Auch die BERLINER REPUBLIK, die ein »moderneres« Politikmagazin sein will und sich in Folge zu etablierten politischen Diskussionsschriften wie der FOCUS zum alten SPIEGEL verhält, verdeutlicht in der Oberflächlichkeit vieler Artikel diesen Mangel an Analyse und Intellekt. Gerade aber das Fehlen einer gesellschaftlichen Utopie ihres Nachwuchses sollte Sozialdemokraten zu denken geben. Denn als Volkspartei, die die Interessen verschiedenster Gruppen unter einen Hut bringen will, braucht man ein gemeinsames Gesellschaftsprojekt. Wahlsie-

ge von einst sind durch klare Ideen eines *Wohin* zustande gekommen.

Doch neben den inhaltlichen Mängeln prägt die »Generation Berlin« ein weiteres Manko: Auch wenn sich in den Diskussionszusammenhängen durchaus der eine oder andere Mitarbeiter eines Europa-Abgeordneten mit internationalem *background* tummeln mag – den in der Öffentlichkeit auftretenden Protagonisten scheint jede Weltläufigkeit zu fehlen.

Susanne Gaschke beschreibt die alte Bundesrepublik als ein Land, das in erster Linie aus Peripherie bestand. Die »Generation Berlin« dagegen habe eine »großstädtische Projektionsfläche« durch das neu zur Hauptstadt geschlagene Berlin. Übersehen wird dabei, dass es gerade diese zu Recht als provinziell beschriebene Peripherie ist, aus der die jungen SPD-Abgeordneten und viele ihrer Mitarbeiter nun – oft einzig durch ein unerwartet gutes Ergebnis bei der Bundestagswahl 1998 – zum ersten Mal in eine Weltstadt kommen, in der sie sich verwundert über die Größe und Möglichkeiten dieser Welt umzuschauen scheinen.

Schwerwiegender als die inhaltlichen Mängel und die fehlende Weltoffenheit sind jedoch die Effekte, die diese Gruppe auf das politische Bewusstsein und die Partizipation gerade junger Menschen in unserem Land haben kann. Die Forderung einer »ideologiefreien Politik jenseits von Rechts und Links« droht Interessengegensätze zu übersehen, gar ihre Existenz zu verneinen. Folgte man dieser unreflektierten Akzeptanz der ökonomischen Rahmenbedingungen, so bliebe von dem Staatswesen wenig mehr als eine reine Verwaltung. Politische Schwerpunktsetzung fände nicht mehr statt. Unser politisches Gemeinwesen lebt aber von Partizipation, denn ohne sie droht die parlamentarische Demokratie ihre Legitimation zu verlieren. Gerade deshalb ist es so wichtig, dass der tatsächliche Gestaltungsspielraum der Politik deutlich gemacht wird. Dies aber tut die »Generation Berlin« nicht.

Die Reportage

DIERK SPREEN

»Wer schweigt, verschwindet« Potsdamer Platz und Mythos Berlin

Das Paradigma der derzeitigen Berliner Stadtplanung heißt Verdichtung. Dieses Konzept beinhaltet ein Bekenntnis zur sog. »europäischen Stadt«, das sich gegen die »Amerikanisierung« der Städte wendet. Der Stadt/Land-Gegensatz wird hervorgehoben, suburbane Metastasen wie in L.A. sollen vermieden werden, freie innerstädtische Flächen werden verbaut, große »Central Parks« gelten als Gräuel, und Hochhäuser sind unerwünscht. Blockbebauung und Traufhöhe (ca. 22 m) gelten als Mittel gegen die Geschwüre der postmodernen, globalisierten Stadt.

Das Paradigma der *Verdichtung* ist eng mit dem Diskurs der »historischen« bzw. »kritischen Rekonstruktion« verwoben. Dieser Diskurs zielt auf eine flexible, den modernen Erfahrungen angepasste Wiederherstellung zerstörter Stadtsubstanz. Dafür gibt es gute Gründe: Die Verkehrsemphase der modernen Stadtplanung lässt sich nicht mehr aufrechterhalten; die inzwischen erreichte Verkehrsdichte macht das unmöglich. Im Zeitalter des Autowahns kann es keine »verkehrsgerechte« Stadt mehr geben – dies liefe auf ihr Verschwinden hinaus. Auch als Telepolis verschwindet die Stadt; sie löst sich im virtuellen Raum der formlos fließenden elektronischen Kommunikation auf. Übrig bleibt ein zugleich semi-ländlicher und semi-städtischer Kulturraum, welcher der »realen« Dichte der Körper, d.h. der Stadt, nicht mehr bedarf. Die Rückbesinnung auf die Qualitäten der historischen Stadt versucht, sich kritisch von diesen Aussichten abzusetzen.

So berechtigt diese kritische Kehre ist – inzwischen erstarrt sie zum Dogma. Man blickt gebannt auf historische Grundrisse, aber auf welche eigentlich? Der Palast der

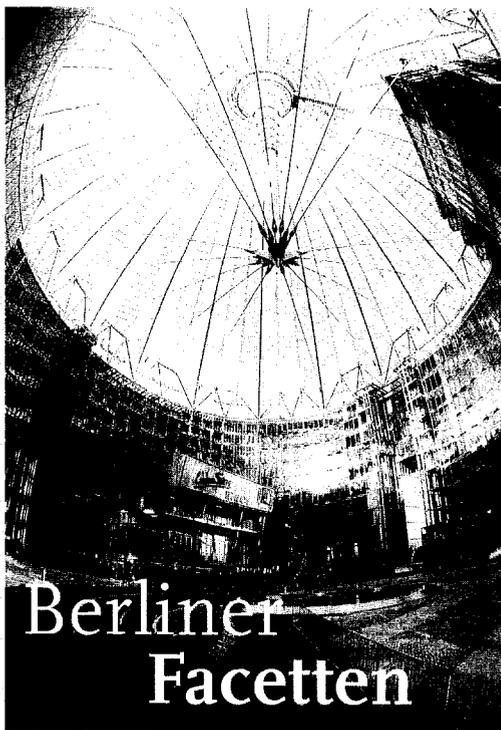


Foto: dpa Berlin

Republik soll dem Schloss weichen, auf dessen Grundmauern er steht; und im Westen wundert man sich ob solcher Pläne über Widerstand aus dem Osten. Immer offensichtlicher wird die Crux des historischen Dogmas: Welche Zeit ist näher zu Gott?

»Die auseinandergerissenen Bruchstücke der Geschichte haben nie als Ganzes existiert, weder im idealen noch im realen Berlin. Und ich glaube auch nicht, dass sie sich, in irgendeiner hypothetischen Zukunft, wieder zusammenfügen lassen. Vor allen Dingen stimmt es nicht, dass Berlin so war, wie es durch den Goethe-Mythos, den Schinkel-Mythos, den Mythos der 20er Jahre auf uns gekommen ist – es war überhaupt nie so. Es hat nie ein Berlin gegeben, und es wird niemals etwas sein, das in irgendeiner hypothetischen Zukunft wieder zu einer Metropole (oder wie auch immer man es nennen will – die Große Stadt der Zukunft), zusammengefügt werden könnte.« (Daniel Libeskind)

Im Diskurs der kritischen Rekonstruktion ist das Problem der bevorzugten Zeit zu

entscheiden. Die Frage der Geschichte eröffnet einen leeren Raum (»void«). Gefüllt wird er mit dem »Mythos Berlin« – genauer: mit dem, was aus diesem Mythos inzwischen geworden ist. Verfolgen wir in einigen Aspekten seine Spur:

Bereits 1983 bemerkt die Redaktion der Berliner Zeitschrift *ÄSTHETIK & KOMMUNIKATION* im Vorwort zu ihrer 52. Ausgabe mit dem Titel *Mythos Berlin*: »Die historische Örtlichkeit der Stadt ist in Berlin zum politischen Schlachtfeld geworden (...) In dieser entsetzlichen Durchsichtigkeit, in dieser Stadt der ungeteilten historischen Wahrheit zu leben, mit dem unsichtbaren Gestalten von Zukunft und Vergangenheit umzugehen, das ist für uns Mythos Berlin.« Im Folgenden versammelt diese Ausgabe Geschichten, Begehungen, Situationen und Détournements, die einen Ausblick auf das nicht feststellbare »Wesen« der Stadt geben. Auch die ein Jahr später gezeigte Ausstellung am ANHALTER BAHNHOF *Mythos Berlin* versuchte, diese Idee gegen das Identitätsbedürfnis der PR-Images zu verteidigen. Stadt zeigt sich keineswegs nur in ihrer »Realität«; als lebendiger Raum ist sie nicht auf eine Corporate Identity und einen Ursprungsmythos festzulegen. Der *Mythos Berlin* setzt sich vielmehr aus Imaginationen, Phantasien und Wahrnehmungsweisen zusammen und ist als solcher ambivalent. Historisch sind die Mythen Berlins »verflüssigt zu Wahrnehmungsmustern, die handhabbar sind für oben wie unten.«

Beinahe zwei Jahrzehnte später hat sich der flüssige *Berlin-Mythos* verdichtet. »Urbanität«, »Geschichte«, »Zukunft« und »Stadt« sind zu ideologischen Begriffen geworden, mit denen die extrem kompakte Telezitadelle am Potsdamer Platz Werbung in eigener Sache macht. Die politische Schlacht um den *Mythos Berlin* hat der herrschaftliche Blick gewonnen. Natürlich hat das mit den politischen Kräfteverhältnissen zu tun, aber man wird sich auch fragen müssen, inwieweit man mit der Vorstellung von »der ungeteilten

historischen Wahrheit« (s.o.) nicht eine zentrale Legitimationsstelle vorgegeben hat, an der sich der Machtdiskurs ästhetisch und intellektuell gut verankern konnte.

Ästhetisch feiert sich der Potsdamer Platz als Inkarnation der »europäischen Stadt« und Umsetzung der »kritischen Rekonstruktion«. In einem kleinen Architekturführer für den Durchgangstouristen wird der Potsdamer Platz als »Gegenmodell zur amerikanischen Stadt gefeiert, in der Solitärbauten verstreut in der Landschaft stehen und Adressen durch Bezeichnungen wie »Center« oder »Park« ersetzt sind.«

Beim städtebaulichen Wettbewerb 1991 wurde der Entwurf von Hilmar & Sattler prämiert, welcher der späteren Planung zugrunde liegt. Dieser Entwurf markiert, so Matthias Pabsch in seinem Buch *Zweimal Weltstadt*, »mit seiner streng an der europäischen Stadt angelehnten Rekonstruktion den konservativen Extrempol.« Blockbebauung, (in etwa) eingehaltene mittlere Berliner Traufhöhe, Zitate der Zwanziger Jahre kennzeichnen die Architektur in dem neuen Stadtviertel. Die Glasfassaden, insbesondere im SONY-Komplex (aber auch im DEBIS-Bereich), zitieren das COLUMBUS- und das TELSCHOW-Haus. Für die Hochhäuser am Platz selbst gibt es Vorbilder.

Hält die Rekonstruktion ihr Versprechen ein? Der am Potsdamer Platz aus einem Stück gegossene urbane Raum bleibt bislang von sozialen Imaginationen frei. Er bleibt unbeschrieben, transparent, die einzige Graffiti-freie Zone Berlins (vom Regierungsviertel einmal abgesehen). TAGS – so heißen die unverständlichen Schmierereien, die Jugendliche auf Hauswände, U-Bahn-Wagen und Klotüren schreiben/sprühen – haben keine Botschaft. »Es ist diese Leere«, schreibt der Mediensoziologe Jean Baudrillard, »die ihre Kraft ausmacht«. Graffiti stört die Ordnung der Zeichen und stellt insofern eine Antwort auf die verdinglichte Stadtarchitektur dar, denn »Architektur und Urbanismus (...) vermögen nichts zu verändern, sie sind Mas-

senmedien (...), das heißt sie lassen die Leute kollektiv ohne Antwort.«

Der urbane Raum der neuen, verdichteten Mitte ist gewissermaßen reine Architektur. Sie kündigt vom Ende des Menschen.

Frei flottierende Touristenströme durchziehen die Stadt. Anders als in den 20er Jahren ist der Potsdamer Platz kein Verkehrsknotenpunkt, kein »Tor zur Stadt« für Pendler. Umherschweifen dabei lediglich die Blicke der verborgenen Videokameras, welche die Stadt in ein gigantisches Panopticon verwandeln und die vom hedonistischen Konsum abweichendes Verhalten disziplinieren. Städtebaulich bildet das Viertel eine nach innen überwachte und nach außen abgeschlossene »Stadt in der Stadt«, d.h. eine postmoderne Zitadelle, die wie ihre Vorläufer im 16./17. Jahrhundert der Disziplinierung des Sozialen dient. Hinzu kommt, dass sich privatisierte Öffentlichkeit, pseudo-transparente Glasarchitektur bei SONY, pseudo-steinerne Festungsböcke bei BENZ, Überwachungskameras, Sicherheitsdienste etc. mit dem Charakter des neuen Viertels als Medien- und Kommunikationszentrale verbinden. Das SONY-Motto »Wer schweigt, verschwindet«, das zugleich eine Drohung ist, bringt auf den Punkt, worum es geht. Darum nämlich, wer in Zukunft zu sprechen befugt ist und wer nicht. Das Konzept dessen, was »Stadt« ist, wird umgeschrieben. Im Mittelpunkt dieser Umwertung steht der »Mythos Berlin«.

Ist das Viertel am Potsdamer Platz noch städtisch? Eine Grunddefinition von Stadt lautet: Markt. Und zwar, so Hans Paul Bahrdt in seinem Buch über die moderne Großstadt, weil der Markt die »früheste Form von Öffentlichkeit« darstellt.

»Markt« findet sich am Potsdamer Platz genug. Was aber verschwindet, ist erstens, die Offenheit des Städtischen. Den Menschen wird die Möglichkeit genommen, auf den artifiziellen Raum der Stadt Antworten zu finden. Das Leben in dieser »Stadt« bleibt zeichen- und sprachlos. Und zweitens wird die

Trennung von Privatheit und Öffentlichkeit tendenziell kassiert. Diese Trennung basiert auf »sorgfältig gepflegter Distanz« (Bahrdt). In der touristischen Masse, unter den intimen Augen der Videokameras, im Licht der transparenten Zitadellen-Architektur verschwindet die Möglichkeit, die Distanz herzustellen, die den Typus des Stadtbürgers charakterisiert. Der Körper betritt keine Stadt, sondern einen allgemeinen virtuellen Raum, der sich nahtlos und unaufdringlich an ihn anschmiegt, sich mit ihm verbindet und ihn trägt – eine medial-architektonische Matrix, welche die Differenz zwischen Körper und Umwelt auflöst, Raum und Körper völlig ausfüllt und auch die Möglichkeit einer Antwort vernichtet (denn zu antworten setzt Differenz voraus). Es wird ein Schweigen produziert, das in Verschwinden mündet.

Der Mythos Berlin steht heute für die völlig ausgefüllte, die alles durchdringende Telezitadelle. Distanz und Offenheit weichen einer allumfassenden verdichteten Medialität und historischen Identität. Einmal betreten, nimmt dieser verdichtete Raum die Sprache. Was sich abzeichnet ist die »Urbanität ohne Stadt« (Dieter Hoffmann-Axthelm). Aber worauf könnte sich der Diskurs des Städtischen derzeit noch berufen? Vielleicht auf die freien Plätze und Baulücken, die derzeit so unbeliebt sind?

Hören wir noch einmal Daniel Libeskind aus seinem Buch mit dem programmatischen Titel *Kein Ort an seiner Stelle*:

»Diese »Leere« (-void-), die sich durch die heutige Kultur Berlins hindurchzieht, soll also meiner Ansicht nach sichtbar gemacht werden, soll zugänglich sein. Sie soll zum Strukturmerkmal werden, das sich an dieser Stelle der Stadt kristallisiert und in einer Architektur bloßgelegt wird, in der das Namenlose im Namen, der stumm bleibt, erhalten ist. Einen Ort zu haben, an dem das, was ohne Namen ist, stumm bleibt – das Namenlose wird nicht beseitigt, es wird nicht in die Zukunft projiziert, es bleibt stumm.«

Das Gespräch

MIT ULRICH PELTZER »Versuche, die Zeichen der Stadt zu lesen«

Der Autor Ulrich Peltzer, geb. 1956, lebt in Berlin und hat bisher im AMMANN-VERLAG drei Romane veröffentlicht: *Die Sünden der Faulheit* (1987), *Stefan Martinez* (1995) und *Alle oder keiner* (1999.) Mit Ulrich Peltzer sprachen am 18.1.2000 Dorothee Knab und Elke Schubert.

NG/FH: Herr Peltzer, Ihr letzter Roman *Alle oder keiner* ist kürzlich erschienen und wurde von der Literaturkritik gefeiert. Gemeinsam ist Ihren drei Romanen, dass die Stadt Berlin in ihnen eine prominente Rolle spielt, im Gegensatz zu den meisten Büchern anderer Berliner Autoren. Warum?

Peltzer: Abgesehen von biographischen Gründen interessieren mich bestimmte Formen der Wahrnehmung und der Sprache, die an städtisches Leben im weitesten Sinne gebunden sind. Neben der persönlichen Neigung entspricht das eigentlich einer Tendenz der Moderne, die Stadt als Metapher oder als Bild für das Leben unter entwickelten industriellen Verhältnissen überhaupt zu nehmen.

NG/FH: Ich habe aber auch in Ihren Büchern so etwas wie eine Fortsetzung von Döblins *Berlin Alexanderplatz*, also diese Besessenheit von und die Hassliebe zu Berlin, wiedergefunden. Besessenheit meint eigentlich, abgesehen von der allgemeinen urbanen Konstruktion, die Besonderheit von Berlin namhaft zu machen.

Peltzer: Wo ich einen Unterschied zu Döblin und überhaupt zum Expressionismus markieren würde, ist, dass ich die Stadt nicht als naturhaften Organismus begreife, in den jemand hineingeworfen wurde, sondern die zweite Natur, die die Stadt für mich ausmacht, kenntlich machen wollte. Was sich

schon verändert hat in meinen Romanen, ist, dass im ersten Buch *Die Sünden der Faulheit* die Protagonisten noch mit der Stadt zu kämpfen haben und dass da eine eher vordergründige Auseinandersetzung mit städtischem Leben stattfindet, weil die Figuren, die dort auftauchen, alle in der Bredouille sitzen. Es war das Berlin der achtziger Jahre überhaupt, das Buch ist 1987 erschienen. Und da tauchen noch Bilder auf, die etwas Morbides haben, die verknüpft sind mit einer Atmosphäre, die, wie ich glaube, in den achtziger Jahren in West-Berlin geherrscht hat, während in den beiden anderen Büchern Stadt einfach nur eine Lebensform ausmacht, in der sich die Protagonisten versuchen zurechtzufinden, allerdings nicht mehr unter einem Freund-Feindschema betrachtet, wie es in dem ersten Buch noch vorherrschte.

NG/FH: Was war denn das Spezifische an den 80ern, das in Ihrem ersten Roman zum Ausdruck kommt, und daran anknüpfend die Frage, warum sehen Sie Berlin als eine Stadt, an der man sich abarbeiten musste?

Peltzer: Berlin hatte etwas Residuales, eine bestimmte Leere, die andere westdeutsche Städte nicht mehr hatten, es war zwar die einzige Großstadt, die mit anderen europäischen Metropolen vergleichbar war, von ihrer Ausdehnung, von ihrem Bild, das sie lieferte, und doch war sie anders. Das Faszinierende war, dass Geschichte auf eine merkwürdige Weise in West-Berlin präsent war, in einer bestimmten Form der Abwesenheit, zum Beispiel war die Leere des Potsdamer Platzes eine außerordentliche Form der Verdichtung von Geschichte. Das andere, was ich mit residual meine, ist, dass bestimmte Prozesse der Modernisierung in Berlin nicht stattgefunden hatten, weil es ökonomisch nicht interessant war. Berlin hat von Subventionen des Bundes gelebt, hatte auch

etwas von einem Spielplatz, eine staatlich subventionierte Opposition, die hier gepflegt wurde. Es war relativ einfach, hier zu überleben. Das ist jetzt ein bisschen schwieriger geworden hier, das heißt aber auch normaler, im Vergleich zu anderen Städten wie Hamburg, London oder New York. Es ist dabei sich anzugleichen, obwohl nach wie vor das fehlt, was kennzeichnend für diese Metropolen ist, also Konzernzentralen, produzierendes Gewerbe, es gibt keine großen Banken. Hier ist immer noch etwas vorhanden von einem Geist der Nichtintegration, obwohl die Spielräume immer kleiner werden.

NG/FH: Diese abwesende Geschichte oder die Dichte der abwesenden Geschichte, die in Berlin spürbarer war als in westdeutschen Städten, war doch auch in dem letzten Roman *Alle oder keiner* präsent. Was mir aber auffällt, ist, dass die Zäsur von 89 in keinem Ihrer Romane, die diese Zeiträume durchmessen, eine Rolle spielt. Warum?

Peltzer: Weil ich eigentlich aus einer westlichen Position heraus schreibe und diese Subjektivierungsunternehmungen, die ich an speziellen Figuren untersuche, nicht wesentlich durch den Fall der Mauer beeinflusst werden. Das bedeutet, dass das, was vor 89 für mich wichtig gewesen ist, nicht wesentlich in den Hintergrund gerückt ist und dass ich mich andererseits für die Stadt als das auf die Spitze getriebene warenproduzierende System interessiere. Das ist nach wie vor die selbe Erscheinungsform, welche die Modi der Wahrnehmung bestimmt, des sich Bewegens in einem bestimmten großstädtischen Raum, die Versuche, die Zeichen der Stadt zu lesen, sich zu orientieren, das ist gebunden an diese signifikantlose Warenproduktion, obwohl der Osten da mittlerweile stark aufgeholt hat.

NG/FH: In Ihrem ersten Buch *Die Sünden der Faulheit* ist der Held ein bestimmter Typus, der sich in Berlin am längsten gehalten hat, nämlich der Versager, der sich durch diese Stadtlandschaft bewegt und doch etwas von einem Helden hat.



»Mich interessieren bestimmte Formen der Wahrnehmung und Sprache, die an städtisches Leben gebunden sind.« Foto: Stefan Korte

Peltzer: Das ist richtig. Es gab so eine Form des Taugenichts, der sich unter den Bedingungen West-Berlins durchmogeln konnte und der mir immer sehr sympathisch war. Der sich fast immer mehr oder weniger elegant durchschlängeln und bei seinen halbseidenen Geschäften tatsächlich halbseiden bleiben konnte, das heißt er musste nicht wirklich kriminell werden, um Durststrecken zu überwinden. Das ist heute anders als in den 80ern in West-Berlin.

Mein zweites Buch *Stefan Martinez* spielt vor dem Mauerfall, es ist zwar in der Zeit danach geschrieben worden, aber das hat insofern keine Rolle gespielt, als die Existenzweise dieser Figuren allgemein an westliche Großstädte gebunden war und mich dieses Thema der Wiedervereinigung zwar politisch aber nicht literarisch interessiert hat. Diese Figur des Stefan Martinez ist jemand, der sich immer noch nicht entschieden hat, der als Mathematiker halbtags in einem Architekturbüro Handlangerarbeiten macht. Insofern ist noch etwas von dem Land Bohemia, das in den Achtzigern dominant gewesen ist,

zu spüren. Aber es befindet sich in Auflösung. Und das ist einer der Gründe, warum ich es in den 80ern angesiedelt habe, wegen dieser Auflösung, weil ich schon das Bedürfnis hatte, den Figuren, die ich mochte, Raum zu geben und sie in einem Text aufzubewahren.

NG/FH: Ich finde dennoch, dass sich auch für den Westen durch den Fall der Mauer etwas geändert hat. Auch hier haben sich Biographien verschoben, wie wir vorhin feststellten, diese Nischenexistenz gibt es nicht mehr, man braucht mehr Geld usw. Das hat doch alles mit dem Mauerfall zu tun.

Peltzer: Es stimmt schon, hier hat sich eine Entwicklung, wie sie in anderen Städten üblich war, verzögert, weil die Mauer da war. Das war die Existenzgrundlage dieser Figuren. Es hat sich viel verändert, aber ich würde das nicht mit dem vergleichen, was sich im Osten verändert hat. Und dann war es natürlich auch so, dass in West-Berlin ein unglaublicher Muff geherrscht hat. Ich hatte damals schon das Gefühl, dass irgendwas passieren muss, dass man weggehen muss, weil es zu ständigen Wiederholungen kam. Das war kein abendfüllendes Programm, diese Bohème-Existenz zu führen. Und jenseits dessen, was da eingetreten ist, jenseits der Verschärfung der Existenz-Bedingungen, z.B. eine preisgünstige Wohnung zu finden, war es notwendig, dass irgend etwas passiert. Wenn ich mir heute die *Sünden der Faulheit* vergegenwärtige, dann kriegt man auch dort schon etwas von einer Atmosphäre mit, die irgendwann in einem reinen Leerlauf gemündet wäre.

NG/FH: Der Held Ihres letzten Romans ist wie die anderen ein Suchender, er hat keinen Platz, aber trotzdem ist er privilegiert, weil er diese verschärfte Wahrnehmung hat.

Peltzer: In den ersten beiden Büchern ist es eher so, dass die Protagonisten nur reagieren, dass ihnen alles passiert, sie aber nicht bewusst Handelnde sind. In meinem letzten Buch ist das schon jemand, der – ohne dass es eine Moral artikulieren würde – zum Schluss doch etwas unternimmt, eigentlich

schon während des gesamten Buches etwas unternimmt. Er ist der erste, der einer geregelten Arbeit nachgeht, als Psychologe acht Stunden am Tag in sein Institut geht, während die anderen in Positionen, für die sie eigentlich überqualifiziert waren, gearbeitet haben. Was allen Figuren gleich ist, obwohl sie sich auch bezüglich ihres Alters weiterentwickelt haben, ist nach wie vor, dass sie keinen Platz in der Welt haben. Das, was die anderen machen, sich quasi naturhaft verhalten, einen Beruf haben, heiraten, Kinder in die Welt setzen, in einer Kette von Erbschaften und Konkursen leben, das ist meinen Figuren fremd. Der Held meines letzten Romans ist reflektierter, und diese Reflexivität macht es notwendig, dass der Text in langen Parataxen geschrieben ist, denen das Nachdenken über sich selbst, die eigene Situation eingeschrieben ist.

NG/FH: Wie würden Sie sich im Unterschied zu den neuen jungen Berliner Autoren sehen, die ja, um ein Beispiel zu nennen, ihre schriftstellerische Existenz ganz anders sehen und einen souveränen Umgang mit den Medien pflegen. Sie versuchen Wahrnehmung von Welt nicht abzugleichen, über Intention und Außenwahrnehmung, wie es in *Alle oder keiner* zum Leitmotiv wird, sondern präsentieren sich wie beispielsweise Benjamin von Stuckrad-Barre über Selbstdarstellung in den Medien.

Peltzer: Man muss schon unterscheiden zwischen dem, was in den Texten passiert, und der medialen Aufmerksamkeit, die manche Autoren bekommen. In meinem letzten Buch geht es nicht nur um Wahrnehmung im Allgemeinen und darum, wie diese in Sprache umzusetzen sei, sondern es geht in den Bukarest-Passagen auch darum, wie historische Ereignisse medial aufbereitet werden, um die historische Wahrheit – Ist das, was wir sehen, wirklich? – und welche Möglichkeiten der Manipulation und des Selbstbetruges es gibt.

Was mir auffällt, ist tatsächlich ein Veränderung im Literaturbetrieb, die mediale

Aufmerksamkeit hat auf jeden Fall Rückwirkung auf die kritische Rezeption. Das betrifft aber nicht nur die Literatur. Man beschäftigt sich mit den Produkten der Kultur viel mehr als Medienereignis, womit ich nicht sagen will, dass jedes Produkt, das eine große mediale Aufmerksamkeit hat, es nicht wert wäre, auch als Stück Literatur oder als bemerkenswerter Film untersucht, betrachtet oder kritisiert zu werden. Da vermischen sich offensichtlich Kategorien auf eine Art und Weise, wie es für den Betrieb in Deutschland neu ist. Das heißt, dass ein Medienereignis, um jetzt bei der Literatur zu bleiben, gleichzeitig zu einem literarischen Ereignis wird. Und das bewegt sich jenseits eines politischen Programms, das möglicherweise noch da drin steckt, wenn man sich für eine bestimmte Form der Literatur stark macht.

Lokalitäten

JÜRGEN ROTH

Die Anti-Kneipenkultur-Kneipe Blauer Affe am Hermannplatz

Es soll ja, vermieden seit den 80er Jahren die zirka zeitgleich mit dem Bistrowesen und der Erlebniskulinarik entstandenen, nichts als esoterische Infohappen und grelle Empfehlungen servierenden sog. Stadtmagazine aus sog. Metropolen, in denen dem deutschen Provinzialgeist die Aura eines tortenstückähnlichen und unterdessen obligaten Museums für Moderne Kunst beigegeben wird – es soll ja, da Kultur nunmehr alles ist, was man nicht am Fließband verfertigt, auch eine »Kneipenkultur« existieren, und das bedeutet, dass der herrschende Sprachgebrauch die analoge »Kulturkneipe« (neben dem »Kulturzentrum« etc.) genausowenig entbehren möchte; zumal die »Künstlerkneipe« spätestens durch Bazon Brocks Wuppertaler/Düsseldorfer Aktivitäten, die den MALKASTEN zeugten, etabliert ward.

Sich dem »Lebensscheißgefühl« (Eckard Henscheid: *Humorkneipe II*, in: TITANIC 5/1980) der Kunstschanzen, Alternativarbeiter, Kiezler, Broker, Geldhändler und Computerspezis zu verweigern und jenseits der kapitalen kapitalistischen Blindbetriebsamkeit der entweder kulturellen (München), wirtschaftlichen (Frankfurt/Main) oder politischen Kapitale (Berlin) ein einfaches, gelb und schlicht blitzendes und sauber beschäumtes Bier zu trinken, dafür kommen nach wie vor die Schwemmen, die Eckkneipen, die mittelgroßen Lokalitäten zupass, die alt möblierten, dem Wahn des Designgedankens entzogenen Höhlen, die meist an den unattraktivsten Plätzen liegen – z. B. der BLAUE AFFE in Neukölln, vis-à-vis von »Karstadtbaumamhermannplatz« (Carola Rönneburg).

Thomas Kapielski, gebürtiger Berliner, Musiker, Maler, Prosaautor und einer der klügsten Kritiker des kreuzschabigen »Kulturlebens« und der ubiquitären Künstlerattitüden, pries bereits 1995 (ZITTY 15/1997) das gegenüber dem gleichermaßen verlockenden Konkurrenzladen ZUM HAMMER und hinter einer fein grauen Rauputzfassade situierte Etablissement: »Hier kommt wöchentlich ein Lasttankwagen vorgefahren und schüttet luftdicht seine tausend Liter in eine Kellerlagerblase, von wo dann adrett und emsig ein frisches, gut gehopftes, hinreichend schaumstabiles Pilsener durch die Kräfte Peter, Walter, Ute u. a. vor einem aufgestellt und gern hereingesogen wird.«

Gern hereingezogen wird man in einen Plausch mit dem jeans- und schlüsselkettenbewehrten Wirt, der vom ebenfalls vorrätigen ALT kundenorientiert eher abrät und ausgiebigere Quanten empfiehlt. »Großes Pils läuft immer besser«, lacht er, kommt zum Stehtisch oder reicht den zügig bezapften Kelch über die Resopaltheke. Die griechische Servicekraft wirft derweil Knacker, Wiener, Koteletts plus/minus Kartoffelsalat heillos fröhlich durcheinander und die Jukebox initiiert würdevoll Walzer- oder Schnulzenmitten.

Bestellt man etwa beim TAZ-Italiener SALE ETABACCHI (Kochstraße, Kreuzberg, wo sonst?) Pils, bringen sie, weil die Ration nicht aufgebraucht ist, dunkles HERFORDER WEIHNACHTSBIER, protestiert man sachte, liefern sie statt zwei großen Gezapften ein BECK's, Flasche, 0,33 l. Das gehört sich wohl so, und deshalb ziehen wir den rotbraunen Holzvertäfelungen und weißen Kittelschürzen den Noppenboden zur Toilette vor, die Billardhinterzimmer, Bayernrautendecken und Spachtelmörtelwände, den stets lokaltermintauglich offenenherzigen, keineswegs krawallerfüllten Kneipenraum, der um 8.00 Uhr öffnet, über der Eingangstür verführerisch annouciert: »Der große Hit im *Blauen Affen*: SCHULTHEISS 0,4 l, 3,30« und nebenan gewissermaßen konsequenzlogisch den Urologen Dr. Klaus Kalz duldet.

Rücksicht, kompakte Normalität, feste Freundlichkeit. »Habt ihr Streichhölzer?« erkundigen wir uns, und Wirt Peter antwortet nicht bloß: »Ja, ganz gute sogar«, er präsentiert obendrein ein T-Shirt, Aufdruck: »Shakespeare und Rock'n'Roll«, ein Crossover, das angesichts der grassierenden hysterischen Stilver-

würstungen seine epiphanisch leuchtende und einleuchtende Kraft leicht bewahrt.

Kapielskis Band der *Gottesbeweise IX–XIII, Davor kommt noch* (Berlin, 1998), leitet nach einem Zweizeiler aus Wilhelm Buschs früher, betriebsparodistischer und zugleich letzter Bildgeschichte *Maler Klecksel* das Motto »Dialog im *Affen*« ein: »Stimmt das?« – »Nichts stimmt mehr!« – »Stimmt!« Wenn das stimmt, und ich glaube sofort, der Schlagabtausch fand genau so statt, wäre der BLAUE AFFE füglich und begründet eine Denker-, präziser: eine Dialektikkneipe zu nennen, in der man weniger als düster-darwinistischer *Fipps der Affe* mit Nietzsches Hammer philosophiert, sondern unter einer Dunstglocke aus Schopenhauer, Beckett und Bier resp. negativer Dialektik bzw. Sophistik das wohlige Nichts entdeckt – und die augenblicklich einzig erträgliche (semi-)öffentliche Kommunikationsstrategie kultiviert, die Entzauberung der Sinnpflegerei; zugunsten eines prima Gesprächs und eines meinethalben dann eben gottsakrament SCHULTHEISS-Getränkes.

So versöhnlich stimmen Nischen, zuweilen.

»Die Entzauberung der Sinnpflegerei zugunsten eines prima Gesprächs.«



Warum uns das Böse fasziniert



Die Natur des Bösen und die Illusion der Moral

Seit Jahrtausenden bemüht sich der Mensch, sein Verhalten durch moralische Gebote zu regeln. Dabei ist ihm nur mäßiger Erfolg beschieden.

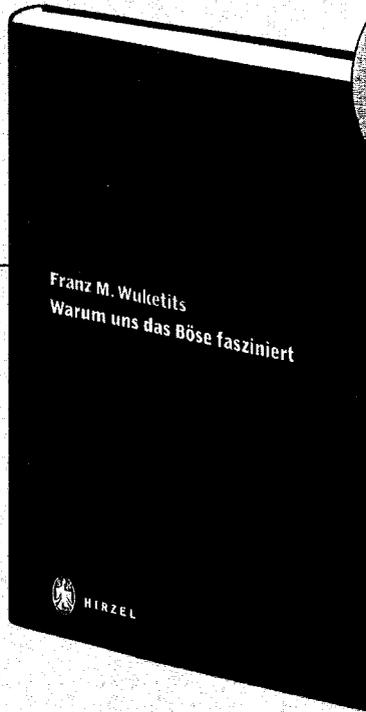
Das Böse hat Konjunktur. Wir Menschen sind keine Engel.

Keine Ethik vermochte Kriege und andere Gewalttaten, Mord und Totschlag, Vergewaltigung und Folter abzuschaffen.

Aggression als lebhafter Ausdruck des Bösen gehört zu unseren alltäglichen Erscheinungen.

Es ist nicht zu leugnen, dass von dieser Schattenseite unserer Existenz sogar eine gewisse Faszination ausgeht.

Das Buch ist ein Plädoyer für eine illusionslose Ethik. Ihr wird größerer Erfolg beschieden sein als Moralsystemen, die auf „das Gute“ setzen.



Prämierung
der Stiftung
Buchkunst
als eines der
schönsten
Bücher 1999

Franz M. Wuketits

lehrt an den Universitäten
Wien und Graz.

1982 erhielt er den Österreichischen Staatspreis für Wissenschaftliche Publizistik.

Seine Arbeits- und Interessenschwerpunkte sind: Evolutionstheorie, Evolutionäre Erkenntnistheorie, Evolutionäre Ethik, Soziobiologie, Theorie und Geschichte der Biologie.

Franz M. Wuketits
276 Seiten. Format 13 x 21 cm.
Gebunden mit Schutzumschlag.
ISBN 3-7776-0938-2

DM/sFr 38,-/sS 277,-

HIRZEL

Ich bestelle beim HIRZEL Verlag,
Postfach 10 10 61,
70009 Stuttgart

..... Expl. Warum uns das Böse fasziniert.

DM/sFr 38,-/sS 277,-

Absender

Name, Vorname _____

Straße/Postfach _____ Kundennummer _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Sofort-Bestellung:

Telefon: 07 11 / 25 82 - 341
07 11 / 25 82 - 342
Ferngespräche zum Nulltarif mit
Bandaufzeichnung 01 30 / 29 90

Telefax: 07 11 / 25 82 - 290

Internet: <http://www.Hirzel.de>
<http://www.DAV-Buchhandlung.de>

E-Mail: Service@Hirzel.de

Spiegel-Preis: 33,70 € (A)

Berlin-Bücher

ELKE SCHUBERT

Zweierlei Erinnerung

Peter Gay und Michael Degen berichten über ihre Jugend im NS-Berlin

Fast zeitgleich sind zwei Bücher erschienen, in denen sich die Autoren mit ihrer Kindheit in Berlin auseinandersetzen. Der eine ist der angesehene Kulturhistoriker Peter Gay, der andere der Schauspieler Michael Degen. Beide haben als Jugendliche den Terror der Nationalsozialisten, die jeden verfolgten, der jüdisch war, auf wundersame Weise überlebt, Peter Gay durch die Emigration im buchstäblich letzten Moment, Michael Degen durch die Hilfe zahlreicher Menschen. Bei der Parallelität beider Schicksale liegt es nahe, die Autobiographien im Hinblick auf unterschiedliche Formen der Wahrnehmung und Erinnerung zu untersuchen.

»Seelenfrieden« hat der amerikanische Kulturhistoriker Peter Gay bis heute nicht gefunden. Als er begann, seine Erinnerungen über jene sechs Jahre niederzuschreiben, die er zwischen der »Machtergreifung« der Nazis und der Flucht seiner Familie in Berlin verbrachte, hatten ihm Freunde »eine längst nötige Karthasis« versprochen. »Keine Rede von Karthasis«, schreibt Gay im Vorwort, und nichts lag ihm ferner, als ein versöhnliches Buch zum Thema zu schreiben.

Peter Gay, nicht umsonst Verfasser einer bahnbrechenden Freud-Biographie, geht seine Jugendzeit, in der er von einem Tag zum anderen durch staatliches Dekret zum Juden gemacht wurde, mit den Mitteln der Psychoanalyse an, als Trauma, das zur ewigen Wiederkehr verdammt ist und einen erst recht im Alter einholt, wenn es verdrängt wird. Der Zorn ist ihm geblieben, doch er hat Gay keineswegs den Blick für Reflexionen über deutsche Zustände verstellt. Den gerade in den

USA häufig geäußerten Vorwürfen, die Juden hätten sich zu sehr auf die »deutsch-jüdische Symbiose« verlassen, setzt er die Anschaulichkeit eines gelebten Lebens entgegen, voller Dankbarkeit auch den wenigen gegenüber, die der Familie damals geholfen haben.

Gays Erinnerungen beschränken sich nicht nur auf jene sechs Jahre, die er als Jugendlicher im Berlin des Nationalsozialismus erlebte, vielmehr geht es ihm darum, die Wirkung dieser Jahre auf sein späteres Leben zu untersuchen. Ein gewichtiger Teil seines Buches beschäftigt sich deshalb mit der Zeit danach, als die Familie über den Umweg Kuba endlich 1941 im ersehnten Exilland USA gelandet ist, die ihnen endlich eine Chance bieten, an so etwas wie Zukunft zu denken. Womit er nicht gerechnet hatte, war, dass diese sechs Berliner Jahre ihn immer wieder einholen sollten.

Obwohl Gay mittlerweile viele Freunde in Deutschland hat und auf zahlreiche Aufenthalte im Land zurückblicken kann, ist die Kränkung auch heute noch virulent. Seine Erinnerungen, zeigen auf eindrückliche Weise, dass jemand, selbst wenn er nicht unmittelbar unter der Gewalttätigkeit der Nazis leiden musste, allein schon durch die Erfahrung der Ausgrenzung und Einsamkeit für sein Leben gezeichnet ist.

Ganz anders nähert sich Michael Degen seiner Kindheit unter dem Nationalsozialismus. Der Klappentext verrät, dass sein Buch »ohne Bitterkeit und Anklage geschrieben« sei. Und auch der Titel ist programmatisch: *Nicht alle waren Mörder*. Konsequenterweise ist das Buch aus der Sicht eines Jugendlichen geschrieben, der voller Angst, aber auch mit einer Portion Humor die Geschehnisse um sich herum beobachtet. Der Vater war schon früh an den Folgen der Haft in Sachsenhausen gestorben, der ältere Bruder mit einem Kindertransport nach England geflüchtet,

und so musste sich die Mutter mit ihrem Sohn allein durchs Leben schlagen, von einem Versteck zum anderen, ohne Lebensmittelkarten, aber mit Hilfe einiger Menschen, die im Hannah Arendt'schen Sinne so etwas wie gesunden Menschenverstand besaßen. Sogar ein ss-Mann, dem die Mutter wohl gefiel, hat den beiden Verfolgten geholfen. Egal, wovon die Motive dieser Menschen bestimmt waren – ob von der Liebe, dem Mitleid, der Gegnerschaft zum System oder dem Pekuniären –, in ihrer Summe hat Michael Degen ihnen sein Überleben zu verdanken, und ihnen möchte er vor allem in dem Buch gerecht werden.

Mit dem Ende des Krieges und der Suche nach dem verschollenen Bruder, den er endlich in Palästina wiederfindet, endet das Buch. Nur manchmal schimmert zwischen den Zeilen durch, wie nachhaltig sich diese Berliner Zeit auf Degens späteres Leben ausgewirkt hat. Weil es zu gefährlich war, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen, musste der Jugendliche immense Strecken zurücklegen, und deshalb ist ihm das Laufen für immer verleidet. »Bis heute muss ich mich zum Spazierengehen zwingen. Radfahren, schwim-

men – alles, nur nicht gehen.« Reflexionen darüber, warum er nach '45 in Deutschland geblieben ist oder wie umfassend sich derartige traumatische Erfahrungen auf ein Leben auswirken können, wird man mit Ausnahme der kleinen Nebenbemerkungen vergeblich suchen.

Während es so scheint, als hätte Michael Degen seinen Frieden gefunden, macht Peter Gay das Trauma und seine Folgen ohne Lamoryanz zum Thema. Mit dieser Bitterkeit und dem Nicht-Verzeihen-Wollen der ehemals Verfolgten hat man in Deutschland anscheinend immer noch Probleme, wie die verhaltenen bis ablehnenden Reaktionen während der Verleihung des GESCHWISTER SCHOLL PREISES an Peter Gay gezeigt haben.

Peter Gay. Meine deutsche Frage. Jugend in Berlin 1933–1939. Aus dem Englischen von Ulrich Enderwitz, Monika Noll und Rolf Schubert. C.H. Beck Verlag, München 1999, 229 Seiten, DM 24,-

Michael Degen: Nicht alle waren Mörder. Eine Kindheit in Berlin. Econ Verlag, München 1999, 332 Seiten, DM 39,90

Das Ozonloch kann man nicht mit Worten schließen!

Infos unter **040/30618-0**

GREENPEACE

22745 Hamburg

WILHELM HANKEL

Sisyphos macht Feierabend

Ulrich Pfeiffer vergisst
die Geldpolitik

Es gibt die alte Unterentwicklung, und die kommt von der Kapitalarmut. Sie macht Milliarden von Menschen in Dritter und Vierter Welt das Leben zur Hölle, und immer noch streiten sich Wissenschaft und Politik darüber, ob ihre Überwindung mit, ohne oder gegen die Globalisierung leichter organisierbar ist. Es ist die Neuauflage des alten Streits zwischen Freihandel und Protektionismus.

Und es gibt die neue Unterentwicklung. Sie resultiert aus der Unfähigkeit zu Anpassung, Reformen und Innovationen. Es ist die Krankheit eines reichen und wirtschaftlich fortgeschrittenen Landes wie Deutschland. Ihre bittere Pointe ist eine doppelte: Sie müsste weder ökonomisch sein, denn es fehlt dem Lande weder an Sach- noch Humankapital, die innere Stagnation zu überwinden, und sie verfestigt national die »Mauer in den Köpfen«, denn die frühere DDR gab (sich) auf, um für das modernere, dynamische und freiheitliche westdeutsche Modell zu optieren. Jetzt sehen sich viele Ostdeutsche zwar besser versorgt, aber um ihre Berufschancen betrogen. Dass es vielen Westdeutschen genauso geht, vermag sie kaum zu trösten.

»Deutschland ringt um 2000 mit sich selbst, ob es eine Renaissance in Angriff nehmen will oder sich einer weiteren schleichenden Erosion hingibt, obwohl die Warnsignale zunehmen. Damit droht ... eine neue Form der Unterentwicklung, die sich zunächst und auf lange Zeit nicht in allgemeiner Armut zeigt, sondern in neuer Ungleichheit und in Ansprüchen und Erwartungen an die Zukunft, denen keine entsprechende Leistung mehr gegenübersteht.« – konstatiert Ulrich Pfeiffer, einst Karl Schillers bester

Redenschreiber, heute einer jener modernen Unternehmer, die es verstehen, rationale Analyse in lukrative Strategie und Beratung umzusetzen. Arbeitslosigkeit gleiche heute jedoch eher einer allgemeinen Immunschwäche, die man mit breit angelegten Kräftigungstherapien und einer Stärkung des Systems durch Wettbewerb beantworten müsse. Sie könne nur überwunden werden, »wenn die Bedingungen, unter denen wettbewerbsfähige Beschäftigung entsteht, akzeptiert und aktiv unterstützt werden«.

Vergeudung von Steuergeldern, Fehlleitungen von Ressourcen

Damit sind wir am springenden Punkt. Die deutsche Unterentwicklung hat ihren Sitz und Ausgangspunkt nicht in den Strukturen der Wirtschaft, sondern den Gehirnen der verantwortlichen Politiker und tonangebenden Gewerkschaftler. An der Schwelle zum 21. Jahrhundert steht Deutschland, das mit seiner Industrie groß und wohlhabend geworden ist, mitten in der »tertiären Revolution« – nur gehen deswegen seiner Arbeitsgesellschaft weder die Arbeitsplätze aus noch geht es darum, die (noch) vorhandene Arbeit auf Arbeitslose und Nachwuchs umzuverteilen. Wie beim Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft, als nicht nur das Angebot an Arbeit zunahm, sondern auch die Nachfrage – und zwar nach anfänglicher Verhaltenheit stärker als das Angebot, gilt auch diesmal: Die neue Nachfrage nach Arbeit entsteht in den neuen Sektoren und Berufen, nicht in den alten. Damals lernten Politik und Gewerkschaften, dass in den neuen Automobilindustrien Millionen mehr neue Arbeitsplätze entstanden als im alten Stellmacherhandwerk weltweit verschwanden. Der große Schumpeter zog daraus den zeitlosen Schluss: Wirtschaftlicher Fortschritt heißt immer »Andersverwendung der Arbeit«.

Heute liegen alle Wachstumsmärkte in den neuen Sektoren und Berufen: bei den High-Tech- und Kommunikationsindustrien und ihren Zulieferern, bei den häuslichen Betreuungs- und medizinischen Pflegediensten, bei den Systemanalytikern, Kommunikations- und Computerwissenschaftlern, bei Physiotherapeuten, Finanzberatern, Lehrern, Trainern, und auf der Hilfskräfteebene bei medizinischen Assistenten, Wächtern und sonstigen Mitarbeitern der Alten- und Krankenpflege.

Pfeiffers Abrechnung ist hart und gnadenlos: eine verpfuschte Steuerreform, deren beide Erzübel: Vergeudung von Steuergeldern (er schätzt sie auf 60 bis 90 Milliarden DM jährlich) und unerhörte Fehlleitungen von Ressourcen nicht nur erhalten bleiben, sondern jüngsten Plänen nach sogar verstärkt werden. Nicht nur bleibt es bei der Ungleichbesteuerung von ortsgebundener Lohnarbeit und neuen Dienstleistungsberufen und flüchtigem Groß- und Finanzkapital; die Belohnung für Firmengewinne wird noch ausgebaut, die Bestrafung für sich selbst helfende (Schein)-Selbstständige und Teilzeitarbeiter (630 DM-Jobs) ebenfalls (!); es bleibt bei den Sondervorteilen für Immobilienbesitz und Mietwohnen statt für familiengerechte Eigenheime, bei der Belastung des öffentlichen Nahverkehrs durch (zu) hohe Pendlerpauschalen, dem Ruin des öffentlichen Fernverkehrs durch (ebenfalls zu) großzügige Entlastungen von Brummis und überschweren LKW, bei der steuerlichen Belohnung von Nacharbeit bei gleichzeitiger Über-Reglementierung von Berufs- und Ladenschlusszeiten, einer unüberbietbar scheinheiligen Ehe von Kirchen und Gewerkschaften. Wie es ja auch bei den Über-100-Milliarden-DM Steuergeschenken der teils offenen und teils über Verlustzuweisungen, Abschreibungserleichterungen und Vermögensunterbewertungen bleibt mit der klar erkennbaren Folge, dass sich immer Sachinvestitionen weder an Bedarf und Rendite orientieren, sondern der »zu erzielenden« Steuerersparnis!

Auch wenn das meiste an diesem chaotischen und kontraproduktiven Steuer-Wildwuchs von einer, wie sich jetzt zeigt, hochkorruptiven Vorgänger-Regierung ererbt und übernommen worden ist, auch die eigenen Zutaten weisen Rot-Grün weder als sachlich kompetent noch sozial oder gar ökologisch besonders sensibel aus. Da wird dem Kleinsparer und -aktionär der Steuerfreibetrag gekürzt, dem tradierten Groß- und Finanzkapital dagegen der Gewinn aus Uralt-Vermögen und -beteiligungen steuerlich ungeschmälert erlassen. Zwar führt man endlich und der Umwelt zuliebe Öko-Steuern ein, aber so, dass nicht Großsünder und Schadensverursacher sie bezahlen, sondern private Haushalte in Form von Fahrt- und Wohnnebenkosten!

Politiker und Tarifparteien müssen umdenken

Nicht viel besser steht es mit den gesellschaftlich zentralen Reformvorhaben *in puncto* Alterssicherung, Krankenpflege, Nachwuchsförderung oder Arbeitsmarktpolitik. Den Jungen, von denen alles – buchstäblich alles, was die Zukunft bringt – abhängt, mutet man statt weniger Rentnern noch mehr Rentner zu: die Rente mit 60 statt mit 70 oder 75! Gewerkschaftsführer glauben damit im Ernst den Arbeitsmarkt entlasten und die Wirtschaft mit dem diskreten Hinweis, sie könnten dadurch einen Teil ihrer Pensionslasten heimlich sozialisieren, korrumpieren zu können.

Oder die Gesundheitsreform. Auch hier übernimmt Rot-Grün unbescheiden die AOK-Rettungsvorschläge der alten Bundesregierung und verschlimmbessert sie.

Gerade weil in einer Gesellschaft, die immer älter wird und sich immer weniger Kinder leistet, die Umlage der Kosten an der Belastbarkeit der jüngeren und gesünderen Generation scheitern muss, sind Rationierungspläne für und Eingriffsrechte der Krankenkassen in Arztleistungen ebenso unsinnig wie inhuman. Sie belasten das für die Hei-



Foto: dpa

**Der Sozialstaat müsse reformiert und unternehmerische Initiativen müssten unterstützt werden. Juni 1999:
Tony Blair und Gerhard Schröder präsentieren im Garten von Downing Street No. 10 ihr gemeinsames Grundsatzpapier.**

lung unerlässliche Arzt-Patientenverhältnis, entziehen dem medizinischen Fortschritt die Finanzierungsbasis und blockieren das System.

Zwar sieht unser Autor die zentralen Mängel des seit der Großen Depression der 30er Jahre nur noch marginal veränderten Zwangsversicherungssystems der Gesetzlichen Krankenkassen, aber merkwürdigerweise übersieht er den naheliegenden Reformweg. Es gibt, wie er an anderer Stelle nachweist, in einer alternden Gesellschaft keinen potenziell größeren und dynamischeren Wachstumsmarkt als den der

Gesundheitsfür- und -vorsorge. Er beschäftigt schon heute, selbst unter den selbstverursachten Finanzierungsengpässen, über 2 Mio Erwerbstätige. Er könnte jedoch bis zum Doppelten dieser Zahl zusätzlichen Heilern und Pflegepersonen Arbeit und Auskommen bieten, und die wegen der Finanzmisere der 1980er verkümmerten Kurorte und -regionen wieder aufblühen lassen, wenn man aus der staatlichen Gesundheitsbürokratie einen zivilen, aber staatlich beaufsichtigten Gesundheitsmarkt machte: mit einer Krankenversicherungspflicht für alle Bürger statt einer an Pflichtgrenzen gebundenen Zwangskasse mit Einheitstarif, freier

Kassen- oder Versicherungswahl und ärztlichem Wettbewerb ohne besondere Kassenzulassung und -bindung, vor allem ohne das Hineinreden der Kassen in die ärztliche Therapie.

Es gibt eben mehr als die zwei Pfeifferschen (Not)-Lösungen: entweder Rationierung und Kontrolle der ärztlichen Leistung oder das Auftreten der Kassen als Nachfragemacht und Vertreter der Patienten – nämlich den freien und individuellen Gesundheitsmarkt unter staatlicher Versicherungsaufsicht und -kontrolle, das individuelle Gesundheitsbudget statt des staatlich verordneten und begrenzten globalen.

Pfeiffers ganz und gar nicht verhohlene zentrale Reformabsicht gilt der Organisation des Arbeitsmarktes und der Position der Gewerkschaften. Arbeitsmärkte im Zeitalter der Dienstleistungen sind etwas anderes als in der Industriegesellschaft. Dazu kommt in der sich globalisierenden Wettbewerbsgesellschaft das Diktat der weltuneinheitlichen Zeitsysteme und der Maschinen- und Apparatelaufzeiten: Die Weltwirtschaft kennt keinen Schlaf; es wird immer irgendwo gearbeitet, produziert, kommuniziert! »Es gibt immer mehr Menschen, die in eignen Zeitrhythmen leben«.

Die Folgen dieser Individualisierung der Arbeitsrhythmen und -zeiten sind unabsehbar: Sie betreffen nicht nur die gewerkschaftlich geregelten Tages-, Wochen- und Jahresarbeitszeiten auf tariflicher oder betrieblicher Ebene, nicht nur die Fragen der Lebensarbeitszeit und des Eintritts des Rentenalters. Auch der Staat muss sich mit seinen Zeitvorgaben für Amts- und Behördenpräsenz, Studien- und Ausbildungsdauer, Arbeitsschutz und Ladenöffnung gründlich umstellen. Denn mehr denn je ist »Zeit gleich Geld« und jede Zeitverschwendung wird eine Geld- und Ressourcenverschwendung.

Ulrich Pfeiffer hat recht: Hier bei der Bewältigung der Zeitbeschleunigung und -individualisierung besteht der größte Inno-

vationsbedarf – aber er besteht nicht bei den Menschen, den alten und neuen Unternehmern, den Arbeitnehmern und Selbst-Beschäftigten. Diese haben die Lektion der neuen Märkte und ihrer Chancen längst begriffen: Sisyphos, der tagtäglich seinen Stein nach oben wälzt, hat keinen Feierabend. Auch wenn der Einzelne Pause oder Ferien macht, der Prozess geht weiter. Der individuelle Platz muss besetzt bleiben.

Umlernen müssen daher Politik, Sozialgesetzgeber und die Kontrahenten am Arbeitsmarkt. Nur warum tun sie sich damit so schwer? Darauf gibt es viele Antworten, aber eine gilt für alle im Bundestag vertretenen Parteien: Ihr Personal ist nicht nur erschreckend uniform, es kommt auch nicht aus der Arbeitswelt. Im 14. Deutschen Bundestag sind Beamte, Lehrer und Gewerkschafter mehr als jeder andere Berufsstand überrepräsentiert. Sie prägen den Geist unserer Gesetze, den Inhalt und die Zielvorstellungen der Politik. Dieses erklärt zwar nicht alles, aber vieles.

Reformpolitik auf dem Euro-Altar opfern?

Ulrich Pfeiffers Röntgenanalyse deutscher Innen-Politik und Befindlichkeit stimmt ebenso nachdenklich wie optimistisch. Denn wo solche Analysen möglich sind, ist noch nichts verloren. Warum aber hat unser Autor den Beitrag der Geldpolitik zur gegenwärtigen Lage und ihrer künftigen Veränderung so konsequent ausgeblendet? Die Deutsche Bundesbank hat stets behauptet, ihre kontinuierliche Stabilitätspolitik sei immer entwicklungs-»neutral« gewesen; man habe bewusst auf jede Investitionsstimulierung durch Inflationsgewinne und Realschuldenerverminderung verzichtet. Richtig ist das nur bedingt, denn die jahrzehntelange Politik der »realen DM-Abwertung« (oder Aufwertungsverweigerung) erklärt wie kaum eine Deutschlands Exportwunder und Aufstieg zur zweitgrößten Welthandelsnation. Auch bewegten sich die früheren Inflationsraten deutlicher über der Nullrate als heute.

Mit dem Übergang zu Europäischer Währungsunion und Euro stellt sich jedoch die Lage ganz anders dar. Zwar verspricht sich die deutsche Groß- und Exportindustrie vom wieder »abwertbaren Euro« (er ist bereits ein Faktum) kräftige *Incentives* in Richtung mehr Wachstum und höhere Gewinne – aber das muss nicht unbedingt mehr Beschäftigung bedeuten. Andererseits ist bei zentralisierter Geldpolitik für derzeit »nur« elf inhomogene EWU-Länder und demnächst zwanzig und mehr der Streit um die richtige Zinspolitik programmiert.

Sie kann nur dann einigermaßen funktionieren, wenn sie alle Partner durch Verzicht auf autonome, nach innen gerichtete Beschäftigungs- und Strukturpolitik unterstützen: also jedwede innere Reformpolitik auf dem Euro-Altar opfern, so wie es der »Stabilitätspakt« vorsieht. In diesem Kontext bedeutet der Euro ein Zurück zum guten alten Goldstandard des 19. Jahrhunderts – nur ohne das Gold – in dem ja auch keine innere Wirtschafts-, Beschäftigungs- oder Sozialpolitik möglich war. Was also wird aus den lange Zeit defizitbringenden Steuer-, Sozial- und sonstigen Reformen, wenn sie die Lage in Euroland verbietet? Und was wird aus dem EWU und Euro, wenn sich immer weniger Mitgliedsländer – zumal die demnächst beitretenden real unterentwickelten und bitterarmen – an die Schwüre des Stabilitätspaktes halten?

Ulrich Pfeiffer hat keinen Zweifel, dass nur ein starker und demokratisch verfasster Sozialstaat die unerlässlichen Reformen leisten kann. Nur was geschieht, wenn gerade er – des Euro wegen – auf der Strecke bleibt? Dieses Kapitel muss unser Autor noch schreiben, wenn er an die zweite und dringend benötigte Auflage seines Buches herangeht.

Ulrich Pfeiffer: Deutschland. Entwicklungspolitik für ein entwickeltes Land. Europäische Verlagsanstalt/Rotbuch Verlag, Hamburg 1999, 338 Seiten, 49,80 DM.

Yael Kupferberg

Die Tragödie ohne Optimisten Eine Primo-Levi-Biographie mit Mängeln

Primo Levis Leben stand im Zeichen von Auschwitz, sein schriftstellerisches Werk wurde durch die Erfahrung Auschwitz initiiert. Eine Erkenntnis, die sich immanent durch das schriftstellerische Werk Primo Levis ausdrückt. Und so ist es kein Leichtes eine Biographie zu schreiben, die im eigentlichen die Negation des Lebens beinhaltet.

Myriam Anissimov machte es sich zur Aufgabe, das Leben und Werk Primo Levis nüchtern und detailliert, ohne jegliche Form von Polemik zu beschreiben. Es findet sich weniger ein schriftstellerisches Werk, sondern diese Biographie hat den Charakter eines Berichtes, eines Sachbuches. Der Verdienst dieser Arbeit liegt in der gründlichen Recherche, so lässt die Autorin Lebensgefährten Levis zu Wort kommen, erläutert zeitgenössische Debatten und veröffentlicht Briefwechsel, sie verfolgt die Diskussionen um Levis Werk und stellt dieses in den biographischen Zusammenhang.

Insbesondere der Briefwechsel zwischen Primo Levi und F.M. (der vollständige Name bleibt dem Leser vorenthalten) ist hoch interessant und in dieser Form zum ersten Mal veröffentlicht. F.M. bewachte als deutscher Zivilist die KZ-Häftlinge in Buna-Monowitz, in dem Levi als Chemiker im Auftrag der IG FARBEN Zwangsarbeit leisten musste. F.M. suchte im März 1967 nach der Lektüre von *Ist das ein Mensch?*, in der er selbst als Figur des Dr. Müller auftaucht, persönlichen Kontakt zu Levi, motiviert durch den Wunsch, vom ehemaligen Auschwitz-Häftling Nr. 174517 »Absolution« zu erhalten, von seiner Schuld an der Beteiligung am Holocaust entlastet zu werden. In diesem psychologischen Kontext steht die Korrespondenz, und so kreisen die Briefe inhaltlich um die Lebensgeschichte F.M.'s., um seine philosophischen Ansichten über Täterschaft, Levis

Werk, Schuld und Vergebung. Levi beurteilt F.M. mit folgenden Worten: »ein typisch graues Menschenwesen, einer von den nicht wenigen Einäugigen im Reich der Blinden«. Levi kann der erwünschten »Absolution« nicht Folge leisten.

Der Briefwechsel mit dem ehemaligen Aufseher ist für ihn der erste persönliche Kontakt »mit der anderen Seite der Barrikade«, um mit seinen Worten zu sprechen. In Levis Haltung gegenüber F.M. finden sich Zweifel, Distanz und Ablehnung. Mit dem plötzlichen Tod F.Ms. endete die Korrespondenz, Seelenfrieden oder gar Aussöhnung wurde auf beiden Seiten wohl kaum gefunden.

»Seelenfrieden« ist für Levi nach Auschwitz ein fremder Zustand, den er nur kurz nach der Befreiung erahnt hatte, als er die Odyssee durch das weite vielgeliebte Russland machte. Der Selbstmord am 11. April 1987, vierzig Jahre nach der Befreiung von Auschwitz, demonstriert die nachhaltige Wirkung des Schreckens. Der Titel der Biographie *Tragödie eines Optimisten* wirkt vor diesem Hintergrund antagonistisch und verfehlt. Als Überlebender von Auschwitz bedeutet Optimismus Zynismus und Nivellierung des selbst erfahrenen Schreckens. Levi war nie ein Optimist, er litt unter Depressionen und spielte schon früh mit dem Gedanken, seinem Leben ein Ende zu setzen. Starke Schuldgefühle plagten ihn, dass er überlebt hatte und die »Besten« vergast wurden. Er selbst zählte sich nicht zu den »Gerechten«, dieser Gedanke verfolgte ihn im Alter, bis zu seinem selbst gesetzten Lebensende.

Myriam Anissimov versucht den Lebensweg Primo Levis nachzuzeichnen, aber es gelingt ihr nur in Teilen. Es findet sich in diesem seitenstarken Werk eine Aneinanderreihung von Lebensstationen, Personen, Daten, historischen Darstellungen, die durch nahezu willkürlich gesetzte Fußnoten scheinbar verifiziert, aber nicht inhaltlich gefüllt werden. Diese teilweise blutleere Darstellung Levis Lebens, seiner Entwicklung und seines

literarischen Werkes führt dazu, dass dem Leser der Mensch Primo Levi zwar verständlich wird, jedoch steril bleibt. Die Beschreibungen seiner Familie, seines Freundeskreises wirken farblos. Anekdoten werden mitunter zusammenhangslos eingestreut. Zeitgeschichte will geschildert sein. Diese Mängel der Biographie sind auffällig. Der gewissenhafte Levi hätte sicher Einwände gegen Teile dieser Arbeit gehabt.

Heutzutage, ein Jahrzehnt nach seinem Tod, gilt Primo Levi als einer der bedeutendsten italienischen Autoren dieses Jahrhunderts. In den Worten des italienischen Germanisten Claudio Magris klingt es so: »Den Werken Levis werden wir begegnen im Augenblick des Jüngsten Gerichts, wenn die Geschichte der Menschheit ein Ende hat.«

Myriam Anissimov: *Primo Levi, Die Tragödie eines Optimisten*, Philo Verlag, Berlin 1999, 639 Seiten, 59,80 DM.

JÖRG PLATH
**Slawische Totenlieder
des Sozialismus**
Pelewın – Sorokin – Hrabal

Eine recht kurvige Reise durch das sowjetisch-russische Jahrhundert unternimmt Viktor Pelewın in seinem Roman *Buddhas kleiner Finger*: Zwischen den Wirren der Revolution 1919 und denen der Nachwendzeit in den 90ern lässt der 1962 geborene Autor, der als einer der interessantesten Autoren Russlands gilt, sein erzählerisches Weberschiffchen hin- und herschießen. Zunächst wird aus dem Leningrader Dichter Pjotr Postuta, den die Bolschewisten verfolgen, der Tschekist Grigori von Ernen, der andere verfolgt, schließlich der Adjutant Petka eines saganumwobenen Feldkommandanten der Roten Armee.

Viktor Pelewin:

Wie wirklich ist die Wirklichkeit?

Diese Geschichten aus den heroischen Anfängen der sowjetischen Geschichte wechseln sich mit solchen aus den Jahren nach ihrem sang- und klanglosen Ende ab. In ihnen erscheint die Zeit um 1919 als Phantasma, denn der Erzähler Pjotr Postuta ist nun schizophrener Patient einer psychiatrischen Anstalt und scheint den revolutionären Adjutanten Petka nur zu imaginieren.

Damit nicht genug. Die Mitpatienten, an die der Erzähler das Heft kapitelweise abtritt, weil Erzählen unter Drogeneinfluss zur Therapie gehört, interessieren sich eher für den Terminator Arnold Schwarzenegger und japanische Mystik. So potenzieren sich die Kombinationsmöglichkeiten und erlauben Pelewin, den Leser durch tausend Plots und ungezählte Anspielungen auf literarische wie philosophische Autoren und Werke zu jagen, durch Action, Liebe und Suff, temporeich erzählt wie im Rausch und mit viel Kolportage und Trash – alles nur, um immer wieder bei der Frage zu landen, die dann seitenlang diskutiert wird: Ist die Wirklichkeit wirklich?

An diesen Stellen fällt der beträchtliche Aufwand schon mal in sich zusammen, obwohl Pelewins philosophische Hauptseminare recht spritzig daherkommen. Dann wirkt der ganze Roman wie ein großmäulig pubertärer Scherz und erinnert ein wenig an Hermann Hesses *Steppenwolf*.

Viktor Pelewins Vorbild heißt jedoch Vladimir Sorokin. Das 1955 geborene *enfant terrible* der russischen Literatur gehört wie Lew Rubinstein und Ilja Kabakow den Konzeptualisten an, deren Devise »Subversion durch Affirmation« heißt. Anknüpfend an die revolutionäre russische Avantgarde montieren sie die vorgefundenen Materialien, Mythen, Riten, Überzeugungen und schreiben sie fort: Mit postmodernem Bewusstsein wird der sozialistische Realismus *ad absurdum* geführt.

Vladimir Sorokin:

Vom allseits normierten Leben

Den so bei Sorokin entstehenden Perversionen sind Totenlieder des Sozialismus, und

die braven sowjetischen Setzer sollen sich ihnen anfangs verweigert haben. Nach einigen Erfolgen Sorokins in Deutschland (u.a. der Roman *Die Schlange*, der aus den Gesprächen einer nach knappen Waren anstehenden Menschenmenge besteht) ist nun sein in den Jahren 79-84 entstandener Erstling übersetzt worden.

Norma besteht aus vier sehr unterschiedlichen Teilen. Der erste reiht Szenen aneinander, in denen Menschen Norma verpeisen – roh gebraten, gebacken oder angepeisen – auf der Arbeit, beim Picknick, nach dem Einkauf, der Liebe oder einem Mord. Norma ist mal flüssig, mal fest, mal dunkel, mal hell, mal stinkend, mal fast geruchlos. Aber immer handelt es sich um menschlichen Kot, und immer wissen die Menschen, was sie da essen.

Nach 120 Seiten solcher Szenen aus dem Alltag, deren kleinstes Gemeinsames sich schnell erschließt, ist das anfängliche Ekelgefühl längst der Erschöpfung gewichen. Im zweiten Teil des Romans folgt die Kurzfassung einer Biographie in Substantiven, denn immer das gleich Adjektiv »normal« vorangestellt ist. Der dritte Teil erzählt ausführlich von Mutter Russland, ihrer unvergleichlichen Erde und dem unverbrüchlichen Glauben an sie. Dann meldet ein Zuhälter seine Wünsche an und der Erzähler berichtet folgsam vom Terror eines Parteifunktionärs in einem Lager voller toter Staatsfeinde.

Im vierten und letzten Teil steigert sich ein Pensionär in Briefen an seinen Schwager in Hasstiraden hinein, die sich auch als »Aa« lesen lassen, womit der Bogen zum Anfang geschlagen wäre: Die Sowjetmenschen essen menschliche Exkremete, und sie geben sie von sich. Dazwischen werden normierte Biographien gelebt, in denen die nationalistische Ideologie vom Mütterchen Russland die sentimentale und Stalins Terror die grausame Rolle spielen. Eingebettet ist der absurde Roman schließlich in eine Rahmenhandlung, in der die Wohnung eines Schriftstellers durchsucht und »antisowjetisches Material«

gefunden wird: neben einem Band des Archipel Gulag von Alexander Solschenizyn eben dieses vierteilige Manuskript.

Die staatliche Verfolgung von Abweichendem ist Teil des Romans, der nichts anderes tut, als vom normierten Leben zu erzählen. Das russische Wort »norma« bedeutet Regel, Norm, auch Arbeitsnorm. Sie bestimmte das Leben der Sowjetbürger in jeder Hinsicht. Die Norm war überall, noch in den alltäglichsten Tätigkeiten und Verrichtungen und *Norma* zeigt die Sowjetunion als geschlossenes ideologisches System, dem niemand entkommen kann.

Norma ist zugleich ein Anagramm von Roman, womit Sorokin das Ende der Möglichkeit anzeigt, von einem unverwechselbaren Individuum erzählen zu können: es gibt nur noch die Norm. Darüber, über den theoretischen Hintergrund von *Norma* und über den Zusammenhang mit den anderen Werken Sorokins, etwa den Roman *Die Schlange*, ließe sich noch einiges sagen; über den Roman selbst hingegen nur, dass er wie viele konzeptualistische Werke lediglich Ausdruck von ein, zwei Ideen zu sein scheint. Sind sie erfasst, wird das Werk überflüssig; die Wiederholung erschöpft dann nur noch. In dieser Wertschätzung der Idee und Geringschätzung des Konkreten scheint zumindest der Konzeptualismus von *Norma* der Gesellschaft verhaftet zu sein, die er kritisiert.

Bohumil Hrabal: Posthume Grüße

Eine entgegengesetzte Poetik vertritt Bohumil Hrabal. Die eine Liebe des »traurigen Königs der tschechischen Literatur« gehörte dem Gold Böhmens, die andere den kleinen Leuten und ihren Geschichten. Posthum ist nun ein Teil seiner Romanautobiographie erschienen. Das optisch hervorstechende Merkmal von *Ich dachte an die goldenen Zeiten* sind drei aufeinanderfolgende Punkte. Sie leiten eine direkte Rede ein, lassen in einem unablässigen Erzählstrom Atem holen, sie gebieten den forteilenden Gedanken Einhalt,

deuten zwanglos einen gewagten Themenwechsel an und verbinden das Nichtzusammengehörige miteinander. Mit drei Punkten sowie den Leerzeilen zwischen den Kurzkapiteln erzeugt Bohumil Hrabal die Einheit des Uneinheitlichen.

Ich dachte an die goldenen Zeiten erzählt von dem Jahrzehnt zwischen 1963 und 1973, in dem Hrabal sein erstes Buch vorlegt, Erfolg auf Erfolg feiert und dann mit der Niederschlagung des Prager Frühlings zum verfeimten Schriftsteller wird. Diese dramatischen Umwälzungen distanziert der große tschechische Schriftsteller geschickt, indem er seine Autobiographie von seiner Ehefrau erzählen lässt. Der Kunstgriff verwandelt das eigene Leben in einen grotesken Roman.

Der praktisch orientierten Gattin ist der Erfolg ihres Mannes nämlich vollkommen schleierhaft. Sie glaubt, er verfasse in einem miserablen Tschechisch »konfuse Literatur«. Als sie befremdet bemerkt, dass er dabei einen ihr unbekanntem politischen Mut zeigt, hofft sie, ein Richter möge ihm endlich das Handwerk legen. In der Ehefrau begegnet der Schriftsteller seinen Ängsten vor politischer Repression – kein Wunder, dass er in ihrer Nähe nicht schreiben kann.

Doch die den *common sense* verkörpernde Ehefrau beschützt den lebensunpraktischen Künstler auch. Weil er in ihren Augen schlicht und einfach ein Großmaul ist, lässt sie für ihr »Kleinod«, ihren »Champion« oder auch »Barbaren« alle praktischen Fragen. Vom Amt bringt sie gleich fünf Formulare mit, weil er unfähig ist, auch nur eines korrekt auszufüllen, und sie erzwingt die sich hinziehende Auslieferung seines ersten Buches, indem sie den Verlagsleiter heimsucht.

In den Augen dieses Herzchens ist Hrabals Leben eine einzige Groteske und er eine seiner Gestalten, die in der ganzen Welt eine große Kneipe sehen. Was immer daran erfunden sein mag: Die Bücher des einstigen Notariatsangestellten, Handelsvertreters, Eisenbahners, Versicherungsagenten, Hand-

lungsreisenden, Bühnenarbeiters, Statisten, Stahlarbeiters und Altpapierpackers erscheinen während der Entstalinisierung in der Tschechoslowakei bis 1968 in mehr als 200 000 Exemplaren – eine angesichts der Größe des Landes und des Papiermangels beeindruckende Auflagenhöhe. Für die Erzählerin schnurren diese Erfolge freilich in einer Anekdote zusammen: Das »Kleinod« trägt die von den Verlagen reichlich ausbezahlten Geldscheine achtlos in einem Einkaufsnetz herum und hängt es in den Kneipen bedenkenlos an den Garderobehaken, um sich dem Biergenuss hinzugeben.

Auf solche Weise vergeht die erste Hälfte des in *Ich dachte an die goldenen Zeiten* erzählten Lebensjahrzehnts wie im Flug. Dann erscheint Heinrich Böll in den Straßen von Prag und mit ihm die Panzer der Warschauer-Pakt-Staaten. Jedenfalls glaubt Böll in dieser köstlichen Persiflage an einen Zusammenhang und beginnt wie eine Gestalt Hrabals zu schwadronieren.

Nach der Niederschlagung des Prager Frühlings hat Hrabal, eben noch mit dem Staatspreis ausgezeichnet, Publikationsverbot. Es wird erst 1975 aufgehoben, nachdem er sich in einem Interview bereit erklärt hat, dem Appell des 14. Parteikongresses gemäß das Leben der Bevölkerung zu bereichern. Hrabal lebt fortan in der »grauen Zone«, wie Vaclav Havel es nannte, und bereichert das Leben der Bevölkerung gleich in doppelter Weise: Er lässt seine Bücher zensieren und veröffentlicht des Öfteren in Samisdatverlagen die unzensierte Fassung. Auch *Ich dachte an die goldenen Zeiten* ist als dritter Teil der Autobiographie *Hochzeiten im Hause* 1988 in dem kanadischen Exilverlag SIXTY EIGHT PUBLISHERS erschienen. Die deutsche Ausgabe von *Hochzeiten im Hause* wurde damals unter anderem um den jetzt vorgelegten dritten Teil gekürzt.

Das Publikationsverbot nach 1968 verstärkt natürlich die Stellung der Ehefrau. Sie organisiert nicht nur den Alltag, sondern auch noch auf schweigsche Weise die Ret-

tung der Literatur: An ihrem Arbeitsplatz in der Altpapiersammelstelle rettet sie nicht wenige Bücher ihres Mann und die anderer »zu liquidierender« Schriftsteller aus den Lieferungen. Das »Kleinod« aber erkrankt lebensgefährlich an der Leber und kommt nur langsam, durch gezielten Alkoholmissbrauch in gesunder Landluft, wieder auf die Beine.

1997 half dann alles nichts mehr. Hrabal fiel beim Taubenfüttern in einer Klinik aus dem Fenster, als wär's in einer seiner Geschichten. Sein *Ich dachte an die goldenen Zeiten* ist für die deutschen Leser ein posthumer Gruß aus jenen grotesken Zeiten namens Leben.

Viktor Pelewin, *Buddhas kleiner Finger*. Roman. Mit einem Vorwort von Urgan Dschambon Tulkhu VII. Aus dem Russischen von Andreas Tretner. Verlag Volk & Welt, Berlin 1999, 422 Seiten, 46,- DM.

Vladimir Sorokin, *Norma*. Roman. Aus dem Russischen von Dorothea Trottenberg. DuMont Verlag, Köln 1999, 378 Seiten, 48,- DM.

Bohumil Hrabal, *Ich dachte an die goldenen Zeiten*. Aus dem Tschechischen von Susanna Roth. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1999, 220 Seiten, 36,- DM.

Mit Brief und Siegel

Deutsches
Zentralinstitut
für Soziale
Fragen / DZI



Das Vertrauen unserer Spenderinnen und Spender verpflichtete uns schon immer zur korrekten Planung, Durchführung, Abrechnung und Kontrolle der Projektarbeit. Das DZI bestätigt dies mit Brief und (Güte-)Siegel.

**Brot
für die Welt**

500 500-500 Postbank Köln
BLZ 370 100 50

Autorinnen und Autoren

Albrecht Betz, geb. 1943, Professor für Literaturwissenschaften an der RWTH Aachen.

Angela Bornemann, lebt als freie Publizistin in Bremen.

Sebastian Dullien, geb. 1975, FES-Stipendiat, studiert Volkswirtschaftslehre in Berlin.

Kai Ehlers, geb. 1944, freier Publizist, lebt in Hamburg.

Wieland Freund, geb. 1969, lebt als freier Publizist in München.

Wilhelm Hankel, geb. 1929, Universitätslehrer und Publizist, lebt bei Königswinter.

Patrick Horst, geb. 1964, Politikwissenschaftler, lebt in Hamburg.

Yael Kupferberg, geb. 1978, FES-Stipendiatin, studiert Neue Deutsche Literatur und Jüdische Studien, lebt in Berlin.

Kurt Lenk, geb. 1929, em. Politikwissenschaftler, lebt in Erlangen.

Hans-Martin Lohmann, geb. 1944, lebt als freier Publizist in Heidelberg.

Jörg Plath, geb. 1960, lebt als Literaturkritiker in Berlin.

Joachim Riecker, geb. 1963, Parlamentskorrespondent der MÄRKISCHEN ALLGEMEINEN.

Jürgen Roth, geb. 1968, Schriftsteller, lebt in Frankfurt am Main.

Gerhard Schröder, geb. 1944, seit 1998 Bundeskanzler, seit 1999 SPD-Vorsitzender.



Foto: Voller Ernst

Das Thema unseres **April-Heftes** ist die **Krise der Konservativen**.

Vor dem Essener Parteitag sprechen wir mit Heiner Geissler. Weitere Texte über die Gefahren des Rechtspopulismus, einen Vergleich zwischen den Systemen Craxi und Kohl u.a.

Autoren: Alexander Gauland, Kurt Lenk, Thomas E. Schmidt.

Ruthard Stäblein erinnert aus Anlass des 20. Todestages an Jean-Paul Sartre.

Pater Elmar Salmann aus Rom diskutiert aktuelle Probleme der Sozialdemokratie und des Katholizismus.

Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die *Holger Börner, Klaus Harpprecht,*
Friedrich-Ebert-Stiftung von *Carola Stern und Hans-Jochen Vogel*

Redaktion *Peter Glotz (Chefredakteur)*
Norbert Seitz (verantwortlich)
Sonja Thränert (Assistenz)
Elke Schubert (Berliner Facetten)

Redaktionskreis *Tilman Fichter, Eve-Marie Kallen, Christine*
Pries, Burkhard Reichert, Hans-Joachim
Schabedoth, Uli Schöler und Johano Strasser

Neu *Rainer Münz, Dierk Spreen, Tina Stadlmayer*

Redaktionsbeirat *Frank Benseler, Jürgen Burckhardt,*
Gottfried Erb, Iring Fetscher,
Horst von Gizycki, Martin Greiffenhagen,
Norbert Greinacher, Tomas Kosta,
Ferdinand W. Menne, Thomas Meyer,
Susanne Miller, Siegmur Mosdorf,
Peter von Oertzen, Richard Schröder,
Wolfgang Thierse und Christoph Zöpel

Anschrift der Redaktion *c/o Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin*
Hiroshimastraße 17 10785 Berlin
Telefon 030 / 26 93 58 18-21
Telefax 030 / 26 93 58 55

Verlag und Anzeigenverwaltung *Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger GmbH*
In der Raste 2 53129 Bonn
Telefon 02 28 / 23 80 83
Telefax 02 28 / 23 41 04

Anzeigenpreisliste
Nr. 27 vom 1.1.2000

Anzeigenverwaltung:
Margret Reichert

Umschlag- und Innenkonzept
Groothuis + Malsy, Bremen

Satz und Lithografie: *Dr. Mänken GmbH, Bonn*
Druck und Verarbeitung: *satz + druck gmbh, Düsseldorf*

Bezugsbedingungen

Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte erscheint monatlich wobei die Hefte 1/2 und 7/8 im Januar bzw. Juli als Doppelheft erscheinen. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag, ISSN 0177-6738
Einzelheft DM 14,80/sFr 14,80/öS 108,00 frei Haus;
Doppelheft DM 29,60/sFr 29,60/öS 216,00 frei Haus;
Jahresabonnement DM 99,00/sFr 92,00/öS 723,00 frei Haus. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt (Lieferende mit Heft 12).
In den Bezugspreisen sind 7% Mehrwertsteuer enthalten.